

Beiträge zum Rahmenthema  
»Integration und Fragmentierung in der europäischen Stadt«



*Adelheid von Saldern*

## Integration und Fragmentierung in europäischen Städten

## Zur Geschichte eines aktuellen Themas

## I. DIE AKTUELLE DISKUSSION – EINE EINLEITUNG

Wer heute die Diskussionen in den Medien und in der sozialwissenschaftlichen Literatur verfolgt, wird mit einem ganzen Bündel von Begriffen konfrontiert, mit denen versucht wird, das Neue der städtischen Gesellschaften auf den Punkt zu bringen. Da ist von Parallelgesellschaften, Fragmentierungen und Exklusionen die Rede, ferner von der *gespaltenen Stadt*, der *dual city* bzw. der tripolaren Stadt<sup>1</sup> – im Unterschied zur geteilten Stadt, der *divided city*. Alle diese Begriffe meinen aktuelle *gesamtgesellschaftliche* Prozesse, die in der Stadt in verdichteter Weise auftreten und sich nicht zuletzt im Sozialräumlichen niederschlagen.<sup>2</sup> Die Rede ist davon, dass die breiter werdende Kluft der Einkommen und die Zugangsbegrenzungen des Arbeitsmarktes die soziale Lage von Gruppen und Ethnien maßgeblich bestimmen, jedwede Chancengleichheit konterkarieren und die ›Verlierer‹ aus der Mehrheitsgesellschaft ausschließen.<sup>3</sup> Die Vertiefung und Beschleunigung solcher Prozesse sei vor allem der Globalisierung geschuldet, die zu einer tripolaren Stadt geführt habe: zu einer internationalen, einer normalen und einer marginalisierten Stadt.<sup>4</sup> Die marginalisierte Stadt sei eine Stadt der Ausgegrenzten, der neuen *urban underclass*, deren Verlust der Erwerbsarbeit und der verminderten sozialstaatlichen Rechte zu einem Verlust an sozialen Beziehungen und zu einem Rückzug auf sich selbst geführt habe.<sup>5</sup> Gewalt- und Kriminalitätsraten seien deshalb im Steigen begriffen. Die Einkommensentwicklung polarisiere sich zusehends und schlage sich auch sozialräumlich nieder, insofern die Exkludierten immer mehr in bestimmte Vorstädte abgedrängt würden, dort ›autonome Zonen‹ entstünden, die stadtgesellschaftliche Marginalisierung zunehme und sogar bei den besser Gestellten der Eindruck aufkomme, dass solche Menschen überflüssig seien. Der verschärfte Zwang der Städte, Standortpolitik durch Vermarktung von Stadt und Stadtregion zu betreiben, verringere die Kohäsionsmöglichkeiten der städtischen Gesell-

1 Während der Begriff *dual city* die Stadt als polar zueinander stehendes, zweigeteiltes Gebilde auffasst, verweisen die Begriffe der tripolaren Stadt und der Parallelgesellschaften darauf, dass die Stadt mehrgeteilt ist.

2 Zur sozialräumlichen Vergesellschaftung siehe *Helmuth Berking*, Raumtheoretische Paradoxien im Globalisierungsdiskurs, in: *ders.* (Hrsg.), Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen, Frankfurt/Main 2006, S. 7–24, hier: S. 8. Näheres zur aktuellen Diskussion ist dem Beitrag von *Walter Siebel* in diesem Band zu entnehmen.

3 Vgl. *Eike Hennig*, Kohäsion und Polarisierung: Widerspruch oder zwei Seiten einer Medaille? Moderne Stadtdiskurse aus dem Blickwinkel der Chicagoer Stadtsoziologie, in: *Frankfurter Statistische Berichte* 66 (2004), H. 2/3, S. 73–95, hier: S. 93.

4 *Hartmut Häußermann/Walter Siebel*, Neue Urbanität, Frankfurt/Main 1987, S. 138 ff.

5 Auslöser der Debatte war *William Julius Wilson*, *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy*, Chicago 1987; für die Niederlande siehe *Robert C. Kloosterman*, *Double Dutch: Polarization Trends in Amsterdam and Rotterdam after 1980*, in: *Regional Studies* 30 (1994), S. 467–476; vgl. auch *Martin Kronauer*, Manifestationen von Armut und Ausgrenzung in der Großstadt, in: *Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie* 16 (2003), H. 2, S. 25–34, hier: S. 27; *ders.*, »Soziale Ausgrenzung« und »Underclass«. Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: *Leviathan* (1997), Sonderheft 17, S. 28–49; *Hartmut Häußermann*, Armut in den Großstädten – eine neue deutsche Unterklasse?, in: *ebd.*, S. 12–27.

schaft auf ökonomischer Ebene<sup>6</sup> oder mache sie gar nicht mehr nutzbar. Neue Ungleichheiten zwischen den Städten träten auf, die Polarisierung zwischen wachsenden und schrumpfenden Städten bzw. Stadtteilen nehme zu und damit wüchsen auch die Unterschiede der Lebensverhältnisse ihrer Bewohner und Bewohnerinnen.<sup>7</sup>

Die Diagnose für die Gegenwart und Zukunft europäischer Städte tendiert insgesamt gesehen zum Negativen hin. Aus der toleranten Indifferenz, wie wir sie durch die Schriften Georg Simmels als Zeichen einer urbanen Lebensweise kennen, sei eine teilweise schon akzeptierte Polarisierung zwischen »denen drinnen und denen draußen« geworden.<sup>8</sup> Albrecht Göschel betitelt seinen Aufsatz dementsprechend »Vom Disparitätenproblem zum Desintegrationsproblem«.<sup>9</sup>

### 1. Segregation, Exklusion, Fragmentierung

In der Stadtsoziologie bedeutet die Analyse solcher Exklusionen und Parallelgesellschaften eine Blickverschiebung gegenüber früher. Stand vor allem in den 1960er bis 1980er Jahren die Ungleichheitsforschung im Rahmen der segregierten Stadt im Mittelpunkt<sup>10</sup>, so geht es jetzt zentral um In- und Exklusion. Gleichzeitig hat sich wegen der sozialräumlichen Segregation von Familien mit Migrationshintergrund der Blick auf die *Chicago School* erneut intensiviert, was zu einer differenzierten Einschätzung des Segregationsphänomens führte.<sup>11</sup> Unter Ausblendung der »Schwarzen«-Ghettos hat die *Chicago School* bekanntlich die Einwanderungskolonien in amerikanischen Städten sozialökologisch begründet und legitimiert (*natural areas*), ja als eine sowohl für die Einwanderer als auch für das gesamte Stadtgefüge keineswegs nachteilige Erscheinung interpretiert. Damals wurde argumentiert, dass solche von bestimmten Ethnien dominierten Stadtquartiere das Einleben in die Aufnahmegesellschaft erleichterten.<sup>12</sup> In diesem Zusammenhang wurden und werden die *pull*-Faktoren für die Neuankömmlinge hervorgehoben und die Kommunikations- und Selbsthilfeleistungen der Einwanderungskolonien gewürdigt. Dadurch werde, wie es hieß, die stadtgesellschaftliche Integration späterer Generationen vorbereitet.

Der Blick auf die *Chicago School* führt dazu, die Segregationsprofile in europäischen Städten aus einem etwas anderen Blickwinkel zu betrachten. Nicht mehr die Segregation selbst steht im Mittelpunkt der kritischen Betrachtung, sondern Fragen nach den generativ ausdifferenzierten Handlungsmöglichkeiten, die nötig sind, um beispielsweise eine ethnische Kleinökonomie aufzubauen und um ausreichende Sozialbeziehungen untereinander entstehen zu lassen. Das Augenmerk fällt ferner auf die Ausbildungsinstitutionen, den Arbeitsmarkt sowie auf die Ausprägung sonstiger Kommunikationsbrücken zwischen der Minderheits- und der Mehrheitsgesellschaft.

6 Hennig, S. 93.

7 Vgl. Saskia Sassen, *Cities in a World Economy*, Thousand Oaks etc. 1994 (2<sup>nd</sup> edition, 2000), S. 29–53.

8 Hartmut Häußermann, Die Stadt und die Stadtsoziologie. Urbane Lebensweise und die Integration des Fremden, in: *Berliner Journal für Soziologie* (1995), H. 1, S. 89–98, hier: S. 96.

9 Albrecht Göschel, Vom Disparitätenproblem zum Desintegrationsproblem, in: *Die Alte Stadt* 27 (2000), H. 2, S. 114–125.

10 Dazu siehe zum Beispiel die Arbeiten von Ulfert Herlyn (Hrsg.), *Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik: Verteilung und Nutzung sozialer Infrastruktur, Frankfurt/Main etc.* 1980; Laszlo Vascovics, *Segregierte Armut. Randgruppenbildung in Notunterkünften, Frankfurt/Main etc.* 1976. Mit Hilfe des Dissimilaritätsindex (ID) wurde und wird der Grad der Segregation gemessen.

11 Einschlägig: Hartmut Häußermann/Walter Siebel, Die Mühen der Differenzierung, in: *Martina Löw* (Hrsg.), *Differenzierungen des Städtischen*, Opladen 2002, S. 29–68, hier: S. 39–41.

12 In der Forschung werden sowohl die Eigenarten der ethnischen *cluster*, als auch die polyethnischen *cluster* (*ethnic quilts*) untersucht. Vgl. Hennig, *passim*.

Während sich der Begriff der Segregation primär auf den Sozialraum bezieht, ist der Begriff der Exklusion als Syndrom zu verstehen, das dann entsteht, wenn zur sozialräumlichen Segregation auch noch der Ausschluss vom Arbeitsmarkt und von anderen gesellschaftlichen Einrichtungen hinzukommt. Exklusion bedeutet also den Ausschluss aus mehreren Teilsystemen.

Im Unterschied zum negativ konnotierten Begriff der Exklusion ist der Begriff der *Fragmentierung*, der mit der Postmoderne eng verbunden ist, mehrdeutig. Er bezieht sich auf eine allgemeine Fragmentierung der postfordistischen (Stadt-)Gesellschaft, die im Kontext der Globalisierung intensiviert wurde. Dadurch wird die Kohäsionskraft der Stadtgesellschaft beeinträchtigt.<sup>13</sup> Von Fragmentierung ist freilich auch die Rede, wenn die seit den 1970er und 1980er Jahren konstatierte Pluralisierung der Lebensstile und Milieus in den Blick fällt.<sup>14</sup> Kennzeichen der neuen Lebensstilmilieus ist unter anderem, dass sie Ausdruck von Prozessen sind, in denen sich nicht allein die vertikalen, sondern auch die zunehmend horizontalen Differenzierungen verstärkt und beschleunigt haben.<sup>15</sup> Fragmentierung meint demnach den Sachverhalt, dass sich die Stadt nicht mehr als Stadt der Klassengesellschaft interpretieren lässt wie dies aus der Vogelperspektive für die Stadt des Kaiserreichs möglich erschien. Vielmehr wird festgestellt, dass Fragmentierung zum Teil andere Zuschnitte aufweist und dass diese sich einerseits auf Lebensstilmilieus, andererseits auf Ethnien oder auf Dauererwerbslose bezieht. Der Begriff Fragmentierung wird zudem häufig in Kombination mit dem Begriff der *Parallelgesellschaften* gebraucht. Von Parallelgesellschaften ist meist dann die Rede, wenn soziale Gruppen einen beträchtlichen Teil ihrer sozialen, ökonomischen und kulturellen Infrastruktur selbst herstellen bzw. aufrecht erhalten und sich auf dieser Basis relativ geschlossene Kommunikations- und Versorgungssysteme entwickeln, die oftmals noch durch sozialräumliche Segregation verstärkt werden.

## 2. Integrationsofferten und Inklusionspotenziale

Den Exklusionen, Fragmentierungen und Parallelgesellschaften stehen diverse Integrationsofferten und Inklusionspotenziale gegenüber, über die gerade Städte in besonderem Ausmaß verfügen, weil sich dort die den verschiedenen Teilsystemen inhärenten Kommunikations- und Handlungsmöglichkeiten stark aufeinander beziehen und eine gemeinsame sozialräumliche Verankerung aufweisen.<sup>16</sup> Unter dem Begriff der Integration kann bekanntlich recht Unterschiedliches verstanden werden: von der Akzeptanz der Verfassung eines Landes bei kultureller Eigenständigkeit der Minderheit bis hin zur kulturellen Assimilation, bei der die eigene Minderheitskultur aufgegeben wird.<sup>17</sup> Die Unterscheidung zwischen den Begriffen Integration und Inklusion ist nicht eindeutig vorzunehmen. In Analogie zum Begriff der Exklusion als Ausschlussyndrom verweist jener der Inklusion ebenfalls auf den Gesamtstatus von Personen oder Gruppen in Gemeinschaften bzw.

13 Karl-Dieter Keim/Peter Busch, *Stadt 2000 – Metropolen- und Großstadtentwicklung*, Bonn 1993, S. 3.

14 Dazu Michael Vester, *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt/Main 2002.

15 An sich gehören horizontale und vertikale Differenzierungsprozesse, die schon von Émile Durkheim (1858–1917) thematisiert wurden, zur Stadtkultur.

16 Gemeint sind die u. a. politischen, rechtlichen, wissenschaftlichen Systeme. Einführend: Frank Eckardt, *Soziologie der Stadt*, Bielefeld 2004, S. 29 f.

17 Vgl. mit Verweis auf Niklas Luhmann (1994) und Armin Nassehi (2002) ebd., S. 28 ff. Siehe auch Alois Hahn, *Die soziale Konstruktion des Fremden*, in: Walter M. Sprondel (Hrsg.), *Die Objektivität der Ordnungen und ihre kommunikative Konstruktion*, Frankfurt/Main 1994, S. 140–166.

Gesellschaften, und zwar unter dem Aspekt des Grades der Einbindung in die diversen Teilsysteme etwa der Schule, der Politik oder der Gesundheit.

In neueren Analysen der Integrationspolitik werden – wie auch im Beitrag von *Walter Siebel* in diesem Band – immer häufiger systemische Integrationsfelder in den Vordergrund gerückt.<sup>18</sup> So wird die verfassungsmäßig abgesicherte Demokratie als kohäsionsrelevanter Faktor angesehen. Für die Lokalpolitik bedeutet dies die Pflege vielfältiger Formen demokratischer Teilhabe.<sup>19</sup> Politische Entscheidungsprozesse sollten in ihrer Komplexität erfahrbar und die Kluft zu den Entscheidungsträgern verringert werden. Damit wird der Weg zu einer aktiven Zivilgesellschaft, einer Bürgergesellschaft auf städtischer Ebene, assoziiert.<sup>20</sup> Dem entspricht die Vorstellung von der Aushandlungsnotwendigkeit konfligierender Interessen. Mittlerweile wird Konfliktregelung selbst als ein Dauerzustand angesehen, der einen »neuen Integrationsmodus moderner Gesellschaften« schafft. »Die ›Bindung‹ moderner Gesellschaften bemisst sich nicht mehr daran, wie Konflikte harmonisiert, sondern wie sie reguliert bzw. zivilisiert werden.«<sup>21</sup> Allerdings verfügen die einzelnen sozialen Gruppen bekanntlich über recht unterschiedliche Einfluss- und Artikulationschancen, die ihrerseits in jeweilige Macht- bzw. Ohnmachtkontexte eingebunden sind. Diese gilt es ebenfalls zu berücksichtigen, um nicht in zivilgesellschaftliche Sozialromantik zu verfallen.

Neben den im politisch-demokratischen System verankerten Integrationsangeboten kommen auch sozialstaatliche Institutionen und der Zugang zu städtischen Ressourcen gerade wegen ihrer Kohäsionskraft und ihrer Ordnungsfunktion in den Blick.<sup>22</sup> Dabei spielt die institutionalisierte Ordnungsidee des Wohlfahrtsstaates im Sinne einer sozialen Absicherung und rechtlichen Gleichheit eine herausgehobene Rolle.<sup>23</sup> Entscheidend wirkt sich auch die Arbeitsmarktpolitik aus. Darüber hinaus bieten der soziale Wohnungsbau oder eine auf Chancengleichheit bedachte Schulpolitik Möglichkeiten, integrativ zu wirken.<sup>24</sup>

Kohäsionskräfte werden ferner den kommunikativen Begegnungen zwischen Gruppen mit unterschiedlichem Integrationsstatus zugesprochen.<sup>25</sup> Dazu bedarf es geeigneter »Kommunikationspassagen«, die es vor allem den Segregierten ermöglichen, mit Nicht-Segregierten zu kommunizieren – und umgekehrt. Gemeint sind Einrichtungen oder Gelegenheiten, die es den in Parallelgesellschaften eingebundenen Minderheiten erleichtert, die Mehrheitsgesellschaft kennen zu lernen – und umgekehrt – etwa in gemeinsam besuchten Ausbildungsstätten, in Vereinen oder bei Veranstaltungen.

Schließlich wird teilweise noch auf die Bedeutung symbolischer Integrationspolitik verwiesen, die in der Forschung lange Zeit unterschätzt wurde. Ein neuer Typus von Po-

18 Das hängt zum einen mit den Grenzen zusammen, die die Sozialintegration betreffen, zum anderen mit Vorbehalten gegenüber symbolischen Integrationsangeboten. Siehe dazu *Peter Franz*, Was kann die Stadt heute noch leisten? Integration, Urbane Regimes und die Durchsetzbarkeit von Leitbildern, in: *Die Alte Stadt* 24 (1997), H. 4, S. 294–311, hier: S. 300; *Wilhelm Heitmeyer* (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Bd. 2, Frankfurt/Main 1997.

19 *Keim/Busch*, S. 10.

20 Zum Konzept siehe vor allem *Jürgen Kocka*, The difficult rise of a civil society: societal history of modern Germany, in: *Mary Fulbrook* (Hrsg.), German History since 1800, London 1997, S. 493–511. Weitere Literaturangaben siehe weiter unten in Kapitel II.

21 *Uwe Sander/Wilhelm Heitmeyer*, Was leisten Integrationsmodi? Eine vergleichende Analyse unter konflikttheoretischen Gesichtspunkten, in: *Heitmeyer*, Was hält die Gesellschaft zusammen, S. 447–482, hier: S. 448 f.

22 *Hennig*, S. 92; *Franz*, Integration, S. 300–303.

23 *Heitmeyer*, Was hält die Gesellschaft zusammen.

24 Vgl. auch *Hennig*, S. 91.

25 *Heitmeyer*, Was hält die Gesellschaft zusammen.

litik, so wird in der Literatur konstatiert, sei in Form von Identitätspolitik entstanden.<sup>26</sup> Dabei spielten spezifische Kulturangebote eine große Rolle, zumal wenn sie von den Medien unterstützt würden.

Die Kommunen müssen sich bei ihren sozialen Integrationsofferten allerdings mit dem Zeitgeist des Neoliberalismus und den oftmals gegenläufigen marktvermittelten Prozessen auseinandersetzen. Dabei ist ihr Handlungsspielraum recht eingeschränkt. So haben sie ihrerseits nur begrenzte Möglichkeiten, Exklusionstendenzen abzubauen, denn vielfach leiden sie selbst unter allgemeiner Finanzschwäche und außerdem resultieren die ökonomischen Notlagen der Bevölkerungsgruppen aus der Arbeitslosigkeit, die durch Stadtpolitik nicht oder allenfalls nur in kleinen Ansätzen aufgefangen werden kann. Ein Teil der genannten Integrationsofferten verweist zudem über das Städtische auf den Staat und zeigt die wechselseitige Abhängigkeit von Stadt und Staat. Denn der Staat bietet die Möglichkeit, auch stadtbezogene Integration zu fördern; ebenso gilt das Umgekehrte.<sup>27</sup> Das führt zur Erkenntnis, dass Stadtforschung zentrale Fragen einer Gesellschaft tangiert, also gerade kein Sondergebiet ist, für die es von manchen Historikern noch immer gehalten wird.<sup>28</sup> Außerdem ist im Hinblick auf den *mainstream* historiografischer Forschung zu bedenken, dass jene, die »die Stadt lediglich als (zufälliges) *setting*« für spezifische Forschungsthemen begreifen, und jene, die »städtische Strukturen unhinterfragt mit modernen gesellschaftlichen Strukturen« gleichsetzen, die lokal differenten, materialen Strukturen, Lebensweisen und Erzählungen gelebter Wirklichkeiten aus dem Blick verlieren.<sup>29</sup>

### 3. Historiografische Rückblicke

Bei den heutigen Diskussionen ist die kurze Zeitspanne auffallend, die gemeinhin ins Visier genommen wird. Die konstatierten Veränderungen beziehen sich in der Regel gut begründet auf die letzten fünfundzwanzig Jahre, als Globalisierung und Neoliberalisierung die Gesellschaften von außen und innen massiv umzuformen begannen. Der derzeitige desolatte Zustand vieler Städte wird meist implizit mit den prosperierenden Jahren des wirtschaftlichen Aufstiegs der jungen Bundesrepublik verglichen, nicht aber mit der älteren Zeitgeschichte, geschweige denn mit den Phasen vor dem Ersten Weltkrieg. Aus der Sicht der Geschichtswissenschaft ist deshalb zu fragen, ob die rund 20-jährige Zeitspanne von 1955 bis 1975 mit Blick auf die Stadtgeschichte eher als eine historische Ausnahmeerscheinung zu betrachten ist, die deshalb bei der Bewertung aktueller Probleme nicht ohne weiteres als Norm herangezogen werden kann.

Die Stadtpolitik in den Jahrzehnten vor der Öl- und Wirtschaftskrise von 1973/75 wird häufig der sogenannten fordistischen Phase zugeordnet. Gemeint ist damit der Transfer des im Produktionsbereich entstandenen Fordismus auf Wirtschaft und Gesellschaft, inklusive Stadtplanung und Stadterneuerung. Gemäß dem fordistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell kam es zu einer Übertragung der zweckrationalen, funktionalistisch-arbeitsteiligen Fabrikgestaltung und Arbeitsorganisation auf die Stadt. Zum anderen wurde ein auf gesellschaftliche Integration ausgerichtetes Programm leitbildprägend. Dieses sah Angleichungen der Lebensverhältnisse durch Massenkonsum und staatliche Regula-

---

26 Göschel, Vom Disparitätenproblem, S. 125.

27 Heutige Bestrebungen, den Arbeitsmarkt durch kommunale Job Center zu kommunalisieren, sind auch unter dem Aspekt zu sehen, die Verantwortlichkeiten für das Klientel und die Öffentlichkeit sichtbarer und damit greifbarer zu machen.

28 Vgl. *Berking*, passim.

29 Martina Löw, Blickfänge: Räumlich-geschlechtliche Inszenierungen am Beispiel der Prostitution, in: ebd., S. 181–200, hier: S. 197.

tion, inklusive keynesianischer Finanzpolitik, vor.<sup>30</sup> In der von Planungseuphorie beherrschten Stadtbaupolitik dominierte ebenfalls der arbeitsteilige Funktionalismus, wonach Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Freizeit voneinander getrennt wurden. Der dementsprechend vorgenommene Abriss alter Gebäude wurde vom Bau städtischer Großsiedlungen am Stadtrand begleitet, die als Symbol relativer gleicher Lebensverhältnisse fungieren sollten. In den 1970er Jahren erfolgte – nicht zuletzt im Zuge der Öl- und Wirtschaftskrise von 1973/75 – eine Kehrtwendung, die die postfordistische Phase einleitete. Nun wurden im Zuge einer »behutsamen Stadterneuerung« Funktionsmischungen legitimiert und die in diesem Kontext anvisierten »kurzen Wege« vor allem von und für Frauen als gewinnbringend erachtet. Reformorientierte Flexibilität und Offenheit, etwa gegenüber ökologischen Neuerungen, galt es wenigstens in Form von Modellprojekten unter Beweis zu stellen. Soziale bzw. technologische Zukunftsutopien wichen einem lokalen Historismus in vielerlei Varianten – von den Geschichtswerkstätten über die Denkmalschutzpolitik bis zu *gentrification* und neohistoristischer Wahrzeichenpolitik.

Im Folgenden werden die aktuellen Diskussionen und Entwicklungstrends zum Anlass genommen, die verschiedenen in diesem Band veröffentlichten Beiträge in größere zeitliche und räumliche Zusammenhänge einzuordnen. Dabei kann es selbstredend nicht um eine systematisch entfacherte Entwicklungsgeschichte europäischer Stadtgesellschaften gehen, sondern lediglich um die Präsentation einiger Steine im großen Mosaik einer europäischen Stadtgeschichte seit der Phase der Industrialisierung und Urbanisierung.<sup>31</sup> Hierzu gehört auch die Berücksichtigung amerikanischer Entwicklungspfade, weil vergleichende transatlantische Blicke der Langzeittradition zeitgenössischer Wahrnehmungsweisen und ihrer analytischen Verarbeitung sowohl in den USA als auch in Europa entsprechen.<sup>32</sup>

Die Ausführungen verstehen sich nicht zuletzt als ein Beitrag zum *urban governance*-Konzept.<sup>33</sup> So wird Geschichte nicht mehr ausschließlich von Seiten der offiziellen Institutionen der kommunalen Legislative und Exekutive geschrieben, vielmehr werden, vor allem in Kapitel II,<sup>34</sup> die gesellschaftlichen Akteure und ihr zivilgesellschaftliches Engage-

30 Deswegen sprechen einige Politikwissenschaftler auch vom Regulationsansatz. Grundsätzlich: *David Harvey*, *The Condition of Postmodernity*, Cambridge etc. 1989; für Westdeutschland siehe u. a. *Stefan Krätke*, *Städte im Umbruch. Städtische Hierarchien und Raumgefüge im Prozeß gesellschaftlicher Restrukturierung*, in: *Renate Borst* u. a. (Hrsg.), *Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde*, Basel etc. 1990, S. 7–38, hier: S. 9. Als Einführung geeignet: *Detlev Ipsen*, *Über den Zeitgeist der Stadterneuerung*, in: *Die Alte Stadt* 19 (1992), H. 1, S. 16–29. Auf den heuristischen Wert bzw. auf die Erklärungsgrenzen des sogenannten Regulationsansatzes kann hier nicht eingegangen werden. Nur auf zwei oftmals unterschlagene Punkte sei hingewiesen: Erstens, fordistische Denkmodelle und Regulationsprinzipien ließen sich mit ganz verschiedenen politischen Systemen verbinden (so auch mit dem NS-Regime und dem DDR-System), und zweitens waren diese schon seit den 1920er Jahren in Deutschland wirksam geworden. Zu verweisen ist dabei nicht nur auf Realisierungsansätze in der Industrie, sondern auch auf andere Gesellschaftsfelder, etwa auf Gesundheit und Hygiene oder auf den funktionalistischen Wohnungsbau. Sie waren alle mit einer Politik der Sozialrationalisierung durchsetzt.

31 Der vorliegende Text greift einige Beispiele auf, die in anderen Arbeiten der Verf. bereits eine Rolle spielen.

32 *Daniel T. Rodgers*, *Atlantic crossings: social politics in a progressive age*, Cambridge, Mass. etc. 1998.

33 Dazu siehe die vielen konkreten Beispiele über das breite Spektrum der Macht- und Akteurselten vor allem in viktorianischen Städten in: *Richard Trainor/Robert J. Morris*, Preface, in: *dies.* (Hrsg.), *Urban Governance. Britain and Beyond since 1750*, Aldershot 2000; *Jörg Bogumil/Lars Holtkamp*, *Local Governance und gesellschaftliche Integration*, in: *Stefan Lange/Uwe Schimank* (Hrsg.), *Governance und gesellschaftliche Integration*, Wiesbaden 2004, S. 147–168, dort weiterführende Literatur.

34 Die Einleitung ist mit I. bezeichnet.

ment sowie ihre *self-organizing networks* berücksichtigt. Die Erweiterung des Blickfeldes hat ferner zur Folge, dass die Leitfragen nach den Inklusions- und Exklusionsstrategien in einen Spannungsbogen eingepasst werden, durch den die Desintegrierten nicht nur als Opfer, sondern auch als Akteure in Erscheinung treten (vgl. insb. die Kapitel III und VI). Die Sicht auf die Akteure darf freilich nicht die Einsicht verwässern, dass deren Handlungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten stets von starken, wenn auch veränderbaren Asymmetrien bestimmt wurden, was in der *urban governance*-Literatur und der Bürgertumsforschung nicht selten vergessen oder schlicht als nicht zu hinterfragende Gegebenheit angesehen wird. Chancen- und Machtasymmetrien durchziehen auch die Auseinandersetzungen um den städtischen Raum, inklusive ihrer jeweiligen Produktion und Aneignung<sup>35</sup>, wie im V. Kapitel ausgeführt wird. Ferner gilt es der Frage nachzugehen, wie die Zuständigkeiten und die jeweiligen Steuerungsmodi zwischen Akteuren der Lokalgemeinschaft und den offiziellen »Kommunalakteuren« geregelt wurden, wobei der *Munizipalsozialismus* und die moderne städtische Kulturpolitik sowie die Image- und Wahrzeichenpolitik besondere Beachtung verdienen (Kapitel IV und VI). In der Schlussbetrachtung (VIII) werden unter ausgewählten Aspekten einige Facetten der aktuellen Diskussion über die Europäische Stadt offen gelegt.

## II. AKTIVE STADTBÜRGERSCHAFT

Das Themenfeld *aktive Stadtbürgerschaft* hat in den Gesellschaftswissenschaften an Aktualität gewonnen. Vier Gründe sind hierfür maßgeblich: erstens werden im neoliberalen Denken dem Staat nur noch sogenannte Kernaufgaben zugesprochen, während alle übrigen Aufgaben von Gesellschaftsmitgliedern übernommen werden sollen. Zweitens ist die öffentliche Hand ihrerseits finanziell so überschuldet, dass sie zum Rückzug gezwungen ist, wodurch sich erweiterte Handlungsräume für einen Teil der Gesellschaftsmitglieder ergeben. Drittens werden mit der Aktivierung der Bürgerschaft wegweisende, der Aufklärung verpflichtete theoretische Konzepte verbunden, die vor allem im angelsächsischen Raum unter den zwei Begriffen *citizen* und *citizenship* diskutiert werden.<sup>36</sup> Viertens entdeckt die Bürgertumsforschung, die sich mittlerweile auf das 20. Jahrhundert erstreckt, mehr und mehr die Relevanz des stadtbürgerlichen Handlungsreservoirs als Untersuchungsfeld.<sup>37</sup> Letzteres stützt insbesondere die in der Historischen Frauenforschung eingebundenen Forscher und Forscherinnen, hatten sie doch ihrerseits von Anfang an die kleineren und größeren Grenzerweiterungen, die sich Frauen gerade auf lokaler Ebene

35 In diesem Zusammenhang ist auch auf den *spatial turn* zu verweisen, der das Forschungsinteresse an solchen Themen erhöht hat. Siehe u. a. *Simon Gunn/Robert J. Morris*, *Identities in Space. Contested Terrains in the Western City since 1850*, Aldershot 2001.

36 Mit beiden Begriffen verbinden sich verschiedene Vorstellungen. *Christoph Conrad/Jürgen Kocka* (Hrsg.), *Staatsbürgerschaft in Europa. Historische Erfahrungen und aktuelle Debatten*, Hamburg 2001; *Manfred Hildermeier/Jürgen Kocka/Christoph Conrad* (Hrsg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt/Main etc. 2000; *Arnd Bauerkämper* (Hrsg.): *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt/Main etc. 2003.

37 Dazu vgl. u. a. *Klaus Tenfelde*, *Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert*, in: *ders./Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Wege zur Geschichte des Bürgertums*, Göttingen 1994, S. 317–347; *Michael Schäfer*, *Bürgertum in der Krise. Städtische Mittelklassen in Edinburgh und Leipzig 1890–1930*, Göttingen 2003, S. 384 f.; zum 19. Jahrhundert siehe u. a. *Lothar Gall* (Hrsg.), *Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert*, München 1990; *Thomas Mergel*, *Zwischen Klasse und Konfession: Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794 – 1914*, Göttingen 1994.

›schon‹ im Laufe des 19. Jahrhunderts erkämpft hatten, stark gewichtet, selbst dann, wenn sie von den Bürgermännern damals beargwöhnt oder belächelt wurden.<sup>38</sup>

### 1. Kommunalparlamente, Kommissionen

Bekanntlich wurde in Deutschland ein demokratisches Kommunalwahlrecht erst 1919 eingeführt. Bis dahin bestanden zwar verschiedene Wahlrechtssysteme, aber keines genügte den Maßstäben eines allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechts. Die Einschränkungen in Deutschland betrafen nicht zuletzt alle Frauen, während Frauen, zumindest bestimmte Gruppen von Frauen, in Großbritannien seit 1869<sup>39</sup>, in Dänemark seit 1883 und in Norwegen seit 1901 auf kommunaler Ebene wählen durften.<sup>40</sup> Allerdings waren beispielsweise Frauen in britischen *town councils* eher selten anzutreffen, da sie sich bei den Wahlen in den meisten Fällen gegenüber den Männern nicht durchsetzen konnten.<sup>41</sup>

Die deutschen Kommunalparlamente wurden ebenfalls von männlichen Vertretern des Bürgertums dominiert, die sich in der Kommunalpolitik weder von Frauen, geschweige denn von Sozialdemokraten, das Heft aus der Hand nehmen lassen wollten. Zwar wirkten einige kommunalpolitische Maßnahmen sicherlich sozialintegrativ, aber die Stadtverordnetenversammlungen waren im allgemeinen keine Orte, an denen Konflikte mit den ›Anderen‹, vor allem den Sozialdemokraten, ausgetragen bzw. Kompromisse ausgehandelt wurden.<sup>42</sup> Auch sonst dominierte oft eine Kommunikationsverweigerung.<sup>43</sup> »Die Räume für Vermittlung und Zusammenarbeit existierten zwar, aber sie wurden nur von wenigen frequentiert; da sie zudem eng waren, hatten nicht viele Platz darin«, urteilt Jürgen Schmidt über die Erfurter Verhältnisse in wilhelminischer Zeit.<sup>44</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg wendete sich das Blatt. Durch die Demokratisierung des Wahlrechts gelangten Vertreter der Arbeiterparteien in die Kommunalparlamente. Das wurde von den traditionsbewussten Parteien in deutschen Gemeinden wie auch im schottischen Edinburgh als unnötige Politisierung der Kommunalpolitik verstanden.<sup>45</sup> Doch sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland gewannen die Arbeiterparteien SPD bzw. Labour Party Einfluss auf die Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur der Städte.<sup>46</sup> Aller-

38 Siehe u. a. Rita Huber-Sperl (Hrsg.), *Organisiert und engagiert. Vereinskultur bürgerlicher Frauen im 19. Jahrhundert in Westeuropa und den USA*, Königstein/Taunus 2002.

39 In Großbritannien handelte es sich um steuerzahlende Frauen.

40 Michelle Perrot, 1914: Great Feminist Expectations, in: Helmut Gruber/Pamela Graves (Hrsg.), *Women and Socialism, Socialism and Women. Europe between the two World Wars*, New York etc. 1998, S. 25–46, hier: S. 38.

41 Patricia Hollis, Ladies Elect. Women in English Local Government 1865–1914, in: Oxford 1987, S. 465. Zur komplexen Geschichte der Zuständigkeiten siehe noch immer die älteren Arbeiten von K. B. Smellie, *A History of Local Government*, 4. Auflage London 1968 (1946); Bryan Keith-Lucas, *English Local Government in the Nineteenth and Twentieth Centuries*, London 1977.

42 Von den neueren Stadtmonografien über die Kaiserzeit seien wenigstens zwei genannt: Jürgen Schmidt, *Begrenzte Spielräume. Eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurts 1870–1914*, Göttingen 2005, insb. hier: S. 293–308; Hans-Walter Schmuhl, *Die Herren der Stadt. Bürgerliche Eliten und städtische Selbstverwaltung in Nürnberg und Braunschweig vom 18. Jahrhundert bis 1918*, Gießen 1998, hier: S. 211–326 und S. 497–530.

43 Schmidt, *Begrenzte Spielräume*, S. 375.

44 Ebd., S. 385.

45 Für Edinburgh siehe Schäfer, *Bürgertum*, S. 250.

46 Zu Großbritannien siehe Martin Daunton, Introduction, in: ders. (Hrsg.), *The Cambridge Urban History of Britain*, Cambridge 2000, S. 1–58, hier: S. 54; siehe auch den Sammelband von Susanna Magri/Christian Topalov (Hrsg.), *Villes Ouvrières 1900–1950*, Paris 1989.

dings gingen bürgerliche Eliten, z. B. in der Stadt Leipzig mit der neuen Situation anders um als jene in Edinburgh.<sup>47</sup> In Leipzig plädierten sie für die Kompetenzverringerung bzw. Abschaffung der Kommunalparlamente und entzogen sich in (latenter) Protesthaltung dem kommunalpolitischen Handlungsfeld, in Edinburgh hingegen blieb der konsequente Parlamentarismus britischer Stadtregierungen erhalten und konnte folglich sozialintegrierend wirken. Gerade transnationale Vergleiche zeigen die ›Lücken‹ bürgerlichen Engagements im lokalen Feld der Weimarer Republik besonders deutlich.

Während die großen Linien der als unpolitisch definierten, durch eine restriktive Wahlrechtspolitik abgesicherten lokalen Herrschaft im späten 19. Jahrhundert mehr oder weniger in Abstimmung zwischen Stadtverwaltung und bürgerlichen Stadtverordneten erfolgte<sup>48</sup>, fand eine Erweiterung der für kommunale Aufgaben vorgesehenen Personenkreise vor allem in den Kommissionen statt. Hier wurden ehrenamtliche Tätigkeiten diverser Art ausgeübt.<sup>49</sup> In Deutschland konnten die Städte vor dem Ersten Weltkrieg auf den verschiedenen Ebenen Kommissionen bilden, in denen nicht nur Magistrats- oder Stadtratmitglieder vertreten waren, sondern eben auch ›gewöhnliche‹ Einwohner.<sup>50</sup> Allerdings gab es nur eine geringe Anzahl von Kommissionen, in denen auch Arbeiter mitwirkten; am ehesten traf man sie noch in den Armenkommissionen an.<sup>51</sup> Als besonders fortschrittlich galt das sogenannte Genter System, das allerdings nur in wenigen Städten, zu denen Straßburg gehörte, eingeführt wurde, wie auch aus dem Beitrag von *Silke Schütter* in diesem Band hervorgeht. Kernpunkt des Genter Systems war die Bezuschussung der gewerkschaftlich geführten Arbeitslosenversicherung durch die Kommune. Dadurch erfuhren die Gewerkschaften eine stadtbürgerliche Anerkennung und Aufwertung. In deutschen Städten fungierten außerdem die lokalen Einrichtungen der paritätisch besetzten Gewerbegerichte, der Schiedsgerichte, der Einigungsämter, der Sozialversicherungen, der Fabrik- und Gewerbeinspektionen als partiell zivilgesellschaftliches Feld der Kooperation und Konfliktaustragung, da in all diesen Organisationen Arbeitervertreter saßen.<sup>52</sup> Der Zeitpunkt der Einführung solcher Einrichtungen war allerdings höchst unterschiedlich. Oft mussten die Kommunen erst vom preußischen Staat zu einer größeren Aktivität auf diesen Gebieten ermahnt werden.

In England wurden Armenräte (*boards of guardians*), deren Handlungsradius nicht mit den Stadtgrenzen identisch war, sogar gewählt.<sup>53</sup> Auch arbeiteten Frauen in solchen

47 Dazu *Schäfer*, Bürgertum, S. 408 f.

48 Diese restriktiven, letztlich zukunftslosen Herrschaftsstrukturen vor allem in Preußen werden in der Bürgertumsforschung oft zu wenig beleuchtet. Darauf verweist auch *Berthold Grzywatz*, Stadt, Bürgertum und Staat im 19. Jahrhundert. Selbstverwaltung, Partizipation und Repräsentation in Berlin und Preußen 1806 bis 1918, Berlin 2003, S. 1106.

49 Vgl. für Charlottenburg: *Andreas Ludwig*, Der Fall Charlottenburg. Soziale Stiftungen im städtischen Kontext, Köln etc. 2005, S. 330.

50 *Adelheid von Saldern*, Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890–1920. Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung, Göttingen 1890–1920, Berlin 1973, S. 278–301.

51 Nähere Angaben in *von Saldern*, Vom Einwohner zum Bürger, S. 280 ff.

52 *von Saldern*, Vom Einwohner zum Bürger, S. 227–310; *dies.*, Gewerbeberichte im wilhelminischen Deutschland, in: *Karl-Heinz Manegold* (Hrsg.), Wissenschaft, Wirtschaft und Technik, München 1969, S. 190–203; *dies.*, Wilhelminische Gesellschaft und Arbeiterklasse. Emanzipations- und Integrationsprozesse im kulturellen und sozialen Bereich, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK) 13 (1977), H. 4, S. 469–506.

53 *Eduard Gräf*, Das Armenwesen, in: Arbeitersekretariat Frankfurt/Main, 4. Jahresbericht für 1902, S. 126.

Kommissionen mit, in Glasgow allerdings nur vereinzelt und erst seit 1901, wie *Beate Althammer* und *Michèle Gordon* in ihrem Beitrag zu diesem Band zeigen.<sup>54</sup>

Hatte sich die ehrenamtliche Betätigung von bürgerlichen Männern (und Frauen), die meist den mittleren und unteren Mittelschichten angehörten, zunächst einer Anerkennung in der lokalen Öffentlichkeit erfreut, so veränderte sich die Situation zu ihren Ungunsten, als vor allem nach dem Ersten Weltkrieg der Staat bzw. die Stadt, wie aus Deutschland bekannt, weitere Wohlfahrtsaufgaben übernahm und die sozialfürsorgerischen Aufgaben zunehmend professionalisiert wurden.<sup>55</sup>

## 2. Philanthropie, Vereine, Selbsthilfeorganisationen

Neben der Tätigkeit in Kommunalparlamenten und Kommissionen bestand das zweite große Aktionsfeld von Männern und Frauen des städtischen Bürgertums im privaten Engagement für öffentliche Belange – ein Themenfeld, das im Zuge des *local governance*-Ansatzes und der Konzeptionalisierung einer Zivilgesellschaft derzeit in der Forschung hoch im Kurs steht. Dabei wird die Tendenz sichtbar, diesbezüglich das 20. Jahrhundert als Verlustgeschichte zu interpretieren. Karl Schlögel spricht beispielsweise in diesem Zusammenhang mit Blick auf die Städte Ost- und Ostmitteleuropas von einer Geschichte der »Entbürgerlichung« und »Entzivilisierung«, wobei er die Sowjetzeit mit einschließt.<sup>56</sup>

Ein Blick auf England zeigt das große Ausmaß stadtbürgerlichen Engagements, wobei auffällt, dass sich die Stadteliten dort im späten 19. Jahrhundert viel lieber in religiösen und philanthropischen Vereinen versammelten als für einen Posten im Stadtrat zu kandidieren.<sup>57</sup> Auf Grund der angelsächsischen Kultur des Politischen spielten gerade in diesen Ländern die Philanthropen und deren Modellprojekte eine wichtige Rolle.<sup>58</sup> In Deutschland waren es die exklusiven Wahlrechtssysteme, die zahlreiche Bürgermänner und Bürgerfrauen im 19. Jahrhundert motivierten, sich für »ihre« Kommune in verschiedener Hinsicht zu engagieren und sich dafür gelegentlich als pflichtbewusste Bürger und wohlthätige Damen ehren zu lassen. Selbststilisierung und Reputationsgewinn bildeten große Motivationsressourcen vieler Stifter und Stifterinnen in allen europäischen Städten.<sup>59</sup> Dementsprechend avancierte Wohltätigkeit auch zum festen Bestandteil zahlreicher po-

54 Vgl. auch *Hollis*, Ladies Elect. Hierin auch über Frauen in den School Boards. Fallbeispiele bei: *Andrea Bergler*, Kommunale Wohlfahrtspflege und Geschlechterpolitik. Die Städte Berlin und Charlottenburg im Vergleich (1890–1914) (noch unveröffentlichte Dissertation, TU Berlin 2003).

55 Hier ist auch an die einigen Einfluss gewinnenden *social workers*, häufig Frauen, in den USA der 1920er Jahre zu denken. Zum Aspekt der Übernahme fürsorgerischer und sozialer Verantwortlichkeiten durch Staat oder Stadt siehe für England *Marguerite Dupree*, The Provision of Social Services, in: *Daunton*, The Cambridge Urban History, S. 351–394, hier: S. 393 f.; *Barry M. Doyle*, The changing functions of urban government: councillors, officials and pressure groups, in: ebd., S. 287–314, hier: S. 313.

56 *Karl Schlögel*, Stadtkulturen in Ostmitteleuropa. Lemberg als Ort der Karriere, in: *Andrei Corbea-Hoisie/Jacques Le Rider* (Hrsg.), Metropole und Provinzen in Altösterreich (1880–1918), Wien etc. 1996, S. 110–120, hier: S. 113.

57 Dazu siehe: *P. J. Waller*, Town, City, and Nation 1850–1914, Oxford 1983, hier S. 291 ff. *Althammer/Gordon* zeigen, dass auch in Köln religiöse Hilfsvereine eine lange Tradition haben und zugleich den kommunalen Einrichtungen vorgezogen wurden.

58 Siehe auch in Bezug auf Frauen: *Hollis*, Ladies Elect, S. 10–28. Für die USA siehe u. a. *Barry D. Karl/Stanley N. Katz*, Foundations and Ruling Class Elites, in: *Daedalus* 116 (1987), S. 1–40.

59 Siehe zum Beispiel *Philipp Sarasin*, Stiften und Schenken in Basel im 19. und 20. Jahrhundert. Überlegungen zur Erforschung des bürgerlichen Mäzenatentums, in: *Jürgen Kocka/Manuel Frey*, Bürgerkultur und Mäzenatentum im 19. Jahrhundert, Berlin 1998, S. 192–211; *Schäfer*, Bürgertum, S. 413.

pulärer Berichte über städtisches Leben, wie aus dem Beitrag von *Jan Philipp Altenburg* hervorgeht.

In den Forschungen über Stiftungswesen und Mäzenatentum wird immer wieder auf deren vielfältige Tätigkeitsfelder hingewiesen.<sup>60</sup> Zwar flossen zahlreiche Spenden an Einrichtungen, die keinen direkten Lokalbezug aufwiesen, doch trifft dies bei weitem nicht für alle Gelder zu. Theater und Museen waren beispielsweise beliebte Empfängeradressen, von denen die Stadtgesellschaften direkt profitierten. Auch kam den Kunstsammlungen in allen europäischen Ländern inklusive Russland eine besondere Rolle zu. Im zaristischen Russland, wo sich die Bourgeoisie selbst in den Großstädten schwer tat, einer bürgerlichen Kultur und Öffentlichkeit zum Durchbruch zu verhelfen, konnte sich ein beträchtliches mäzenatisches Engagement entfalten, das sich überdies durch eine beachtliche Bandbreite ästhetischen Geschmacks auszeichnete.<sup>61</sup>

Doch auch auf ganz anderen Gebieten, etwa der Gesundheitspflege, gab es beachtliche Initiativen. Bemerkenswert war der Bau des Müllerschen Volksbades in München um 1900, der von einer privaten Stiftung finanziert wurde.<sup>62</sup> Zahlreiche Stiftungen zur Linderung der sozialen Not und damit zur Förderung städtischer Integration belegen ebenfalls bürgerliches Engagement in vielen Variationen.<sup>63</sup> Sozial ausgerichtete private Stiftungen fragmentierten allerdings auch die Stadtgesellschaft durch ihre Selektion der zu Unterstützenden nach Kriterien der Religion und der Lebensführung der Antragssteller und -stellerinnen, wie *Althammer* und *Gordon* in ihrem Beitrag ebenfalls betonen. Auch sollte nicht vergessen werden, dass die veränderten politischen Gegebenheiten in den deutschen Städten nach dem Ersten Weltkrieg, bedingt durch die finanziellen Einbußen des Bürgertums infolge der Krieganleihen und der Hyperinflation, die prekäre Struktur des Stiftungssystems offen legten und dessen Niedergang auslösten. Die Weltwirtschaftskrise zeigte also sowohl in den USA als auch in Deutschland die begrenzte Reichweite des Stiftungswesens gerade in Notzeiten.<sup>64</sup>

Teilweise eng mit der Philanthropie verbunden, teilweise primär auf Netzwerkpflege ausgerichtet, teilweise mehr politisch, kulturell oder sozialreformerisch orientiert, waren bekanntlich die mannigfaltigen bürgerlichen Assoziationen, die die europäischen Stadtgesellschaften prägten. Man denke etwa an die deutschen Vereine und die englischen Clubs oder an die *Friendly Societies*. Weniger bekannt ist, dass bürgerliche Vereine sogar in den kürzlich untersuchten russischen Provinzhauptstädten Kazan' und Saratov zur späten Zarenzeit eine bedeutsame Rolle in der Vergesellschaftung des Stadtbürgertums spielten, das allerdings nur zwei Prozent der männlichen Einwohnerschaft ausmachte.<sup>65</sup> Weniger bekannt mag auch noch immer für manche sein, welchen starken Einfluss die Frauenvereine in der amerikanischen Stadtgesellschaft insbesondere während der *Pro-*

60 Zum Forschungsstand siehe *Ludwig*, Der Fall Charlottenburg, S. 8 ff. Zum Mäzenatentum siehe *Kocka/Frey*, Einleitung und einige Ergebnisse, in: *dies.* (Hrsg.), Bürgerkultur, S. 7–17.

61 *Waltraud Bayer*, »Richesse oblige«: Bürgerliches Mäzenatentum im Zarenreich, in: *Kocka/Frey*, Bürgerkultur, S. 212–239, hier: S. 233.

62 *Clemens Zimmermann*, Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung, Frankfurt/Main 1996, Abb. 11.

63 *Ludwig*, Der Fall Charlottenburg, S. 232.

64 Zu den USA siehe *Karsten Borgmann*, Kultur des Reichtums. Philanthropy, Wohltätigkeit und Elite in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: *Thomas W. Gaehdgens/Martin Schieder* (Hrsg.), Mäzenatisches Handeln. Studien zur Kultur des Bürgersinns in der Gesellschaft, Berlin 1998, S. 216–234, hier: S. 217 f. Hier finden sich auch weiterführende Literaturangaben.

65 *Lutz Häfner*, Gesellschaft als lokale Veranstaltung. Die Wolgastädte Kazan' und Saratov (1870–1914), Köln 2004, S. 486. Zu den einzelnen Assoziationen und zur kulturellen Vergesellschaftung siehe ebd., S. 172–275 und S. 420–483.

*gressive Era* hatten. Hier bildete sich eine netzwerkstarke Frauenöffentlichkeit heraus<sup>66</sup>, die sich Aufgaben annahm, die man als »soziale Mütterlichkeit« zu bezeichnen pflegt. Einfluss hatten Frauenvereine übrigens auch in anderen Ländern, etwa im Dänemark der Zwischenkriegszeit.<sup>67</sup>

Weil es sich bei der Philanthropie und den Vereinen um Aktivitäten bürgerlicher Männer und Frauen handelte, stellt sich die Frage, ob dadurch die Integration der Arbeiterschichten in die Stadtgesellschaft gefördert wurde. Die zahlreichen neueren Forschungen zu diesem Thema bejahen dies.<sup>68</sup> Dabei verweisen sie zum einen auf die Vielfalt der bürgerlichen sozialreformerischen Vereine, zum anderen auf das große Engagement der Akteure und Akteurinnen sowie auf die ausgeübten Wohltätigkeiten. Allerdings sollte nicht vergessen werden, dass sich die bürgerliche Reformarbeit in der Regel an bürgerlichen Normen, sozialen Ungleichheitsvorstellungen und patriarchalischen Kontrollvorstellungen orientierte, was klassenbewusste Arbeiter als Zumutung empfanden. Somit war es nicht verwunderlich, dass letztere für eine demokratisch verankerte, sozialstaatlich ausgebaute öffentliche Wohltätigkeit eintraten, obwohl sie selbst gegenüber dem unsteten Leben der instabilen Unterschichten ebenfalls normorientierte Bedenken hatten und gegenüber diesen Sozialgruppen deutliche Distanz zeigten.

Für die Kaiserzeit hat sich die Einschätzung schon vor vielen Jahren durchgesetzt, dass sich die Beziehungen zwischen sozialdemokratisch gesinnter Arbeiterschaft und der (lokalen) Bürgergesellschaft als *negative Integration* (Groh) fassen lassen.<sup>69</sup> Im Unterschied zu Deutschland war die organisierte Arbeiterschaft in Großbritannien – ähnlich wie in Frankreich – zumindest »in gewissem Maße in die stadtbürgerliche *Civil Society* integriert«, wie am Beispiel von Edinburgh festgestellt wurde.<sup>70</sup> Zwar hat es, wie schon erwähnt, auch in deutschen Städten diverse Teilhabeformen gegeben<sup>71</sup>, doch blieben die Vertreter der Arbeiterschaft weitgehend von politischer und kultureller Partizipation ausgegrenzt. Wegen ihrer Stärke empfanden viele von ihnen die Ausgrenzung besonders diskriminierend – wohl mehr als dies in anderen Ländern der Fall war. Eine solche Konstellation führte dazu, dass die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eine partielle Parallelgesellschaft in Form von Selbsthilfe-Einrichtungen, kulturellen Vorfeldorganisationen und Gewerkschaften aufbaute. Zu denken ist in diesem Zusammenhang an Hilfskassen, Arbeitersekretariate, Kinder- und Armenschutzkommissionen, sozialdemokratische Frauen- und Jugendgruppen, ferner an den Arbeitersamariterbund und an die allerdings nur vereinzelt eingerichtete Arbeitslosenversicherung.<sup>72</sup> Hinzu kamen noch die zahlreichen Ar-

66 Paula Baker, *The Domestication of Politics: Women and American Political Society, 1780–1920*, in: Linda Gordon (Hrsg.), *Women, the State and Welfare*, Madison, Wisconsin 1990, S. 55–91.

67 Vgl. z. B. Hilda Rømer Christensen, *Socialist Feminists and Feminist Socialists in Denmark 1920–1940*, in: Gruber/Graves, *Women and Socialism*, S. 478–506.

68 Einen Überblick gibt Meinolf Nitsch, *Private Wohltätigkeitsvereine im Kaiserreich. Die praktische Umsetzung der bürgerlichen Sozialreform in Berlin*, Berlin etc. 1999, S. 18–20.

69 Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/Main 1973. Zur *negativen Integration* der Katholiken im Kulturkampf und deren Überwindung siehe Mergel, *passim*.

70 Schäfer, *Bürgertum*, S. 413. Zu Frankreich siehe Thomas Höpel, *Von der Kunst- zur Kulturpolitik. Städtische Kulturpolitik in Deutschland und Frankreich 1918 – 1939* (unveröffentlichte Habilitationsschrift, Universität Leipzig 2006), Manuskript S. 42.

71 Auch waren sozialdemokratische und gewerkschaftlich gesinnte Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Arbeitsmarkt und im Betrieb integriert, wenngleich negativ integriert, soweit nicht von Großunternehmen aufgestellte *Schwarze Listen* eine Beschäftigung verhinderten.

72 Von Saldern, *Vom Einwohner zum Bürger*, S. 190–208; Schäfer, *Bürgertum*, S. 413. Diese Einrichtungen und ihre partiell integrative Wirkung in Bezug auf kommunale Teilhabe von sozialdemokratischer Arbeiterbewegung wurde in Form einer Pionierarbeit eingehend untersucht

beiterkultur- und Freizeitvereine.<sup>73</sup> Zur Selbsthilfekonzeption gehörten an zentraler Stelle auch die Genossenschaften, später die gemeinwirtschaftlichen Organisationsformen (Neue Heimat und ihre Vorläufer).

Obwohl dieses relativ abgeschlossene, durch SPD (bzw. KPD) sowie durch Genossenschaften und Gewerkschaften abgestützte Selbsthilfe-Milieu in Deutschland schon in der Zeit der Weimarer Republik durch die schichtenübergreifende Massenkultur sowie durch die erweiterten Partizipationsrechte aufgeweicht<sup>74</sup> und in der NS-Zeit weitgehend zerstört bzw. überformt wurde, setzte der endgültige Zerfall der die ehemaligen Selbsthilfeeinrichtungen stützenden sozialdemokratischen Milieus erst in der Bundesrepublik ein. Die Ursachen lagen in der neu konfigurierten Demokratie, in der politischen Verankerung erweiterter Sozialstaatlichkeit, im bewussten Verzicht auf den Wiederaufbau einer Arbeiterkulturbewegung sowie in der relativen Einebnung der Klassenunterschiede auf der Basis des erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des Durchbruchs der Konsumgesellschaft seit den späten 1950er Jahren.

### 3. Bürgerinitiativen, Partizipationskultur, Protestformen

Obwohl sich aktives Bürgerengagement in diversen Formen in allen Jahrzehnten feststellen lässt, bilden die Bürgerinitiativen, die seit den späten 1960er Jahren entstanden sind, einen historischen Einschnitt in der Geschichte der politischen Stadtkultur. Die mit der Regierungsübernahme von Willy Brandt sich entfaltende Aufbruchstimmung (»Mehr Demokratie wagen«) hat den Partizipationsforderungen auch auf lokaler Ebene großen Auftrieb gegeben. Aktiv wurden nunmehr vor allem Angehörige der mittlerweile stark ausgeweiteten Mittelschichten. In den Blick gerieten kommunale Problemkreise wie Stadterneuerung<sup>75</sup>, Kindergärten, Jugendzentren, Verkehrsberuhigung u. a. m. Die Bürgerinitiativen verfolgten zwar nur partikulare Ziele und waren auch lediglich temporär tätig, doch gerade das zeigt, dass Bürger und Bürgerinnen ihre Interessen nicht mehr allein durch Verwaltungen und Parlamente ausreichend vertreten sahen. So ließen sich, wie *Sabine Mecking* in ihrem Beitrag betont, vor Ort fast überall außerparlamentarische Widerstände gegen Maßnahmen im Zuge der Gebietsreform feststellen.<sup>76</sup> Zwar konnten die Initiativen ihre Forderungen bei weitem nicht immer durchsetzen, doch bildete sich all-

---

von *Gerhard Albert Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890 – 1900, Berlin 1959, 2. Aufl., Berlin 1963; vgl. auch die Gesamtdarstellung von *Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde*, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992.

73 Zur Arbeiterkulturbewegung siehe u. a. *Friedhelm Boll* (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Politik. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Wien etc. 1986; siehe auch *von Saldern*, Wilhelminische Gesellschaft, passim. Die dadurch entstandenen Vernetzungen erleichterten auch die vielen Streiks jener Zeit.

74 Ein Beispiel dafür ist das Eintreten der SPD in der Weimarer Republik primär für den gleichen Zugang zu den bestehenden und noch zu erweiternden Kulturangeboten und nicht für die Ausformung eines alternativ-sozialistischen Kunst- und Kulturbetriebes, wodurch sie sich von KPD-nahestehenden Kreisen unterschied.

75 Dabei kam dem »roten Bologna« wegen seiner frühen und radikalen Stadterhaltungspolitik für andere europäische Städte eine Vorbildfunktion zu. *Harald Bodenschatz*, 30 Jahre Kampf um die »Europäische (Groß-)Stadt«, in: *Die Alte Stadt* 26 (1999), H. 3, S. 205–209, hier: S. 205; *Sil Schmid*, Eine alte Stadt für eine neue Gesellschaft, in: *Max Jäggi* u. a., Das rote Bologna. Kommunisten demokratisieren eine Stadt im kapitalistischen Westen, Zürich 1976, S. 56–81.

76 *Sabine Meckings* Ausführungen in diesem Band über die Sennestadt zeigen allerdings, dass nicht immer Bürgerinitiativen entstanden, selbst nicht bei Eingemeindungsbeschlüssen, wie in diesem Falle im Zuge der Gebietsreform um 1970.

mählich unter ihrem Druck eine Kultur des Aushandelns heraus.<sup>77</sup> Bürger und Bürgerinnen galten nicht mehr nur als Objekte der Verwaltung und der Politik. Das führte zu einem partiellen Abbau autoritärer Strukturen und schuf die Voraussetzung für eine veränderte Einstellung der Verwaltung zu »ihrer« Stadtbürgerschaft. Zur Stadtbürgerschaft gehörten auch Frauen, die sich auf der Basis der Neuen Frauenbewegung in viel breiterer Front als früher für ihre »privaten« Anliegen öffentlich Gehör verschafften.<sup>78</sup> Sicherlich blieb die Partizipationskultur weiterhin oftmals prekär; das Unterlaufen durch mangelhafte und zu späte Informationen sowie diverse Beschwichtigungsstrategien auf sogenannten Bürgerversammlungen waren (und sind) an der Tagesordnung, gleichwohl hat sich das Klima in den Städten nachhaltig verändert und das Austragen der Konflikte durch Partizipation zur Regel gemacht.

Die konfliktorientierte Partizipationskultur war mit den vielgestaltigen Neuen Sozialen Bewegungen jener Zeit lose verbunden. Diese hatten zwar oftmals keinen städtischen Charakter, bezogen jedoch ungeachtet ihrer transstädtischen und teilweise transnationalen Forderungen, etwa auf dem Gebiet der Ökologie oder der Nuklearbewaffnung, städtische Akteure in ihre Handlungsmatrix ein und nutzten wahlweise auch städtische Zentren, um sich in solchen verdichteten öffentlichen Räumen leichter Gehör zu verschaffen.<sup>79</sup> Sie engagierten sich für einen neuen, mehr projekt- denn parteibezogenen Politikstil, der den etablierten Parteiapparaten Schwierigkeiten bereitete<sup>80</sup>, auch wenn durch den Generationenwechsel unter den Parteipolitikern das Verständnis für veränderte Strukturen des Engagements mancherorts stieg.

Zu diesem veränderten Politikstil gehörten – neben den weiter fortbestehenden alten Protestformen<sup>81</sup> – neue Praxen des Dagegenseins. Vor allem ist dabei an die teils friedli-

77 *Otfried Jarren*, Kommunale Kommunikation. Eine theoretische und empirische Untersuchung kommunaler Kommunikationsstrukturen unter besonderer Berücksichtigung lokaler und sub-lokaler Medien, München 1984, hier: S. 103–106. Im Jahre 1972 zählte man 3.000 bis 4.000 Bürgerinitiativen mit 60.000 bis 120.000 aktiven Mitgliedern. *Roland Roth*, Das Ende des politischen Biedermeier? Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik, in: *ders./Volkhard Brandes/Joachim Hirsch* (Hrsg.), *Leben in der Bundesrepublik. Die alltägliche Krise*, Berlin 1980, S. 203–235, hier: S. 211, 105 f.; *ders.*, »Alle Macht geht vom Volke aus ... und kommt nie wieder zurück«? Notizen zur politischen Geschichte der Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik, in: *ders.* (Hrsg.), *Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen*, Frankfurt/Main etc. 1980, S. 74–96, hier: S. 75. Im Jahre 1989 haben 14,1 Prozent der Befragten angegeben, schon bei einer Bürgerinitiative mitgemacht zu haben, während es 1980 erst 6,7 Prozent waren. *ders.*, Lokale Demokratie »von unten«. Bürgerinitiative, städtischer Protest und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik, in: *ders./Hellmut Wollmann* (Hrsg.), *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*, Opladen 1994, S. 228–244, hier: S. 231.

78 Zu England siehe einfühend *Holger Nehring*, The Growth of Social Movement, in: *Paul Addison/Harriet Jones* (Hrsg.), *A Companion to Contemporary Britain 1939–2000*, Oxford 2005, S. 389–406, hier: S. 390–393.

79 Siehe zum Beispiel *Holger Nehring*, Protests against Nuclear Weapons in Britain and West Germany, 1958–1963, in: *Zeithistorische Forschungen. Studies in Contemporary History* 2 (2005), H. 2, S. 180–202, hier: S. 188.

80 Eine breitere Kontextualisierung bietet *Geoff Eley*, *Forging Democracy. The History of the Left in Europe 1850–2000*, Oxford 2002, S. 460 ff.

81 Zu den »althergebrachten« Protestformen wie Streiks und Demonstrationen siehe die einschlägige Studie von *Friedhelm Boll*, *Arbeitskämpfe und Gewerkschaften in Deutschland, England und Frankreich. Ihre Entwicklung vom 19. zum 20. Jahrhundert*, Bonn 1992; auf die Stadt bzw. die verschiedenen Stadttypen bezogen: *Paul M. Hohenberg/Lynn Hollen Lees*, *The Making of Urban Europe 1000–1950*, Cambridge, Mass. 1985, S. 248 ff.; *Michael P. Hanagan*, *Urbanization, worker settlement patterns and social protest in nineteenth-century France*, in: *John M. Merriman*, *French Cities in the Nineteenth Century*, New York 1981, S. 208–229; ferner: *Louise Tilly*, *Politics and Class in Milan, 1881–1901*, New York 1992; *Thomas Lindenberger*, *Straßenpolitik.*

chen, teils militanten Hausbesetzungen bzw. die Instand(be)setzungen der 1970er und 1980er Jahre zu denken.<sup>82</sup> Besonders spektakulär waren beispielsweise die Hausbesetzungen in Gallarate bei Mailand im Jahre 1974. Und auch die Frankfurter Hausbesetzungen stießen auf große öffentliche Resonanz. Im Frankfurter Westend konnte eine Aktionsgemeinschaft, zu deren Strategie eben auch Hausbesetzungen gehörten, tatsächlich eine Wende in der Wohnungspolitik einleiten.<sup>83</sup>

Als Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass in der Regel die Aktivitäten der Stadtakteure einem (stadt)gesellschaftlichen Engagement entsprangen – gepaart mit der Verfolgung von Eigen- bzw. Gruppeninteressen oder geleitet vom Protest gegen bestehende Verhältnisse sowie dem Wunsch nach ›anderen‹ Lebensbedingungen. Je mehr Partizipation der Stadtbevölkerung ermöglicht wurde, desto mehr wuchs – trotz aller Konflikte – das darin liegende Integrationspotential an. Die fehlenden bzw. recht begrenzten Partizipationsmöglichkeiten für sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter im Kaiserreich und der Aufbau vieler eigener Einrichtungen in damaliger Zeit führten zu einer Phase »negativer Integration« und einer partiellen Parallelgesellschaft.

### III. ETHNISCHE MINDERHEITEN IM SPANNUNGSFELD VON SEGREGATION UND INTEGRATION

Lange hat es gedauert, bis in der deutschen Geschichtswissenschaft der Migrationsgeschichte die ihr gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wurde.<sup>84</sup> Selbst wenn das Themenfeld allein auf die Stadt bezogen wird, ist es von großer Relevanz. Denn in europäischen Städten, besonders in Großstädten, lebten stets diverse Ethnien.<sup>85</sup> Im Folgenden werden einige allgemeine Grundzüge herausgearbeitet und an Hand von konkreten Beispielen veranschaulicht.

---

Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995; *Anthony McElligott*, *Contested City. Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona, 1917–1937*, Ann Arbor 1998, hier: Kapitel 6.

82 Auf dem Höhepunkt der Bewegung galten in Berlin 165 Häuser als »besetzt«. *Tilman Harlander*, Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik, in: *Ingeborg Flagge* (Hrsg.), *Geschichte des Wohnens. Von 1945 bis heute. Aufbau – Neubau – Umbau*, Bd. 5, Stuttgart 1999, S. 233–418, hier: S. 339; *Detlef Siegfried*, Urbane Revolten, befreite Zonen. Über die Wiederbelebung der Stadt und die Neuaneignung der Provinz durch die »Gegenkultur« der 70er Jahre, in: *Adelheid von Saldern* (Hrsg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Stuttgart 2006 (i.E.).

83 *Harlander*, Wohnen und Stadtentwicklung, S. 339.

84 Auch heute noch sind diesbezügliche historische Arbeiten, etwa über die Zeit der Bundesrepublik und der DDR rar. Marksteine setzten *Ulrich Herbert*, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001; *Klaus Bade*, *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2000; *Karen Schönwälder*, *Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren*, Essen 2001; *Jochen Oltmer*, *Migration und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen 2005; *Angelika Eder* (Hrsg.), »Wir sind auch da!« Über das Leben von und mit Migranten in europäischen Großstädten, Hamburg 2003.

85 Man denke zum Beispiel an die slawischen Minderheiten in Budapest oder Thessaloniki. *Alexander Maxwell*, *Budapest and Thessaloniki as Slavic Cities (1800–1914): Urban Infrastructures, National Organizations and Ethnic Territories*, in: *Ethnologia Balkanica* 9 (2005), S. 43–64.

### 1. Ethnische Fremdheit

Wer nicht nur die inneren Strukturen der Einwanderungskolonien in den Blick nimmt, sondern das Beziehungsgefüge zwischen den ethnischen Minderheiten und der Aufnahmegesellschaft fokussiert, stößt als erstes auf die Begriffe des Fremden und der Fremdheit. Zygmunt Baumann betont in diesem Zusammenhang, dass der Fremde von der Mehrheitsgesellschaft als Gefahr wahrgenommen werde, weil dieser unbestimmt zwischen Feind und Freund changiere und die fehlenden Einordnungsmöglichkeiten Angst verbreiteten.<sup>86</sup> Dem Fremden gelingt es in der Regel nicht, aus der Rolle als Fremder herauszufinden, wobei »fremdartiges« Aussehen noch ein zusätzliches Hindernis bedeutet. Obwohl das Erkennen von Differenz der Mehrheitsgesellschaft oftmals Angst macht, trachtet sie nicht oder unzureichend danach, diese Angst abzubauen. An der Fortschreibung der Fremdheit tragen die Medien einen gehörigen Anteil an Verantwortung, weil sie häufig Fremdheit reproduzieren oder gar verstärken.<sup>87</sup> In die gleiche Richtung weisen die »ausgrenzenden, »verfremdenden« Blicke der anderen.«<sup>88</sup> Bei Stadtjubiläen in ansonsten so ungleichen Gesellschaften wie jener der NS-Zeit, der DDR und der Bundesrepublik der 1960er Jahre erhielten beispielsweise bestimmte ethnische Minderheiten zwar Gelegenheit, im Festzug mitzumachen, doch nur als exotische Fremde, die durch Tänze und Kostüme ihre Andersartigkeit unter Beweis stellten und gleichzeitig festschrieben. Denn mit dem Exotischen konnte die Mehrheitsgesellschaft leichter umgehen, bleibt dabei doch die Fremdheit gewahrt.<sup>89</sup> Untersuchungen aus den frühen 1980er Jahren haben am Beispiel jugoslawischer Gastarbeiter in Wien gezeigt, dass sich in erster Linie die mangelnde Integrationsbereitschaft des Aufnahmelandes Österreich negativ auf die Integrationsbereitschaft der Gastarbeiter ausgewirkt habe.<sup>90</sup> Auch die zunehmende Hinwendung zum Islam deutet *Eva Kimminich* in ihrem Beitrag mit Blick auf die französischen *banlieusards* als eine der Folgen der Ausgrenzung dieser Personengruppen von einer aktiven Stadtbürgerschaft (*citoyenneté*) im Rahmen einer modernen Zivilgesellschaft. Die Stigmatisierung bestimmter Quartiere als »Ausländer«-Viertel in Medien und Öffentlichkeit treibt oftmals die Spirale der Exklusion weiter.

Unabhängig von der Persistenz, die manche Stigmatisierungen auszeichnen, lassen die unterschiedlichen Verläufe des Einlebens von MigrantInnen in ein und demselben Aufnahmeland darauf schließen, dass die Prozesse bis zu einem gewissen Grade auch von Seiten der Neuankömmlinge gestaltbar sind. Allerdings hat man sich längst von der Auffassung verabschiedet, dass die Geschichte der Migranten und Migrantinnen in der Regel eine »Geschichte sozialen Aufstiegs und harmonischer Integration darstellt.«<sup>91</sup> Immer wieder wird in der Literatur ein Nebeneinander und nicht ein Miteinander zwischen Mi-

86 Zygmunt Bauman, *Modernity and Ambivalence*, Cambridge 1998.

87 Dazu siehe das Beispiel von Chapelton, einem Quartier in Leeds, wo osteuropäische Juden und seit den 1960er Jahren Afrikaner aus der Karibik wohnten. Max Farrar, *The zone of the other: imposing and resisting alien identities in Chapelton, Leeds, during the twentieth century*, in: Gunn/Morris, *Identities in Space*, S. 117–133.

88 Martin Sökefeld, »Wir sind auch da!« Aleviten in Hamburg und der Kampf um Anerkennung, in: Eder, S. 243–265, hier: S. 265.

89 Hierzu siehe Uta C. Schmidt, »[...] auf dem Berg, nicht hinter dem Berg zu Hause«. Die 700-Jahr-Feier der Stadt Lüdenscheid 1968, in: Adelheid von Saldern (Hrsg.) unter Mitarbeit von Lu Seegers, *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935–1975)*, Stuttgart 2005. In diesem Band findet man auch andere Beispiele. In der NS-Zeit und in der DDR handelte es sich um Sorben.

90 Helga Leitner, *Gastarbeiter in der städtischen Gesellschaft. Segregation, Integration und Assimilation von Arbeitsmigranten. Am Beispiel jugoslawischer Gastarbeiter in Wien, Frankfurt/Main 1983*, hier: S. 297 ff.

91 Schönwälder, *Einführung*, in: Eder, S. 13–18, hier: S. 18.

grantInnen und der Mehrheitsgesellschaft konstatiert – auch noch in der zweiten Generation.<sup>92</sup> Ein entscheidender Punkt für eine fruchtbare Wechselbeziehung liegt im Ausmaß und in der Vielfalt von ›Kommunikationspassagen‹, die die etwaige Parallelgesellschaft der ethnischen Minderheit mit der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft verbinden. Wenn beispielsweise Migranten und Migrantinnen an bestimmten (halb)öffentlichen Orten nicht erwünscht sind<sup>93</sup>, so tragen solche Exklusionen zur Entwicklung von separierten Parallelgesellschaften bei. Neben den schon von der *Chicago School* aufgeworfenen Fragen nach den intergenerationellen Mobilitätsmustern und den sozialen Integrationschancen<sup>94</sup> sind in letzter Zeit ethnische Minderheiten auch dann in das Blickfeld gelangt, wenn es um die ethnische Klein- und Nischenökonomie geht, die in innerstädtischen, gemischt bebauten Quartieren, wie in Hannover-Linden und im Hamburger Schanzenviertel, größere Erfolgchancen hatte als in Großblocksiedlungen am Stadtrand.<sup>95</sup> Darüber hinaus werden im Wissenschaftsdiskurs Fragen der Erinnerung und des kulturellen Gedächtnisses, der Medienbilder und Denkmalsetzungen thematisiert.<sup>96</sup> Bisheriges Ergebnis für Deutschland ist, dass hier eine Separierung der Gedächtniskulturen vorherrscht und Integrationsbrücken auf der Ebene der (städtischen) Gedächtnispolitik erst noch gebaut werden müssen. Schließlich rückt in jüngster Zeit der Begriff der Übersetzung immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen über die (analytische) Begegnung mit Fremdheit und differenten Kulturen. Bei diesem Begriff steht nicht mehr allein die Übersetzung von kulturspezifischen Bedeutungen und Sinnzusammenhängen in Rede, sondern das *doing*, also eine soziale Praxis, bei der das Übersetzen als Aushandeln von Konflikten, als »Verflechtung von Eigenem und Fremden« und als Ausleuchtung kultureller Grenz- und Übergangszonen konzipiert wird. Dadurch könnten sich binäre Strukturen verflüssigen und zwar nicht im Sinne der Verwischung von unterschiedlichen kulturellen Kodierungen, sondern im Sinne des Auslotens von »dritten Räumen«, die als Überbrückungsräume fungierten und damit die interkulturelle Verständigung erleichterten.<sup>97</sup>

## 2. Die Integration des letzten Drittels. Das Beispiel der Ruhrpolen

Die Geschichte der *Ruhrpolen* des Deutschen Kaiserreichs löste in den 1980er Jahren eine kleine Kontroverse aus. Dabei ging es um die Frage, ob das Beispiel der *Ruhrpolen*, die aus den östlichen Reichsgebieten als billige Arbeitskräfte ins Ruhrgebiet gekommen

92 Werner Schiffauer, Opposition und Identifikation – zur Dynamik des »Fußfassens«. Von der »Gastarbeit« zur Partizipation in der Zivilgesellschaft, in: Jan Motte/Rainer Ohliger (Hrsg.), Geschichte und Gedächtnis in der Einwanderungsgesellschaft. Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004, S. 89–98, hier: S. 97.

93 Ebd., S. 94.

94 Siehe auch den Beitrag von Christopher Klemek in diesem Band. Ferner: Henk E. Delger, Chancen in Rotterdam. Eine Untersuchung der sozialen Mobilität zweier deutscher Migrantengruppen (1870–1879 und 1920–1929), S. 47–71.

95 Gemeint sind vor allem kleinere Dienstleistungsbetriebe. Zu Hannover-Linden siehe Günter Max Behrendt, Die türkischen *communities* von Hannover, in: Hans-Peter Waldhoff/Dursun Tan/Elçin Kürsat-Ahlers (Hrsg.), Brücken zwischen Zivilisationen. Zur Zivilisierung ethnisch-kultureller Differenzen und Machtungleichgewichten. Das türkisch-deutsche Beispiel, Frankfurt/Main 1997, S. 213–243.

96 Jan Motte/Rainer Ohliger, Einwanderung – Geschichte – Anerkennung. Auf den Spuren geteilter Erinnerungen, in: dies., S. 17–49.

97 Dazu siehe Doris Bachmann-Medick, Einleitung: Übersetzung als Repräsentation fremder Kulturen, in: dies. (Hrsg.), Übersetzung als Repräsentation fremder Kulturen, Berlin 1997, S. 1–18, hier: S. 13–17; ein konkretes Beispiel bietet auch Jörg Hüttermann, Islamische Symbole und »avancierende Fremde«. Konfliktkommunikation in Stadt und Gesellschaft, in: von Saldern, Stadt und Kommunikation (i. E.).

waren und vielfach in relativ isoliert gelegenen Werkssiedlungen wohnten, als eine gelungene Integration zu betrachten sei. Das Pendel der Meinungen schlug schließlich in eine Richtung, die zur vorsichtigen Beurteilung mahnte. Denn erstens handelte es sich um Polen mit deutscher Staatsbürgerschaft, zweitens erfuhren diese als Katholiken durch die Katholische Kirche bzw. die Zentrumspartei manche Unterstützung und drittens wurden wesentliche Integrationsfortschritte eigentlich erst in der Weimarer Republik erzielt, nachdem ein Drittel der *Ruhrpolen* zurück ins neue Polen gezogen und ein zweites Drittel nach Frankreich übergesiedelt war, um in den dortigen Bergwerken zu arbeiten. Die dadurch stark verkleinerte Gruppe der in Deutschland verbliebenen Polen ließ sich in der zweiten und dritten Generation dann tatsächlich mehr oder weniger in die deutsche Gesellschaft integrieren.<sup>98</sup> Dabei habe, so die heutige Interpretation des Integrationsprozesses, die im Kaiserreich entwickelte eigene Organisationskultur, die den Repressionen seitens der deutschen Behörden stand hielt, eine wichtige Voraussetzung dargestellt. Dadurch sei – ähnlich wie in den amerikanischen Einwanderungskolonien – in einer Art dialektischem Prozess Abgrenzung mit Integration verbunden worden.<sup>99</sup> Britta Lenz zeigt in ihrem Beitrag für diesen Band, dass es insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg die Freizeitvereine, vor allem die Fußballvereine, waren, die die parallelgesellschaftliche Integration der Kaiserzeit in eine partiell assimilatorische wendeten, indem Polen als Mitglieder aufgenommen wurden. Allerdings setzte sich dieser Integrationsprozess nicht kontinuierlich fort, denn Teile der polnischen Elite wurden nach 1939 in KZ eingeliefert.<sup>100</sup> Damit verzögerte sich der abschließende Teil dieses recht komplexen Integrationsprozesses, der einst mit dem Aufbau einer partiellen Parallelgesellschaft begonnen hatte, bis in die Zeit der Bundesrepublik hinein.

### 3. *Ethnische Quartierskultur in innerstädtischen Zonen der Transition*

In allen europäischen Städten ließen sich im 19. Jahrhundert Viertel mit eng zusammenstehenden, zum Teil verfallenen Gebäuden, überbesetzten Wohnungen, dunklen Gassen und Hinterhöfen sowie schlecht belüftbaren Mietshäusern finden – oft in der Altstadt oder am Rande der Innenstädte gelegen. In der zum Habsburger Reich gehörenden Stadt Triest, die sich zu einem der wichtigsten Häfen des Mittelmeeres entwickelt hatte, kam es zum Beispiel im Zuge des Urbanisierungsprozesses zur Herausbildung zweier proletarischer Stadtviertel, der Altstadt *Citavecchia* und dem Viertel *San Giacomo*.<sup>101</sup> Diese wiesen – wie in vielen europäischen Städten – spezifisch ethnische Profile auf<sup>102</sup>, und zwar geprägt durch Slowenen und Juden. Während das slowenische Bürgertum, das seit den 1860er Jahren vermehrt in die Stadt gezogen war, in den gleichen Vierteln wie das machtpoli-

98 Zur Literatur über die Ruhrpolen siehe den Beitrag von Britta Lenz in diesem Band.

99 Bezüglich der Abgrenzung betont Britta Lenz in ihrem Beitrag, dass die Bewohner der Werkskolonien bei den Alteingesessenen als *Polacken*, *Hergelaufene* und *Gesocks* galten. Vgl. ferner Walter Siebel, *Die Stadt und die Fremden*, in: Joachim Brech/Laura Vanhué (Hrsg.), *Migration – Stadt im Wandel*, Darmstadt 1997, S. 33–40, hier: S. 39.

100 Häußermann/Siebel, *Die Mühen der Differenzierung*, S. 60. Unter den polnischen Juden, die 1938 nach Polen abgeschoben wurden, werden sich wohl wenige *Ruhrpolen* befunden haben.

101 Sabine Rutar, *Kultur – Nation – Milieu. Sozialdemokratie in Triest vor dem Ersten Weltkrieg*, Essen 2004, hier: S. 75 ff.

102 Als Einstieg in die Thematik anderer Länder siehe: Max Engmann (Hrsg.), *Ethnic Identity in Urban Europe. Comparative Studies on Governments and Non-Dominant Ethnic Groups in Europe, 1850–1940*, Dartmouth 1992. Auf die Ethnisierung der Politik in Altösterreich seit den 1890er Jahren, woraufhin sich in Böhmen und Mähren selbst die Stadtgesellschaften nach Ethnien teilten, kann hier nicht eingegangen werden. Dazu als Einführung: Gerald Stourzh, *Ethnisierung der Politik in Altösterreich*, in: *Wiener Journal* 22 (September 1999), S. 35–40, hier: S. 38; vgl. auch diverse Aufsätze in: *Corbea-Hoisie/Le Rider*.

tisch dominante italienische Bürgertum wohnte<sup>103</sup>, waren die meist ärmeren Slowenen im Arbeiterviertel San Giacomo zu finden. Ähnliches lässt sich über Juden in Triest sagen. Die wohlhabenden jüdischen Bürgerfamilien, die sich meist als Italiener fühlten<sup>104</sup>, lebten in gut gelegenen Stadtbezirken, wohingegen sich die zweitgrößte jüdische Siedlung nicht zufällig in der Altstadt, dem Quartier für die ärmere Bevölkerung, befand.

Ein Blick beispielsweise auf die Stadt Lemberg zeigt, dass dort – wie in zahlreichen anderen Städten Zentraleuropas – ebenfalls ein proletarisch geprägtes Judenviertel existierte, welches in den zeitgenössischen Diskursen allerdings mit der Vorstellung belastet wurde, dass es sich bei diesem dicht besiedelten Viertel angeblich um eine Brutstätte ansteckender Krankheiten handelte, die sich von dort über die ganze Stadt verbreiteten.<sup>105</sup> Hier, im relativ modernen Lemberg, kündigten sich bereits die nationale Mobilisierung und der damit verbundene moderne Antisemitismus an, während die unter der russischen Verwaltung stehende, politisch strangulierte und von den neueren Errungenschaften wenig tangierte Stadt Wilna noch mehr dem älteren Leitgedanken einer philanthropisch-sozialreformerischen Stadtpolitik folgte und nicht einer Vision, die auf ethnische Homogenität abzielte.<sup>106</sup>

Geradezu entgegengesetzte Ziele dominierten im Einwanderungsland USA. Die seit den 1880er Jahren in neuen Ausmaßen ins Land strömenden europäischen Immigranten konzentrierten sich in der ersten Generation in bestimmten Stadtvierteln. Dort entstanden lebendige Quartierskulturen, ethnische Kleinökonomien, solidarische Unterstützungsaktionen für Neuankömmlinge und dichte Kommunikationsnetze, insbesondere unter den die Familien zusammenhaltenden Frauen.<sup>107</sup> Erst in der zweiten und dritten Generation zogen die Erfolgreichen unter den Immigrantenfamilien in andere Viertel der Stadt oder an den Stadtrand. Auch wenn ethnisch dominierte Stadtviertel der in der damaligen weißen amerikanischen Gesellschaft vorherrschenden *melting-pot*-Idee zuwider liefen<sup>108</sup>, gelang es diesen *communities*, einen Teil der Lebens- und Überlebensprobleme abzumildern, vor denen die Immigranten und Immigrantinnen in der ersten Generation standen. Solche Quartiere waren jedoch keinesfalls machtfreie Räume; vielmehr bildeten sich sogenannte »Parteimaschinen« heraus. Diese funktionierten nach dem Muster des Patron-Klientel-Systems: Parteiloyalität gegen Unterstützung, wie auch der Beitrag von *Thomas Welkopp* zeigt.<sup>109</sup>

103 Die italienischsprachige, liberalnationale politische Elite nutzte ihre Machtposition kompromisslos bis zum Ersten Weltkrieg aus. Im Zuge des Wohnungsneubaus um die Jahrhundertwende wurde von ihr bzw. von der sie vertretenden nationalliberalen Partei die sozialräumliche Trennung von Italienern und Slowenen vorangetrieben, eine Strategie, die nicht jener der Wiener Regierung entsprach. Dazu siehe *Marina Cattaruzza*, Stadtbürgertum und Kaufmannschaft in Triest: 1749–1850, in: *Robert Hoffmann* (Hrsg.), *Bürger zwischen Tradition und Modernität*, Wien etc. 1997, S. 225–246.

104 *Angelo Ara*, Juden und jüdisches Bürgertum im Triest der Jahrhundertwende, in: *Corbea-Hoisie/Le Rider*, S. 264–274, hier: S. 272.

105 Zit. in: *Anna Veronika Wendland*, »Europa« zivilisiert den »Osten«. Stadthygienische Interventionen. Wohnen und Konsum in Wilna und Lemberg 1900–1930, in: *Alena Janatková/Hanna Kozińska-Witt* (Hrsg.), in: *Wohnen in der Großstadt 1900–1939. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich*, Stuttgart 2006, S. 271–295.

106 Ebd.

107 Aus der großen Anzahl von Literatur sei wenigstens eine Studie genannt: *Doris Weatherford*, *Foreign and Female. Immigrant Women in America 1840–1930*, New York 1986, hier: Kapitel 6.

108 Deshalb wurde schließlich in den 1960er Jahren das Bild einer multikulturellen *salad bowl* entworfen. Später wurde der Begriff *ethnic quilt* in die öffentliche Diskussion eingebracht.

109 Zur Einführung in das System der »Parteimaschinen« siehe *Helmut Klumpjan*, *Die amerikanischen Parteien. Von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Opladen 1998, hier: S. 239 ff. Am

Ging es bei den »Parteimaschinen« vorrangig um Macht und Wählerstimmen, so konzentrierte sich die Arbeit der sozialreformerisch gesinnten Frauen aus einheimischen amerikanischen Mittelschichten auf ein schnelles Einleben der Immigrantinnen und Immigrantinnen in die amerikanische Gesellschaft.<sup>110</sup> Unter anderem richteten Sozialreformer und Sozialreformerinnen in der *Progressive Era* nach englischem Vorbild privat geführte *settlement houses* ein.<sup>111</sup> Diese spezifische Form von Nachbarschaftszentren,<sup>112</sup> vielfach von Frauen geführt, verfolgten zum Teil eine den Normen der WASPs entsprechende »Amerikanisierung«, wie sie in besonders rigider Form etwa von den konservativen *Daughters of American Revolution* vertreten wurde. Andere zeigten sich bei ihren Bemühungen um eine integrative Amerikanisierung der Eingewanderten sensibler und offener gegenüber den ethnischen Kulturen.<sup>113</sup> Dazu gehörte das sehr bekannt gewordene Hull-House in Chicago, das von der Suffragette und Pazifistin Jane Addams (1860–1935), der späteren Friedensnobelpreisträgerin, geleitet wurde.<sup>114</sup>

#### 4. Postkoloniale Integrationsprobleme in französischen und britischen Städten

Bis in die 1970er Jahre galt auch die französische Migrationspolitik als gelungenes Beispiel national-republikanisch orientierter Integration. Nach 1974 änderte sich die Lage durch die Gleichzeitigkeit von Familiennachzug und ökonomischen Krisen. So kam es zu relativen Zusammenballungen armer, in das Erwerbsleben nicht integrierter und auch sozial isolierter Immigrantenfamilien in einigen Vorstädten, die zunehmend als Ghettos wahrgenommen wurden und werden.<sup>115</sup> Problematisch wirkte sich aus, dass in Frankreich der Handlungsspielraum der kommunalen Entscheidungsträger im Unterschied zu Ländern wie Großbritannien trotz aller Dezentralisierungstendenzen recht begrenzt war und ist.<sup>116</sup> Positiv schlägt zu Buche, dass im Jahre 1982 das 1939 erlassene Gesetz abgeschafft wurde, nach dem Ausländer keine Vereine gründen durften. Die daraufhin errichteten Stadtteil- und Bewohnervereine fungierten als Koordinationsstelle kollektiven Handelns, aber auch als fragile Brücke zwischen den Familiennetzwerken einerseits und den be-

---

bekanntesten wurde die *Tammany Society* in Manhattan. Diese war mit der Demokratischen Partei eng verbunden und konzentrierte sich auf das Wählerpotenzial, das in den irischen Ghettos der Stadt heranwuchs.

- 110 Im Unterschied zur Fürsorge gegenüber den europäischen Immigrantinnen fielen die zahlreichen, vor allem während des Ersten Weltkrieges in die nordamerikanischen Städte gewanderten *African-Americans* meist aus dem Blickfeld der weißen Sozialreformer.
- 111 Zum englischen Vorbild siehe als Einstieg *Katharina Weber*, *Toynbee Hall in London*, in: *Rolf Lindner* (Hrsg.), »Wer in den Osten geht, geht in ein anderes Land«. Die *Settlementbewegung* in Berlin zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, Berlin 1997, S. 51–60.
- 112 Nach dem Ersten Weltkrieg sprach man auch von *neighborhood-centers*. Vgl. *Adelheid von Saldern*, *Social Rationalization of Living and Housework in Germany and United States in the 1920s*, in: *The History of the Family: An International Quarterly* 2 (1997), Nr. 1, S. 73–97, wieder veröffentlicht in: *dies.*, *The Challenge of Modernity. German Social and Cultural Studies, 1890–1960*, Ann Arbor 2002, S. 134–163.
- 113 Zur Amerikanisierungsbewegung siehe *Dietrich Herrmann*, »Be an American!« Amerikanisierungsbewegung und Theorien zur Einwandererintegration, Frankfurt/Main 1996.
- 114 Dazu als Einstieg *Ruth Alexander*, *Hull-House in Chicago*, in: *Lindner*, *Settlementbewegung*, S. 61–80.
- 115 *François Dubet/Didier Lapeyronnie*, *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart 1992, S. 78. Stadtviertel mit mehr als 50 Prozent Ausländeranteil sind allerdings selten. Ebd., S. 78.
- 116 Ebd., S. 96.

hördlichen Instanzen andererseits.<sup>117</sup> Solchen Aktivitäten wird in der neueren Forschung verhältnismäßig großes Gewicht beigemessen, weil sie in den Migranten nicht allein die Opfer der Aufnahmegesellschaften, sondern zudem eigenwillige Akteure sehen. Dieser Aspekt wird auch in dem Beitrag von *Eva Kimminich* herausgestellt. Die Autorin thematisiert darin die mit neuen Bedeutungen versehene Aneignung der Hip-Hop-Kultur durch die französischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die ansonsten ihre Lage mit einer *galère* vergleichen. Gleichzeitig betont sie die Fortexistenz gesellschaftlicher Negativ-Zuschreibungen. So wurden und werden die *banlieusards* mit Migrationshintergrund oftmals in (post)kolonialer Manier als *Wilde* (*sauvageons* oder *barbares*) bezeichnet.<sup>118</sup>

In britischen Städten hatten sich im Zuge der Postkolonisation viele Einwanderer aus Westindien, Indien, Pakistan und afrikanischen Ländern angesiedelt. Unter dem Eindruck der Rassenkrawalle von 1981 entwickelte der Staat pluralistische Integrationskonzepte, um ethnische Spannungen abzubauen. Dazu gehörte die finanzielle Förderung der identitätsstiftenden ethnischen Selbstorganisationen im Rahmen britischer Stadterneuerungspolitik (*urban renewal*). Wie aus einer Studie über Wolverhampton hervorgeht, wurden die erhofften Integrationswirkungen jedoch dadurch stark beeinträchtigt, dass die Selbsthilfeorganisationen dort keine institutionalisierten Mitwirkungsrechte bei der Verteilung der Gelder erhielten.<sup>119</sup> Auch in der nordenglischen Stadt Bradford wurden den Migranten und Migrantinnen keine institutionalisierten Teilhaberechte zugestanden, sondern nur Konsultationsrechte eingeräumt. Zudem blieb die »Top-Down-Strategie« von Politik und Verwaltung weiterhin dominant, was die dort lebenden Minderheiten in die Opposition trieb.<sup>120</sup> Etwas positiver fällt die Bilanz für Birmingham aus. Hier gelang es den Einwanderern in den 1980er Jahren, Personen mit Migrationshintergrund in den Stadtrat zu wählen und auch auf einige (untere) Stellen in der Stadtverwaltung zu besetzen. Die Kommunikation zwischen den verschiedenen Ethnien und der Mehrheitsgesellschaft wurde in der alten Industriestadt durch das 1992 eingerichtete Beratungsforum für ethnische Minderheiten, das durch eine Reihe von Unterstützungseinrichtungen gestärkt wurde, wesentlich erleichtert. Allerdings gelang es keineswegs überall in der Stadt, die Immigranten von den Fortschritten der anvisierten Integration zu überzeugen, zumal arbeits- und wohnungsmarktpolitische Benachteiligungen fortbestanden sowie Diskriminierungen weiterhin vorkamen, wenn auch auf subtilerer Ebene als in den ersten Jahrzehnten nach der Immigration. 1986 brachen in einem der Einwandererquartiere der Stadt, in Birmingham-Handsworth, trotz aller Integrationsbemühungen Krawalle aus.<sup>121</sup> Die britischen Beispiele zeigen, dass auch integrationspolitische Maßnahmen keineswegs zu einem nachhaltigen Befriedungserfolg geführt haben, sondern teilweise sogar neue Konfliktfelder eröffneten. Das spricht nicht gegen die Notwendigkeit integrativer Stadtpolitik, vielmehr gegen eine illusionäre Sichtweise, wonach gesellschaftliche Konflikte durch Teilhabe vermeidbar

117 *Sonia Faymann*, Mikrointegration und Makrovalorisation, Kollektives Handeln in den Vierteln der unteren Schichten in der Auseinandersetzung mit der Stadtplanungspolitik, in: *Brech/Vanhué*, S. 41–46.

118 Zur sozialen Konstruktion devianter Sozialgruppen siehe für die Dritte Republik *Bettina C. Schmidt*, Jugendkriminalität und Gesellschaftskrisen: Umbrüche, Denkmodelle und Lösungsstrategien im Frankreich der Dritten Republik, Stuttgart 2005.

119 *Brian D. Jacobs*, *Black Politics and Urban Crisis in Britain*, Cambridge 1986, S. 128, S. 178.

120 *Sigrid Baringhorst*, *Fremde in der Stadt. Multikulturelle Minderheitenpolitik*, dargestellt am Beispiel der nordenglischen Stadt Bradford, Baden-Baden 1991, hier: S. 361.

121 *John Rex*, Multikulturalität als Normalität moderner Stadtgesellschaften. Betrachtungen zur sozialen und politischen Integration ethnischer Minderheiten, in: *Wilhelm Heitmeyer/Rainer Dollase/Otto Backes* (Hrsg.), *Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*, Frankfurt/Main 1998, S. 123–144, hier: S. 124–131.

wären; sie werden indes in zivilgesellschaftlichen (wenngleich asymmetrisch strukturierten) Formen ausgetragen.

##### 5. Aus Sicht der Immigranten: Kulturelles Kapital und Identitätswürfe

In der neueren Migrationsforschung wird versucht, die Geschichte der Ein- oder Zuwanderung primär aus der Sicht der Einwanderer zu schreiben.<sup>122</sup> Häufig handelte es sich um Menschen vom Lande, die sich aus ihren lebensweltlichen Agrarkulturen herauslösen lassen mussten. Sie taten sich in der Regel schwer, in Großstädten Fuß zu fassen. Gottfried Korff sprach, wenngleich er sich dabei nicht allein auf Migranten bezog, von der inneren Urbanisierung als einer das Einleben begleitenden kulturellen Leistung;<sup>123</sup> Oscar Lewis stellte mit Blick auf die lateinamerikanischen Länder in den 1960er Jahren die in solchen Milieus erbrachte »Kultur der Armut« heraus, die sich freilich in der Regel nicht dem fremden bürgerlichen Blick erschließe.<sup>124</sup>

In neueren Studien wird betont, dass die Identitätsmuster der ethnischen Gruppen »kein starres Gefüge« darstell(t)en, sondern eher als *fluid* anzusehen seien.<sup>125</sup> Solche Identitätsmuster werden auch mit einer Art »Patchwork« verglichen<sup>126</sup> und als situationsgebunden, fragmentiert oder hybrid gekennzeichnet.<sup>127</sup> Oft gehe zum Beispiel der Bezug zum Lebensort eine transnationale Verbindung mit dem Bezug zum Heimatland ein. In Hamburg wohnende Portugiesen, so wurde festgestellt, fühlten sich einerseits als Hamburger, andererseits als Portugiesen, nicht aber als Deutsche.<sup>128</sup> Hieran wird deutlich, dass die Städte häufig größere Integrationsmöglichkeiten hatten und haben als das jeweilige Aufnahme-land. Ersichtlich wird ferner die Europäisierung dieser meist den unteren Schichten entstammenden Personengruppen, insofern die Erfahrungsräume von vornherein transnational angelegt waren und sind.<sup>129</sup>

122 Siehe für die Immigration in die Bundesrepublik (vereinzelt auch in die DDR) die thematisch vielfältigen Aufsätze im Band 42 des AfS, 2002. Vgl. Karin Schönwälder/Rainer Ohliger/Triadafilos Triadafilopoulos (Hrsg.), *European Encounters: Migrants, Migration and European Societies since 1945*, Aldershot 2003.

123 Gottfried Korff, Mentalität und Kommunikation in der Großstadt. Berliner Notizen zur »inneren« Urbanisierung, in: Theodor Kohlmann/Hermann Bausinger (Hrsg.), *Großstadt. Aspekte empirischer Kulturforschung*, Berlin 1985, S. 343–362.

124 Oscar Lewis, *The Culture of Poverty*, in: John J. Te Paske/Sidney N. Fisher (Hrsg.), *Explosive Forces in Latin America*, Columbus/Ohio 1964, S. 149–174. Seine anthropologisch orientierten Beobachtungen werden durch neuere Studien bezüglich der *underclass* stark in Zweifel gezogen, stattdessen wird die Ausrichtung an den Werten der Mehrheitsgesellschaft betont. Kronauer, S. 40 f.

125 Eder, *passim*. Allerdings fehlen darin die Hauptgruppen der in Deutschland lebenden Migranten, nämlich Italiener, Jugoslawen und Türken (mit Ausnahme der Minderheit der türkischen Aleviten).

126 Karen Schönwälder, Einführung, in: Eder, S. 13–18, hier: S. 15.

127 In diesem Zusammenhang ist auch an die Leventiner zu denken. Oliver Jens Schmitt, *Levantiner. Lebenswelten und Identitäten einer ethnokonfessionellen Gruppe im osmanischen Reich im »langen 19. Jahrhundert«*, München 2005, hier: S. 462 f.

128 Andrea Klimt, Transnationale Zugehörigkeit: Portugiesen in Hamburg, in: Eder, S. 211–232; Gudrun Cyprian, *Eine Stadt, verschiedene Kulturen. Das Zusammenleben in der multiethnischen Stadt*, in: Edda Currle/Tanja Wunderlich (Hrsg.), *Deutschland – ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen*, Stuttgart 2001, S. 433–445, hier: S. 445. Ähnlich auch für Frankreich Dubet/Lapeyronnie, S. 97.

129 Vgl. auch Sonja Haug, Kettenmigration am Beispiel italienischer Arbeitsmigranten in Deutschland 1955–2000, in: AfS 42 (2002), S. 123–144; Karin Schönwälder/Rainer Ohliger/Triadafilos Triadafilopoulos, *European Encounters*, in: *dies.*, *European Encounters: Europe's Migratory Experiences*, in: S. 3–18, hier: S. 10 f.

Wer die Migranten und Migrantinnen als Akteure betrachtet, stößt sehr schnell auf die Bedeutung der Verwandtschaftsbeziehungen. Auf Grund der unterschiedlichen Einreisemodi waren diese jedoch verschieden stark ausgeprägt, wie aus einer vergleichenden Studie über türkische Einwanderer im französischen Colmar und im deutschen Bamberg seit den 1970er Jahren hervorgeht.<sup>130</sup> Während die Migrantenfamilien in Bamberg infolge der ursprünglich individuenzentrierten Anwerbepaxis aus diversen türkischen Regionen stammten, waren in dieser Hinsicht die türkischen Familien in Colmar homogener zusammengesetzt, was sie für ihre innerethnische Netzbildung und für die Kettenmigration bestens zu nutzen verstanden.<sup>131</sup>

Ethnische Identität in der Fremde ist keine Konstante, sondern unterliegt einem ständigen Abschwächungs- oder Stärkungsprozess. Das wurde beispielsweise mit Blick auf die armenische Diaspora im Athen der 1920er Jahre herausgearbeitet. Hier lebten Armenier nach ihrer Vertreibung aus der Türkei im Jahre 1922 in ghettoisierten Zeltlagern. In der Folgezeit entstand in diesen Unterkünften eine eigenständige Diaspora-Identität, die von armenischen Eliten gezielt gefördert und aufrecht erhalten wurde. Bewusst sollte die Trauer um die verlorene Heimat, die für viele eigentlich nie eine Heimat gewesen war, mit allen erdenklichen Mitteln gepflegt werden. Nachdem die Armenier schließlich in andere Unterkünfte gezogen waren, wurde die Erinnerung an die ghettoähnlichen Auffanglager weiterhin als Mittel eingesetzt, um den Heimatbegriff zu überhöhen, ihn zu mystifizieren und so Identitätsgefühle auszulösen.<sup>132</sup> Durch diese Form von Erinnerungspolitik wurde die kulturelle Integration der Armenier in die griechische Gesellschaft erschwert und die »Ethnifizierung« der Migranten und Migrantinnen konstant zu halten versucht.<sup>133</sup>

Die Integrationsbereitschaft der Einwanderer war und ist bekanntlich verschieden stark ausgeprägt. Sie ist zwar sicherlich primär vom Grad der sozialen und kulturellen Öffnung der Aufnahmegesellschaft abhängig, doch zu einem kleineren Teil spielt auch das *kulturelle Kapital* eine Rolle, das ggf. schon in der Prämigrationszeit angesammelt werden konnte. Die Unterschiedlichkeit des zur Verfügung stehenden *kulturellen Kapitals* kann am Beispiel von zwei Gruppen – den Kreolen und den Hindustani – gezeigt werden, die infolge der Dekolonisation in den 1960er Jahren in die Niederlande eingewandert waren.<sup>134</sup> Die Kreolen siedelten im Zuge von Kettenwanderungen hauptsächlich am Stadtrand von Amsterdam, heirateten in großem Ausmaße untereinander, profitierten, auch wenn sie ungelern waren, vom wirtschaftlichen Boom der neunziger Jahre, nahmen jedoch eine ambivalente Haltung zur Ausbildung ihrer Kinder als sozialem Sprungbrett ein, »was auf die über Generationen gemachte Erfahrung mit dem unsicheren städtischen

130 Hierzu und zum Folgenden siehe *Gaby Straßburger*, Türkische Migrantenkolonien in Deutschland und Frankreich. Kommunale Fallstudien zum Einfluss der Aufnahmegesellschaft auf die Netzwerke der Migranten, in: *Afs* 42 (2002), S. 173–189.

131 Die relative Homogenität in Bezug auf die ländlich geprägten Herkunftsregionen basierte darauf, dass die erste Zuwanderungsphase geprägt war von einer Art negativen Auslese der Migranten: Es handelte sich um Personen, die sich in Deutschland nicht dauerhaft ansiedeln konnten und die relativ schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen in Frankreich in Kauf nahmen. Ebd., S. 189.

132 *Susanne Schwalgin*, »In the Ghetto«. Prozesse der Verortung in der armenischen Diaspora Athens, in: *Eder*, S. 165–188.

133 Meist gelten als treibende Kraft der »Ethnifizierung« zu recht die Fremdzuschreibungen – doch wie die obigen Untersuchungen zeigen, eben nicht immer. Siehe dazu *Nina Glick-Schiller/Ayse Caglar/Thaddeus C. Guldbrandsen*, Jenseits der »ethnischen Gruppe« als Objekt des Wissens: Lokalität, Globalität und Inkorporationsmuster von Migranten, in: *Berking*, S. 105–144, hier S. 108; *Anthony C. Hepburn*, Ethnic Identity and the City, in: *Engmann*, *Ethnic Identity*, S. 1–12, hier S. 4.

134 Beide Gruppen, insgesamt ca. 100.000 Personen, stammten aus Surinam.

Arbeitsmarkt in Surinam zurückzuführen« sei.<sup>135</sup> Stärker auf Integration ausgerichtet war das »Prämigrationsvermächtnis« der Hindustani, die vor allem in Den Haag siedelten. Als es der Wirtschaft in den 1990er Jahren besser ging, reüssierten auch sie ökonomisch in einem erstaunlich starken Maße. Offensichtlich hing der Erfolg mit dem schon im Heimatland erworbenen kulturellen Kapital zusammen, denn dort hatten sie unternehmerische Fähigkeiten erlernt. Darüber hinaus legten sie eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber Diskriminierung an den Tag, hielten an einem gewissen Fortschrittsglauben fest und drängten ihre Kinder zu einer guten Ausbildung.<sup>136</sup> Beide Gruppen profitierten also vom damaligen wirtschaftlichen Aufschwung, obwohl sie sich in kultureller Hinsicht unterschiedlich stark abkapselten bzw. in unterschiedlich starkem Maße zu integrieren anschickten.

Kulturelle Abkapselungen zeigen sich oftmals in der Aufrechterhaltung von traditionellen Geschlechterverhältnissen. Dies geht beispielsweise aus folgender Interviewpassage mit einem in Deutschland geborenen türkischen Jugendlichen hervor.

»Wir sind Muselmanen und dabei bleibt es. Hier [in Deutschland] kann jeder machen was er will. Und wenn die noch weiter gackern [kritisieren], dann lass ich meine Frau auch Schleier anziehen, obwohl sie Hosen anhat. Dann soll sie Schleier anziehen. Okay, das mache ich, wie es mir passt.«<sup>137</sup>

In dieser Denkweise kommt die kulturell eingebundene Willkür eines muslimischen Mannes gegenüber seiner Frau zum Ausdruck, die den Grundsätzen der Aufnahmegesellschaft diametral zuwiderläuft. Um diese Grenzziehung jenseits rechtsstaatlicher Instanzen dialogisch zu durchbrechen, bedürfte es einer besonders komplexen, hier bereits erwähnten Übersetzungsarbeit, wobei Kommunikation und Interaktion sicherlich sehr konflikt- und spannungsreich ablaufen würden.

Als Zwischenfazit dieses Kapitels lässt sich festhalten, dass Integration und Segregation, Assimilation und Akkulturation als Begriffe<sup>138</sup> für höchst komplexe Vorgänge fungieren, die sich nicht auf einen Nenner bringen lassen. Allenfalls können bestimmte Pfadabhängigkeiten angenommen werden. In Ländern, in denen, wie in Deutschland, noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von einer Nichteinwanderungsgesellschaft gesprochen wurde und das Konzept des *jus sanguinis* noch immer virulent war, wurde und wird die Integration von »Nicht-Dazugehörenden« überdimensional erschwert – im Unterschied etwa zu Ländern wie Großbritannien, die in der Regel eine relativ offene Einwanderungspolitik verfolgt hatten.<sup>139</sup> Unterschiedlich stark war überdies in den einzelnen Ländern und ihren Städten auch das Leitbild der homogenen (Stadt-)Gesellschaft mit ethnonationaler Rahmensetzung sowie die soziale Konstruktion der Überfremdung und

135 Leo Lucassen, Einwanderung und Wege der Integration im niederländischen Großstadtgebiet von 1918 bis heute, in: Eder, S. 19–46, hier: S. 35.

136 Lucassen, Einwanderung, S. 34 f.

137 Schiffauer, Opposition, S. 94. Schiffauer versäumt es in seiner Interpretation auf die geschlechterspezifische Problematik einzugehen.

138 *Integration* wird im Allgemeinen von *Assimilation* unterschieden, wenngleich Unschärfen bleiben. Während der Begriff *Integration* meist auf den sozialökonomischen und politischen Bereich ausgerichtet ist, verbindet sich mit dem Begriff *Assimilation* die Vorstellung einer umfassenden Loslösung von der Herkunftskultur zu Gunsten der Kultur des Aufnahmelandes. Der Begriff *Akkulturation* hebt ebenfalls – in etwas abgeschwächteren Formen – auf die Anpassung der Kultur der Migranten an jene des Aufnahmelandes ab.

139 Anfangs des 20. Jahrhunderts kam es allerdings in Großbritannien zu beträchtlichen Restriktionsmaßnahmen in Form des *alien act* von 1905. Dieses Gesetz war vor allem gegen den Zuzug von russischen Juden und »Zigeunern« gerichtet. Bade, Europa in Bewegung, S. 217 f. Zu den recht unterschiedlichen Reaktionen der einzelnen nationalen Gesellschaften auf »Gammer« der 1960er und 1970er Jahre siehe Walter Hollstein, Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen, Bonn 1979, S. 411.

die Wirkungsmacht der Überfremdungsängste ausgeprägt.<sup>140</sup> Ferner demonstrieren die hier genannten Beispiele aus Athen, Hamburg, Den Haag und Amsterdam, dass es vor allem die Städte waren und sind, die konkret mit Migranten konfrontiert wurden und werden. Darin besteht eine besondere Herausforderung für die Stadtpolitik, die bei einer positiven Konstellation dazu führen kann, dass sich Eingewanderte die neue Stadt produktiv aneignen. Dies geschieht nicht nur über sozialräumliche Quartiersbezüge; vielmehr zählen zu den vielfältigen Inkorporationsmodi auch Familie, Religion, Zugehörigkeiten zu bestimmten Vereinen und sonstige handlungsrelevante Bindungen.<sup>141</sup>

#### IV. IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN INTEGRATIVER UND EXKLUDIERENDER KOMMUNALPOLITIK: KOMMUNALE ARMENFÜRSORGE, KOMMUNALE INFRASTRUKTURMAßNAHMEN UND DER MUNIZIPALSOZIALISMUS

Nirgendwo kommt der Prozesscharakter von Integration und Desintegration besser zum Ausdruck als beim Blick auf bestimmte Felder der Kommunalpolitik. Das soll an Hand von zwei gänzlich verschiedenen Bereichen, der Armen- und Wohlfahrtspolitik sowie der technischen Infrastrukturpolitik, exemplarisch nachgezeichnet werden. Beide Bereiche gehörten zu den Beobachtungsobjekten der *urban explorer*, von denen u. a. *Jan Philipp Altenburg* in seinem Beitrag über die Zeit des Deutschen Kaiserreichs berichtet. Während in den damaligen Popularzeitschriften durch die Darstellung von Elend, Armut und Not die Zweiteilung der Stadtgesellschaft einem größeren Publikum vor Augen geführt wurde, symbolisierten die technischen Infrastrukturneuerungen, die ebenfalls eine große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregten, die Zukunftsfähigkeit der Städte als integrierte Gesamtsysteme, wie auch aus dem Beitrag von *Bernd Hüppauf* geschlossen werden kann. Nach dem Konzept des Munizipalsozialismus, von dem ebenfalls die Rede sein wird, sollte eine umfassende Daseinsvorsorge etabliert werden.

##### 1. Armen- und Wohlfahrtspolitik

Auf dem Gebiet der Armenfürsorge hatten die deutschen Städte recht große Handlungsspielräume. Das seit 1853 entwickelte und sich in den Folgejahrzehnten immer weiter verbreitende Elberfelder System überließ es ehrenamtlichen Armenpflegern, die Armen zu Hause zu besuchen und zu bewerten, ob sie einer Unterstützung bedurften und einer solchen auch würdig seien. Die Attraktion des Elberfelder Systems für bürgerliche SozialreformerInnen basierte nicht zuletzt auf der Hoffnung, dass die meist aus den Mittelschichten kommenden ArmenpflegerInnen auf diese Art die armen Familien kennen lernen könnten und dass aus solchen Begegnungen auf beiden Seiten eine integrative Kraft im Sinne des städtischen Gemeinwohls erwüchse.<sup>142</sup> Diese offene Form der Armenpflege, die unter dem liberalen Diktum »Hilfe zur Selbsthilfe« stand, unterschied sich grundlegend vom System Großbritanniens, das eine geschlossene Armenfürsorge eingeführt hatte. Dort

140 Für die Schweiz siehe *Patrick Kury*, Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945; zu Rumänien siehe *Dietmar Müller*, »Nationalisierte« Zivilgesellschaft. Ungleiche Staatsbürger in Rumänien, 1890–1910, in: *Bauerkämper*, Die Praxis, S. 231–250.

141 In diesem Zusammenhang wird auch von Inkorporationspfaden gesprochen. Siehe *Glick-Schiller/Caglar/Guldbrandsen*, Jenseits der »ethnischen Gruppe«, S. 109, 138.

142 So äußerte sich auch ein schwedischer Armeninspektor, in: *Mats Deland*, Garden suburbs as disciplining of space. The Swedish experience around 1900, in: *Clemens Zimmermann* (Hrsg.), Europäische Wohnungspolitik in vergleichender Perspektive 1900–1939 – European Housing Policy in Comparative Perspective 1900–1939, München 1994, S. 18–41, hier: S. 34.

wurde ein Teil der Armen in speziellen Häusern, nach Geschlechtern getrennt, untergebracht und auf sehr niedrigem Niveau versorgt. Während das deutsche System die Armen in ihrer Umgebung beließ und so ihre Integration zumindest im Quartier ermöglichte, bedeutete die Einweisung in ein Armenhaus in England die komplette Exklusion, die zudem mit zahlreichen diskriminierenden Maßnahmen verbunden war.<sup>143</sup>

Wie *Beate Althammer* und *Michèle Gordon* in ihrem Beitrag zeigen, unterschieden sich die beiden Systeme jedoch in der Praxis weit weniger als zunächst angenommen, zumindest wenn der Blick auf das schottische Glasgow und das rheinisch-preußische Köln fällt. Die Ähnlichkeiten hinsichtlich der konkreten Politik entstanden vor allem dadurch, dass in Glasgow aus Kostengründen die Einweisung in ein Armenhaus relativ selten erfolgte, so dass auch dort das *outdoor relief*-System dominierte. In beiden Städten kamen der Armenfürsorge integrierende und fragmentierende Funktionen zu: Integrierend wirkte sie durch die materielle Hilfe; fragmentierend erwies sich die stadtgemeinschaftlich exkludierende Kategorisierung der Unterstützungsempfänger als vielfach diskriminiertes Armenklientel, das dementsprechend auch nicht wahlberechtigt war. Betont werden allerdings die großen lokalen Unterschiede in den Praktiken der städtischen Armenfürsorge *innerhalb* eines Landes wie Großbritannien und – so kann ergänzt werden – *innerhalb* des Deutschen Reiches, wie auch dem Beitrag von *Silke Schütter* über die Armenfürsorge im ›reichsländischen‹ Straßburg und im norddeutschen Kiel zu entnehmen ist.

Schließlich ist noch auf ein weiteres Modell der Armenpflege zu verweisen, das die Geschichte fast aller europäischen Länder des 20. Jahrhunderts prägte: Gemeint ist die professionalisierte, von der Kommune bezahlte Fürsorgerätigkeit der häufig weiblichen Fürsorgerinnen. In der Weimarer Republik hatten sie vor Ort zu überprüfen, ob Personen Mittel aus der Wohlfahrtsfürsorge beanspruchen konnten.<sup>144</sup> In der NS-Zeit traten rassistische Kriterien von Staatswegen hinzu. Erst das Bundessozialhilfegesetz von 1962 formulierte rechtsstaatlich abgesicherte Ansprüche der aus dem Versicherungsnetz exkludierten Personen.

Mit Ausnahme der englischen Armenhäuser wiesen die anderen Unterstützungssysteme zwar kontrollierende, aber auch integrierende Seiten auf – allerdings nur für diejenigen, die nicht als verwahrlost und asozial angesehen wurden. Deren (allerdings zivilgesellschaftlich gebremste) Ausgrenzung unterlag infolge der vorgenommenen Klassifizierung, die sich insbesondere in den modernen Fürsorgesystemen der westeuropäischen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg durchsetzte, quasi einem Automatismus.<sup>145</sup> Die rassistische Überlagerung einer solchen insgesamt für moderne Wohlfahrtsstaaten charakteristischen Kategorisierung der Bedürftigen führte in der NS-Zeit unter Diktaturverhältnissen allerdings dazu, »Asoziale« zu sterilisieren oder sie in ein Arbeitslager, ein KZ bzw. ein Landeskrankenhaus einzuweisen, wohingegen Slumbildungen unerwünscht blieben.<sup>146</sup>

143 Allerdings hat es auch im Süden Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg Armenhäuser gegeben, die in der Weimarer Republik in Fürsorgeanstalten umbenannt wurden. Doch war die Unterbringung stets nur als eine vorübergehende Maßnahme gedacht. Vgl. *Gerhard Albrecht* u. a. (Hrsg.), *Handwörterbuch des Wohnungswesen*, Jena 1930, S. 570.

144 Zur Wohlfahrtspflege siehe u. a.: *David F. Crew*, *Germans on Welfare*, Oxford etc. 1998; *Young Sun Hong*, *Welfare, Modernity, and the Weimar State, 1919–1933*, Princeton 1998.

145 Dazu siehe die eindrucksvolle Geschichte von Gertrude Polley. *Adelheid von Saldern* (Mitarbeiterinnen: *Karen Heinze/Sybille Küster*) »Eine Sensation stößt ins Leere.« Gertrude Polley im Mittelpunkt eines Diskurses, in: *Adelheid von Saldern*, *Politik – Stadt – Kultur*. Aufsätze zur Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Zum 60. Geburtstag hrsg. von *Inge Marßolek/Michael Wildt*, Hamburg 1999, S. 144–168.

146 *Wolfgang Ayaß*, »Asoziale« im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995. Hier ist auch an die Altstadtsanierungen während der NS-Zeit zu erinnern. Eine ganz andere Entwicklungen haben die Welt-Megastädte genommen. Man denke etwa an die südamerikanischen *favelas*, die Slums am Stadtrand.

## 2. Infrastrukturpolitik

Zu den integrativ wirkenden kommunalpolitischen Maßnahmen gehörte von jeher die Infrastruktur.<sup>147</sup> Es war vor allem Dieter Schott, der mit besonderer Eindringlichkeit und Ausführlichkeit in seiner stadtgeschichtlichen Studie zeigte, wie bestimmte Infrastrukturmaßnahmen, etwa die Versorgung mit Gas, Wasser, Kanalanschluss und Elektrizität eine integrativ wirkende Vernetzung der Stadt samt ihrer Bevölkerung herbeiführte, die es so vorher nicht gegeben hatte. Der seit den 1880er Jahren rasante Ausbau der Infrastruktur, dem Systemcharakter zukomme, sei als »Produktion der Stadt« zu begreifen.<sup>148</sup> Im Folgenden werden an Hand einiger Beispiele bestimmte Grundzüge und Grenzziehungen einer solchen Art von Stadtproduktion aufgezeigt.

Wenn der Blick auf die Versorgung der Menschen mit technischer Infrastruktur fällt, dann springt schnell deren ungleichmäßige Verbreitung ins Auge. Das gilt zum einen im Rahmen eines Städtevergleichs. Während Odessa schon im Jahre 1874 eine moderne Kanalisation baute, fehlte diese in St Petersburg bis 1917.<sup>149</sup> Ein vergleichender Blick mit dem zur Habsburger Doppelmonarchie gehörenden galizischen Lemberg zeigt, dass diese polnisch-jüdisch-ukrainische Stadt, wie alle Städte zur Zeit der Habsburger Doppelmonarchie, über eine relativ ausgeprägte Selbstverwaltung verfügte. Die Stadt nutzte ihre Handlungsräume durchaus im Sinne eines planvollen Ausbaus der städtischen Infrastruktur. Im Unterschied zu Lemberg blieben die infrastrukturellen Maßnahmen in dem zu Russland gehörenden polnisch-jüdisch-litauischen Wilna weit zurück.<sup>150</sup> Die geringeren Selbstverwaltungsrechte der Städte, die unter russischer Herrschaft standen, ließen das Potenzial an städtischer Eigeninitiative beim Ausbau der Infrastruktur offensichtlich verkümmern. Ein Minimum an Selbstverwaltungsrechten, das im russischen Teil Polens fehlte, zählte offenbar zu den Vorbedingungen, die notwendig waren, um den Ausbau der städtischen Infrastruktur voran zu treiben. Doch zeigt das Beispiel von Triest, dass mehr Selbstverwaltungsrechte keineswegs automatisch ein stärkeres stadtbürgerliches Engagement zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerungsschichten nach sich zog. Das gilt auch für den Zeitpunkt und den Umfang des Ausbaus der technischen Infrastruktur einer Stadt.<sup>151</sup> Darum war es nicht nur im Triest der Vorkriegszeit schlecht bestellt<sup>152</sup>, sondern auch in den Städten des südlichen Italiens fehlte es nicht zuletzt an einer guten Wasserversorgung.<sup>153</sup>

Außer der ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Infrastrukturentwicklung im europäischen Städtevergleich ist zum anderen die Unausgewogenheit in der binnenstädtischen Infrastrukturausstattung ein Charakteristikum. Meist waren es Epidemien, so die Cholera-Epidemie in Hamburg im Jahre 1892, die anschließend eine gute Trinkwasserversorgung

147 Dieter Schott, Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die »Produktion« der moderne Stadt. Darmstadt – Mannheim – Mainz 1880–1918, Darmstadt 1999.

148 So auch Schott, S. 735. Schott verweist auf die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten im Stadtparlament.

149 Zimmermann, Die Zeit, S. 101. Die Stadt erhielt dann allerdings zwischen 1922 und 1926 das erste Wasserwerk als Folge des leninschen Elektrifizierungsprogramms. Jörg Stadelbauer, St. Petersburger Stadtstrukturen im Wandel der Zeit, in: Stefan Kreuzberger u. a., St. Petersburg – Leningrad – St. Petersburg. Eine Stadt im Spiegel der Zeit, Stuttgart 2000, S. 19–36, hier: S. 31.

150 Vgl. Wendland, passim.

151 Vgl. auch diverse Beiträge in Christoph Bernhardt (Hrsg.), Environmental Problems in European Cities in the 19th and 20th Century, Münster etc. 2001.

152 Rutar, Kultur, passim.

153 Carla Giovannini, Italy, in: Richard Rodger (Hrsg.), European Urban History. Prospect and Retrospect, Leicester etc. 1993, S. 19–35, hier: S. 32.

des bis dahin vernachlässigten Stadtteils nach sich zog.<sup>154</sup> Vom modernen Nahverkehr der Droschken-Straßenbahnen und dann von der »Elektrischen« profitierten in Berlin genauso wie in Chicago zunächst die wohlhabenden (Mittel-)Schichten, die auf diese Weise die sogenannten Villenvororte besiedeln konnten. Die Vernachlässigung des eher proletarischen Martinsviertels in Darmstadt mit Nahverkehrsmitteln war deshalb kein Zufall.<sup>155</sup> In der Regel hatten die Wohnviertel der gehobenen Schichten auch am frühesten einen Anschluss an die Gasleitungen, an das Kanalsystem und erst recht an das Elektrizitätsnetz, wie auch *Karl Ditt* in seinem Beitrag über Leeds, York, Hannover und Berlin nachweist.<sup>156</sup> Selbstredend hing diese Art der Bevorzugung bzw. Benachteiligung einzelner Viertel auch mit der ungleich verteilten finanziellen Potenz der Bevölkerung zusammen. Ferner sollte eigens darauf hingewiesen werden, dass in der Regel irgendwann die technische Infrastrukturausstattung die *ganze* Stadt erfasste. Bis zu diesem Zeitpunkt nahmen Benachteiligte ihre zweit- und dritrangige Positionierung durchaus wahr, was einer gesamtstädtischen Integrationspolitik abträglich sein und gleichzeitig auch einen enormen Veränderungsdruck erzeugen konnte. Sicherlich gibt es auch Gegenbeispiele, doch charakteristischer ist das Bild, in dem gezeigt wird, dass solche Ausstattungsunterschiede nicht nur die technische Infrastruktur, sondern nicht selten auch die soziale, bauliche und kulturelle Infrastruktur umfasst haben.<sup>157</sup>

In diesem Zusammenhang ist an bestimmte Arbeiterquartiere zu denken. Arbeiterquartiere entstanden zwar infolge von Marktgesetzen auf der Basis von Stadterweiterungsplänen und (Flächen-)Bauordnungen, doch konnten die Kommunen auf die Quartiersgestaltung stets Einfluss nehmen, vor allem durch die Ausstattung bzw. Nicht-Ausstattung eines Quartiers mit technischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen. Ein bestimmtes Maß an Benachteiligung solcher Quartiere war in europäischen Städten de facto die Regel. Allerdings konnte dieses Maß auch überschritten werden. Ein recht bekannt gewordenes Negativbeispiel ist Oberhausen. Dort hat sich das Klassenverhältnis besonders scharfkantig ausgeprägt.<sup>158</sup> Zwar gab es in Oberhausen, einer Stadt, die erst ab 1862 den Status einer Gemeinde erhalten hatte, von Beginn an ungünstigere und günstigere Wohnlagen, doch zu eigentlichen Arbeitervierteln in Form einer klassenbezogenen residenziellen Segregation kam es erst seit den 1880er Jahren. Während dort das vom Bürgertum bewohnte Rathausviertel infrastrukturell gesehen weiter entwickelt wurde, blieb der Arbeiterstadtteil Lirich »bewusst der Verwahrlosung überlassen«.<sup>159</sup>

»Die bauliche und wohnräumliche Qualität dieses Stadtteils war katastrophal: die hohe Belastung durch Industrieanlagen und industrielle wie städtische Abwässer; eine extreme Unterversorgung im Bereich städtischer und privater Dienstleistungen; der weite Weg ins Stadtzentrum und zum Markt: all dies wies Lirich als besonders vernachlässigtes Wohngebiet aus.«<sup>160</sup>

154 *Richard J. Evans*, Tod in Hamburg. Staat, Gesellschaft und Politik in Hamburg in den Cholera-Jahren 1830–1910, Reinbek bei Hamburg 1991.

155 *Schott*, S. 717.

156 So auch schon *Peter-Christian Witt*, Kommunalpolitik in Harburg zwischen Interessen lokaler Eliten und Entstehung einer modernen Leistungsverwaltung (1867–1914), in: *Jürgen Ellermeyer/Klaus Richter/Dirk Stegmann* (Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs 1288–1938, Hamburg 1988, S. 219–253; *Schott*, S. 713, 716.

157 Darauf kann hier nicht näher eingegangen werden. Allerdings war es das Stadtzentrum, die City, die in der Regel auch das Zentrum für kulturelle Angebote blieb. Zur baulichen Infrastruktur siehe die Ausführungen in Kapitel 6.

158 *Heinz Reif*, Stadtentwicklung und Viertelbildung im Ruhrgebiet: Oberhausen 1850 bis 1929, in: *Wolfgang Hardtwig/Klaus Tenfelde* (Hrsg.), Soziale Räume in der Urbanisierung: Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850 bis 1933, München 1990, S. 155–174.

159 Ebd., S. 166.

160 Ebd., S. 169.

Erst durch den Einfluss der Sozialdemokraten nach der Demokratisierung des Kommunalwahlrechts 1919 wurde ein Revirement der bis dahin allein von bürgerlichen Parteien geprägten Stadtpolitik und des Verwaltungshandelns eingeleitet, wodurch sich die residenziellen Klassengegensätze mit der Zeit abschwächten.<sup>161</sup> An diesem Beispiel kann deutlich gemacht werden, dass es die Kombination von sozialräumlicher Segregation einerseits und infrastruktureller Benachteiligung andererseits war, die zu einer Exklusion auf diesen Teilgebieten führte.

Schließlich ist unter infrastrukturellen Aspekten das Augenmerk auf besondere Notlagen zu lenken, die gerade in der Zwischenkriegszeit immer wieder auftraten. Außer den Gas- und Elektrizitätsabschaltungen wegen unbezahlter Rechnungen kam es zu infrastrukturell besonders schlecht ausgestatteten Notsiedlungen. So wurden in Paris in den 1920er Jahren Teile der armen Stadtbevölkerung in Notwohnungen am Rand von Paris verpflanzt – ohne Wasserversorgung, ohne Kanalsystem. Die sozialräumliche Ausgliederung, kombiniert mit dem Ausschluss von zeitgemäßen Infrastrukturen, bedeutete die Exklusion aus der Verantwortung der Stadtpolitik. Es ist nicht verwunderlich, dass sich die Bewohner und Bewohnerinnen vielfach der Kommunistischen Partei anschlossen.<sup>162</sup> So entstand der »rote Gürtel von Paris«. Auch im Brünner der ersten Nachkriegszeit zogen Bewohner und Bewohnerinnen aus den überfüllten Arbeitervierteln in Notkolonien am Stadtrand, und zwar entweder in die von der Stadt errichteten Holzbaracken oder in selbst gebaute Hüttensiedlungen.<sup>163</sup> »Wilde« Siedlungen sind auch aus Wilna und Budapest überliefert.<sup>164</sup> Die nicht zuletzt durch die fehlende Infrastruktur verursachte Primitivität solcherart Unterkünfte für verarmte Schichten, oftmals – wenn auch nicht immer – Familien mit Migrationshintergrund, kann gar nicht überschätzt werden.

In Deutschland und anderen europäischen Ländern gab es ebenfalls Notsiedlungen und »wilde Siedlungen« mit Häusern in Primitivbauweise an den Stadträndern, die sich gleichermaßen durch fehlende oder unzureichende Infrastruktur auszeichneten.<sup>165</sup> Die mentale Schwebelage der Bewohner, die sich auf der Basis von städtischer Inklusion und einer bereits sozialräumlich vollzogenen Exklusion herausgebildet hatte, war wegen des niedrigen Sozialstatus, der zudem noch dem Verdacht der Selbstverschuldung ausgesetzt war, äußerst prekär. Anders gelagert waren beispielsweise die Selbst- und Fremdeinschätzungen der ebenfalls in Notunterkünften wohnenden Flüchtlinge, Vertriebenen und Evakuierten nach dem Zweiten Weltkrieg: Diese Personengruppen galten nämlich weithin als unverschuldet in Not geratene Kriegsoffer, deren Integration in die Rest-Gesellschaften zwar als höchst un bequem, aber letztlich unter dem Eindruck der einprägsam konstruierten Schicksals- und Opfergemeinschaft als unvermeidbar angesehen wurde. Freilich gab es

161 Trotz der allmählichen Verringerung der infrastrukturellen Vernachlässigung blieben die alten Segregations- und Abgrenzungslinien das ganze 20. Jahrhundert im kulturellen Gedächtnis der Stadtbewohner erhalten, wie Gespräche zwar nicht mit Oberhausener, dafür mit Recklinghausener BewohnerInnen hinsichtlich dortiger sozialräumlicher *mental maps* zeigen. *Sandra Schürmann*, Dornröschen und König Bergbau. Kulturelle Urbanisierung und bürgerliche Repräsentationen am Beispiel der Stadt Recklinghausen (1930–1960), Paderborn etc. 2005.

162 *Patricia Garside*, Modelling the behaviour of nonprofit housing agencies in Britain and France, in: *Zimmermann*, Europäische Wohnungspolitik, S. 42–59, hier: S. 55.

163 Vgl. *Andreas R. Hofmann*, Von der Spekulation zur Intervention. Formen des Arbeiterwohnungsbaus in Lodz und Brünner vor und nach dem Ersten Weltkrieg, in: *Janatková/Kozińska-Witt*, S. 225–248; weitere Beispiele in: *Tilman Harlander*, Notwohnen und Selbsthilfe in der Großstadtperipherie der 20er und 30er Jahre. Beispiele aus Österreich, Deutschland, Italien und Griechenland, in: *Zimmermann*, Europäische Wohnungspolitik, S. 60–85.

164 Vgl. *Wendland*, passim; *Helen Meller*, European Cities 1890–1930. History, Culture and the Built Environment, Chichester etc. 2001, S. 109.

165 Für Deutschland siehe *Tilman Harlander*, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus, Basel etc. 1995.

unter den »Kriegsopfern« auch jeweils Gruppen, die gezielt exkludiert wurden: Das waren die ins Land gekommenen »Ostjuden« nach dem Ersten Weltkrieg und die *displaced persons* – darunter Juden, die den Holocaust überlebt hatten – nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>166</sup>

### 3. Munizipalsozialismus

Während die städtische Infrastrukturausstattung in der Praxis meist recht ungleichmäßig verlief und häufig auch unzureichend blieb, wurde um 1900 im Konzept des Munizipal-sozialismus eine allumfassende kommunale Daseinsvorsorge avisiert.<sup>167</sup> Dieses Konzept hatte die *Fabian Society* unter Sydney und Beatrice Webb in England entwickelt und inspierte mit ihren Gedanken auch in Deutschland vor allem den reformistischen Flügel der SPD unter Eduard Bernstein. Während die Sozialisten hierin ein Mittel sahen, das kapitalistische System langfristig auf friedliche Weise zu überwinden, wollte der progressive Teil der aus bürgerlichen Schichten stammenden Kommunalvertreter dadurch »lediglich« die wirtschaftliche Stellung der Kommunen stärken und sich selbst größere Handlungsspielräume und Bedeutungszuwächse verschaffen.

Im Unterschied zu den Verhältnissen in den USA favorisierten damals viele Kommunen in England und Deutschland Wirtschaftsbetriebe in eigener Regie.<sup>168</sup> Tatsächlich gab es eine Reihe von Maßnahmen, eine solche Idee im Geiste einer modernen Leistungsverwaltung auch in die Praxis umzusetzen – ohne gleich dem Sozialismus anzuhängen. Dazu gehörte beispielsweise die Übernahme oder Neueinrichtung von Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, von Verkehrsbetrieben sowie von Friedhöfen, Markthallen, Schlachtereien, Schwimmbädern und Bäckereien. Allerdings setzten die Kommunen das Konzept meist nur teilweise um, wie ein Vergleich verschiedener französischer Städte zeigt, deren Aktionsraum freilich durch das zentralistische System generell stärker als in England und Deutschland begrenzt war.<sup>169</sup> Doch bestanden auch zwischen England und Deutschland Differenzen. So waren, wie *Karl Ditt* in seinem Beitrag schreibt, bis zum Jahre 1933 in England 62 Prozent der öffentlichen Gaswerke Englands (mehrheitlich) in kommunaler Hand, in Deutschland stieg hingegen der Prozentsatz auf fast 77 (1925). Versuche, die Trägerschaft der Energieversorgung zu regionalisieren, stießen, so Ditt, oftmals auf den Widerstand der Kommunen, die diese Betriebe nicht aus der Hand geben wollten. Immerhin wurden selbst in Budapest während der *Bárczy-Reformära* in den Vorkriegsjahren kommunale Pferdeschlachtereien eingerichtet.<sup>170</sup> Auch in Russland, wo die Wasserversorgung lange Jahre von privaten Betreibern vorgenommen worden war, überführte man

166 Zu erinnern ist im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg an die Exklusion der nach Deutschland gekommenen Ostjuden, die, soweit sie keine Aufenthaltsgenehmigung nachweisen konnten, bis zu ihrer Abschiebung vorübergehend sogar in damals schon sogenannten Konzentrationslagern landeten. *Trude Maurer*, Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986; *Dirk Walter*, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.

167 Einen Überblick bietet *Uwe Kühl* (Hrsg.), *Der Munizipalsozialismus in Europa. Le socialisme municipal en Europe*, München 2001. Vgl. auch *Jürgen Reulecke* (Hrsg.), *Die Stadt als Dienstleistungszentrum. Beiträge zur Geschichte der »Sozialstadt« in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, St. Katharinen 1995; *Wolfgang R. Krabbe*, *Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1989, S. 99–128.

168 *Schott*, S. 736.

169 *William B. Cohen*, *Urban Government and the Rise of the French Cities. Five Municipalities in the Nineteenth Century*, Houndmills 1998, S. 241–254.

170 Dazu siehe *Gerhard Melinz/Susanne Zimmermann*, *Die aktive Stadt. Kommunale Politik zur Gestaltung städtischer Lebensbedingungen in Budapest, Prag und Wien (1867–1914)*, in: *dies.* (Hrsg.), *Wien. Prag. Budapest, Wien 1996*, S. 140–177, hier: S. 156.

diese 1891 in kommunale Regie.<sup>171</sup> Kurzum: Zu keiner Zeit des 19. und 20. Jahrhunderts wurden der Kommune so umfassende Aufgaben zugedacht, wie damals in Form der in vielen Städten Europas diskutierten municipalsozialistischen Konzeption. Selbst die US-amerikanischen Sozialreformer, die ja engen Kontakt mit ihren transatlantischen Gesinnungsfreunden pflegten<sup>172</sup>, ließen sich von der Idee, leistungsfähige und aktive Kommunen zu schaffen, anstecken. Allerdings konnten sie de facto nur dann Erfolge verzeichnen, wenn es ihnen gelang, auch Träger der Privatwirtschaft für städtische Anliegen zu mobilisieren.

Die 1920er Jahre wurden, soweit es die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse erlaubten, in vielen europäischen Städten für den Ausbau der technischen und der sozialen Infrastruktur genutzt: Straßen, Flughäfen, Schulen, Krankenhäuser, Sportstätten, Schwimmbäder wurden verschiedenorts neu errichtet oder erweitert.<sup>173</sup> Damals sah sich die municipalsozialistische Idee jedoch bereits starken Angriffen ausgesetzt, auch in Deutschland und England. Kommunale Wirtschaftsbetriebe galten als schwerfällig, oftmals unrentabel arbeitend, den politischen Strömungen ausgesetzt und die Privatunternehmen schädigend.<sup>174</sup>

Das »Rote Wien« der 1920er Jahre bildete wohl das eindruckvollste, wenn auch nicht sehr langlebige historische Beispiel einer umfassenden Kommunalwirtschaft, gepaart mit sozialen Integrationsleistungen, inklusive des Wohnungsbaues unter eigener Regie.<sup>175</sup> Während die Wiener »Arbeiterburgen« einen Mix aus kollektiver Infrastruktur und individuell-privatem Wohnbereich anboten, wurde zur gleichen Zeit die »gemeinsame Nutzung« der Kommunalwohnungen im kommunistischen Leningrad eingeübt, was nicht ohne große Probleme abließ, wie erneut aus einer Studie über das Scheitern dieser Sozialutopie hervorgeht.<sup>176</sup> Im Unterschied zu den »im Westen« meist abgelehnten Leningrader Experimenten<sup>177</sup> zog das »Rote Wien« der zwanziger Jahre durchaus internationale Aufmerksamkeit auf sich – vergleichbar in etwa mit den »roten« italienischen Städten Pavia und Bologna der siebziger Jahre, die zu attraktiven Reisezielen für Stadtplaner aus ganz Europa avancierten. Dort wurde nämlich eine Politik verfolgt, die darauf abzielte, die sozialen Infrastrukturdefizite einzelner Quartiere auszugleichen. Kindertagesstätten, Schulen, Quartierszentren u. a. m. sollten den »armen Altstadtquartieren« und den »armen

171 Zimmermann, *Die Zeit*, S. 101.

172 Rodgers, *passim*.

173 Zu Prag siehe Meller, S. 87 ff. Im Unterschied zu Prag entwarf Budapest nach dem Ersten Weltkrieg kein Programm zum Aufbau einer neuen Stadt; ebd., S. 109. Wenig geschah auch im dalmatinischen Split. Die dortigen Stadtakteure setzten ihre großen Hoffnungen auf die Modernisierung der gesamten Infrastruktur durch den neuen Staat, die jedoch in der gesamten Zwischenkriegszeit nicht in Erfüllung gingen. Aleksandar Jakir, *Dalmatien zwischen den Weltkriegen. Agrarische und urbane Lebenswelt und das Scheitern der jugoslawischen Integration*, München 1999.

174 Carl Böhret, *Aktionen gegen die »kalte Sozialisierung« 1926–1930*, Berlin 1966; Ben Lieberman, *From Recovery to Catastrophe. Municipal Stabilization and Political Crisis in Weimar Germany*, New York etc. 1998; John Sheldrake, *Municipal Socialism*, Aldershot 1989, S. 71 f.

175 Darüber wurde sehr viel geschrieben. Zwei Titel seien genannt: Helmut Konrad, *Zur österreichischen Arbeiterkultur der Zwischenkriegszeit*, in: *Boll, Arbeiterkulturen*, S. 89–100; Helmut Gruber, *Red Vienna: Experiment in Working-Class Culture 1919–1934*, New York 1991.

176 Julia Obertreis, *Tränen des Sozialismus. Wohnen in Leningrad zwischen Alltag und Utopie 1917–1937*, Köln etc. 2004, hier: S. 220–252; später erfolgte auch hier die Umstellung auf individuelle Kleinwohnungen. Siehe Albrecht Martiny, *Bauen und Wohnen in der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Bauarbeiterschaft, Architektur und Wohnverhältnisse im sozialen Wandel*, Berlin 1983, S. 138 ff.

177 Allerdings gab es einige Kollektivmodelle auch »im Westen«, so das bürgerliche Wiener Ein-Küchenhaus.

Außenquartieren« zugute kommen. Pavia legte zudem »als erste europäische Stadt eine Norm der pro Kopf notwendigen Freiflächen-Ausstattung fest.«<sup>178</sup>

Der Munizipalsozialismus wurde nicht nur von Seiten der Privatwirtschaft in Frage gestellt, vielmehr bestanden vor allem während der 1920er Jahre auch in den sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Frage, ob man eher ein genossenschaftsorientiertes, ein gemeinwirtschaftliches oder ein kommunales Wohnungsbaukonzept präferieren sollte.<sup>179</sup> Während es in Deutschland schon in der Weimarer Republik zu massiven Abstrichen am Konzept des Munizipalsozialismus kam, bestand in England bis zur Thatcher-Regierung – neben der Eigenheimförderung – das System des *council housing* weiter.<sup>180</sup> In Deutschland setzte sich – ungeachtet der eindrucksvollen Beispiele genossenschaftlichen Bauens und Wohnens – im Kontext des Sozialen Wohnungsbaus schon in der Weimarer Republik und erst recht nach 1945 das gemeinwirtschaftliche Modell (Neue Heimat und Vorläufer) durch, in Norwegen reüssierte hingegen das genossenschaftliche Modell, in Schweden behielt der direkt geförderte öffentliche Wohnungsbau die Oberhand.<sup>181</sup>

Als Zwischenfazit ist zu konstatieren, dass die Armenfürsorge zwar an sich als ein Beispiel für integrative Stadt- und Bürgerpolitik angesehen werden kann, dass aber die diesbezüglichen Praktiken stets mit einer exkludierenden Stigmatisierung der Betroffenen verbunden waren, bei der in der Regel die Schuld an der Armut den Armen selbst zugeschrieben wurde. Der Sektor Infrastruktur zeichnet sich durch ein beträchtliches Integrationspotential aus, insofern die ganze Stadt vernetzt und als Verbundsystem zusammengehalten wurde und wird. Betrachtet man die Geschichte der Infrastruktur jedoch genauer, so zeigen sich viele Ungleichmäßigkeiten und Ungleichzeitigkeiten in der infrastrukturellen Ausstattung der einzelnen Stadtteile, die bis zur bewussten Vernachlässigung von Wohnzonen reichten und die von den Betroffenen als deutliche Zeichen exkludierender Stadtpolitik wahrgenommen wurden. Im Unterschied dazu war das auf viele europäische Stadtakteure einst faszinierend wirkende munizipalsozialistische Programm als »Integrationsmaschine« gedacht. Doch wurde im Verlauf des 20. Jahrhunderts schrittweise das ökonomische Handlungsfeld der Kommunen beschnitten und das Gesamtkonzept Munizipalsozialismus einer De-Thematisierung unterzogen. Seine offizielle »Beerdigung« erfolgte freilich erst seit den 1980er und 1990er Jahren, und zwar hauptsächlich durch den Dreiklang von Neoliberalismus, Finanznot und Globalisierung.

178 *Lucius Burckhardt*, Demokratie im Städtebau: Pavia, in: *Arch+* 11 (1979), S. 66–68.

179 *Thord Strömberg*, Die Baumeister des Folkhelms. Lokale Wohnungsbaupolitik in Schweden, in: *Hannes Siegrist/Bo Stråth* (Hrsg.), Wohnungsbau im internationalen Vergleich. Planung und gesellschaftliche Steuerung in den beiden deutschen Staaten und in Schweden 1945–1980, Leipzig 1996, S. 127–147, hier: S. 141.

180 *Hartmut Häußermann*, Ausblick auf die Zweidrittel-Gesellschaft. Ergebnisse des internationalen Vergleichs, in: *Walter Prigge/Wilfried Kaib* (Hrsg.), Sozialer Wohnungsbau im internationalen Vergleich, Frankfurt/Main 1988, S. 272–287, hier: S. 274 f.; Länder vergleichende Ansätze in: *Colin G. Pooley*, Housing Strategies in Europe, 1880–1930, Leicester etc. 1992; *Jua Rodríguez-Lores*, Sozialer Wohnungsbau in Europa. Die Ursprünge bis 1918: Ideen, Programme, Gesetze, Basel 1994.

181 *Thord Strömberg*, The Politicization of the Housing Market: The Social Democrats and the Housing Question, in: *Klaus Misgeld/Karl Molin/Klas Åmark* (Hrsg.), Creating Social Democracy. A Century of the Social Democratic Labor Party in Sweden, University Park, Pennsylvania 1992, S. 237–269, hier: S. 238, 253 ff.

## V. RAUMGESTALTUNG UND QUARTIERSPROFILE IM SPANNUNGSFELD VON SEGREGATION UND SOZIALER MISCHUNG

Entsprechend den Überlegungen, die im Rahmen des *spatial turn* angestellt werden, schaffen sich Menschen ihre Raumbeziehungen selbst.<sup>182</sup> Räume und Räumlichkeiten werden nicht selten nach Geschlecht, Schicht und Ethnie codiert und deren Zusammenhänge (»Intersektionalität«) im historischen Kontext analysiert. Räume und Räumlichkeiten sind zudem Objekte vielseitiger Deutungen sowie Aneignungs- und Nutzungsweisen. Zahlreiche Menschen haben es allerdings mit vorgefundenen Gegebenheiten zu tun; Alternativen sind oftmals nicht vorhanden. Sie können »nur« das Beste aus den Realitäten machen. Zu den strukturellen Zwängen gehört auch das Phänomen der unfreiwilligen Segregation, welches dasjenige der freiwilligen Segregation trotz aller gleitenden Übergänge deutlich kontrastiert. Im Folgenden wird versucht, einige Segregationserscheinungen historisch und länderspezifisch zu verorten. Der Blick wird darüber hinaus auf etwaige kommunale Gegensteuerungen gelenkt, die der sozialräumlichen Integration dienen sollten. Ferner ist danach zu fragen, in welchen historischen Kontexten es zur sozialräumlichen Dispersion von Menschen gekommen ist.

## 1. Segregation – Exklusion

Alle Städte wiesen im Laufe ihrer Geschichte sozialräumliche Segregationen auf. Deren Existenz ist immer wieder, vor allem im Zuge der sogenannten Ungleichheitsforschung der 1960er bis 1980er Jahre, untersucht und sogar mathematisch berechnet worden.<sup>183</sup> Doch auch ohne den Dissimilaritätsindex zu bemühen, ist einsichtig, dass der Grad der Segregation in den US-amerikanischen Ghettos für *African-Americans*, dessen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte *Christopher Klemek* in seinem Forschungsbericht darlegt, besonders hoch lag.<sup>184</sup> Die dadurch hervorgerufene sozialräumliche Fragmentierung der Stadt erhielt umso schärfere Konturen, als der Zuzug der »Schwarzen« in die Städte des Nordens den Auszug der »weißen« Ober- und Mittelschichten in die *suburbs* beschleunigt und intensiviert hat.<sup>185</sup>

Im Vergleich zu den USA waren die Arbeiterviertel im wilhelminischen Deutschland weit weniger segregiert. Dort machten die Arbeiter in der Regel nicht mehr als 60 bis 70 Prozent der Wohnbevölkerung aus.<sup>186</sup> Gleichwohl handelte es sich um *Arbeiterviertel*, weil es Arbeiter und Arbeiterinnen waren, die die kulturelle Dominanz in diesen Quartieren inne hatten. Und sie galten auch bei den übrigen Stadtbewohnern und -bewohnerinnen als negativ konnotierte Besonderheit. In den sozialgeografischen *mental maps* des Züricher Bürgertums wurde beispielsweise der dortige Arbeiterstadtteil Außersihl als Proletarierquartier, ja sogar als Scherben-Viertel und Neu-Babylon gebrandmarkt.<sup>187</sup> Aus

182 Zum relationalen *spacing*-Ansatz siehe als Einführung *Martina Löw*, *Raumsoziologie*, Frankfurt/Main 2001. Hinsichtlich der Geschlechterperspektiven siehe *Linda McDowell/Joanne P. Sharp*, *Space, Gender, Knowledge. Feminist Readings*, London 1997.

183 Zu den Unschärfen und Grenzen dieses Forschungsansatzes siehe *Eckardt*, S. 35 ff.

184 Ohne die Segregation in europäischen Städten verharmlosen zu wollen, muss betont werden, dass sie mit den amerikanischen Verhältnissen kaum zu vergleichen ist. *Equal but separate* hatte den Amerikanern auch die Rechtfertigung zur Bildung von Ghettos gegeben.

185 Dazu u. a. *Adelheid von Saldern*, *The Suburbanization of German and American Cities*, in: *Bulletin of the German Historical Institute* 38 (2006), S. 33–49.

186 *Adelheid von Saldern*, *Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute*, Bonn 1995, 2. Aufl. (1997).

187 *Daniel Künzle*, *Stadtwachstum, Quartierbildung und soziale Konflikte am Beispiel von Zürich-Außersihl*, in: *Sebastian Brändli* u. a. (Hrsg.), *Schweiz im Wandel. Studien zur neuen Gesellschaftsgeschichte*, Basel etc. 1990, S. 43–58, hier: S. 49.

der Binnenperspektive gesehen fällt auf, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen – außerhalb der langen betrieblichen Arbeitszeiten – mental stark auf ihr Viertel ausgerichtet waren. Denn einerseits boten die überfüllten und schlechten Wohnungen lediglich recht begrenzte Kommunikations- und Rückzugsmöglichkeiten, andererseits entfremdeten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen von der seit den 1880er Jahren zunehmend kommerzialisierten City, abgesehen von den Entfernungen, die teilweise zurückgelegt werden mussten, um dorthin zu gelangen. Arbeiterfrauen waren, soweit sie mehrere Kinder zu betreuen hatten, besonders stark auf »ihr« Quartier angewiesen. »Survival Networks« nannte Ellen Ross die Funktion solcher quartierlich eingebundenen Nachbarschaften am Beispiel von London.<sup>188</sup>

Die alten Arbeiterviertel mit ihrer ausgeprägten Kultur der Arbeiterbewegung unterschieden sich indessen auch von den *Underclass*-Quartieren neuerer Art. Die Differenz liegt in den unterschiedlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten zur Selbstorganisation sowie im klassenbezogenen Deutungsmuster von Armut und in der hoffnungsvollen Zukunftsperspektive vieler Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem soweit sie in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften eingebunden waren. Anders sind die Befindlichkeiten der Benachteiligten rund einhundert Jahre später einzuschätzen: Anstelle der klassengesellschaftlichen Sichtweise, der wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen und der sozialistisch-kommunistischen Sozialutopien seien, so heißt es in der Literatur, Weltbilder und Handlungsmuster getreten, die von Sinnlosigkeit, Wut und Ziellosigkeit bestimmt werden<sup>189</sup>, wobei vor allem die französischen Vorstädte ins Blickfeld geraten.<sup>190</sup>

Eine Segregationserscheinung eigener Art entstand zudem durch den Bau von Siedlungen für ganz bestimmte Berufsgruppen oder Sozialschichten. Zu erinnern ist in deutschem Zusammenhang beispielsweise an die Werksiedlungen der Kaiserzeit, die Kriegerheimstätten nach 1918, die Erwerbslosensiedlungen während der Großen Wirtschaftskrise um 1930 oder an die Bergarbeitersiedlungen. Eine besondere Form von Segregation stellen auch manche Wissenschaftsorte dar, über die *Martina Heßler* in ihrem Beitrag schreibt. Wie sie am Beispiel der Siemensstadt in Berlin darlegt, förderte dieses Viertel die Fragmentierung der Stadt. Das trifft auch auf den Standort München-Neuperlach als einem monofunktionalen Arbeitsstandort zu; lediglich der Siemensstandort München-Hofmannstraße integrierte sich in das räumliche Stadtgefüge.<sup>191</sup> Dass stadträumliche Fragmentierungen auf das soziale Zusammenleben in einer Stadt Einfluss ausüben, kann auch am Beispiel der Einkaufsmalls und Einkaufspassagen gezeigt werden, insofern diese lediglich einen halböffentlichen Charakter aufweisen und nicht für alle Personengruppen zugänglich sind.<sup>192</sup>

Schließlich müssen noch die freiwillig vorgenommenen Segregationen genannt werden. Man denke dabei an die Villenkolonien am Rande der europäischen Städte in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, gefolgt von Mittelschichtarealen mit Einfamilienhäu-

188 *Ellen Ross*, Survival networks: Women's Neighborhood Sharing in London before World War I, in: *History Workshop. A Journal of socialist historians* 15 (1983), S. 4–27.

189 *Dubet/Lapeyronnie*, passim. Vgl. auch den Forschungsbericht von *Michelle Zancarini-Fournel* in diesem Band.

190 Vgl. *Ingrid Krau*, Integration und Segregation – Neue Qualitäten der Stadtentwicklung, in: *Klaus M. Schmals* (Hrsg.), *Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potenziale*, Opladen 2000, S. 27–32. Die Großsiedlungen der 1960er und frühen 1970er Jahre gelten mittlerweile als das größte Massendesaster der Stadtplaner. Vgl. den Überblick bei *Thomas Wüst*, *Urbanität. Ein Mythos und sein Potential*, Wiesbaden 2004, S. 113–123.

191 Vgl. dazu auch *Martina Heßler*, Wissenschaftsenklaven. Die Inszenierung von Kommunikation und Urbanität im suburbanen Raum, in: *von Saldern*, *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Stuttgart 2006 (i. E.).

192 Vgl. dazu *Walter Siebel*, Zum Wandel des öffentlichen Raums – das Beispiel der Shopping-Mall, in: ebd.

sern, die sich während des 20. Jahrhunderts in Schüben ins Umland ›fraßen‹.<sup>193</sup> Als historisches Paradebeispiel einer freiwilligen Segregation werden die amerikanischen ›weißen‹ Mittelschicht-Vororte angesehen. Sicherheit, rassistisch begründete Selbstsegregation, gute Schulen und existenzsichernde Hausinvestitionen gehörten zu den Hauptmotiven des Exodus aus den Städten.

Die neuere Geschichtsschreibung sieht in der Suburbanisierung nicht zuletzt eine geschlechterbezogene Segregation, die auch die europäische Besiedlung des städtischen Umlandes betrifft.<sup>194</sup> Denn letzten Endes basierte das Modell der Suburbanisierung auf der konventionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und einer sozialräumlichen Neuauflage der getrennten Geschlechtersphären: hier die aufs Heim in Suburbia konzentrierte Hausfrau und Mutter, dort der außerhäusliche, in der Innenstadt arbeitende erwerbstätige Vater. Damit grenzten sich Frauen als Folge geschlechtsbezogener Normsetzungen, struktureller Vorgaben und gesellschaftlicher Zuschreibungen (›prescripts‹) aus dem Stadtgeschehen weitgehend aus.<sup>195</sup> Ihre Lebenswelt bezog sich vor allem auf die Kultur der *domesticity* und auf die die Stadtgrenzen durchbrechenden *communities* in ihrer nächsten Umgebung, wobei den *church districts* und den *school districts* eine besondere Bedeutung zukam. Sicherlich wurden räumliche und soziale Grenzüberschreitungen der Hausfrauen und Mütter aus den weißen Mittelschichten zur Regel, und sicherlich fühlten sich viele Frauen keineswegs als Opfer ungewollter Lebensumstände, sondern deuteten ihre individuelle Situation positiv (›scripts‹). Auch haben das Zweitauto und die in den letzten Jahrzehnten voranschreitende Herausbildung der *Edge-Cities* die sozialräumliche Polarität der Geschlechter weiter aufgeweicht, weil dort den Frauen vermehrt neue Arbeitsplätze angeboten werden. *Klemek* nennt in seinem Beitrag weitere Gegenrends aus jüngster Zeit, vor allem die Suburbanisierung der ›Schwarzen‹ und das neue Interesse der *affluent young white professionals* an einem Leben in Innenstädten.

Während die viele Phasen des 20. Jahrhunderts kennzeichnende geschlechtsbezogene räumliche Exklusion tendenziell an Relevanz verliert, gewinnt die freiwillige Separierung durch die Bildung von *gated communities* in den heutigen USA an Bedeutung. Durch diese geschlossenen, sozial homogen zusammengesetzten Wohnareale wird städtische Urbanität aufgegeben.<sup>196</sup> Solche *gated communities* konnten und können entstehen, weil Sicherheitswünsche und Exklusionsbedürfnisse der Oberschichten und zunehmend der (obe-

193 *Tilman Harlander* (Hrsg.), *Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland*, Stuttgart 2001; *Gerd Kuhn*, *Suburbanisierung in historischer Perspektive*, in: *Clemens Zimmermann* (Hrsg.), *Zentralität und Raumgefüge der Großstädte im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 61–82.

194 Die Suburbanisierung lief in den einzelnen europäischen Städten allerdings in einem unterschiedlichen Tempo ab.

195 *Susanne Frank*, *Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Opladen 2003, S. 297; vgl. auch *Nancy Fraser*, *Widerspenstige Praktiken. Macht. Diskurs. Geschlecht*, Frankfurt/Main 1994; allgemein: *Karin Hausen*, *Die Polarisierung der »Geschlechtercharaktere« – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben*, in: *Werner Conze* (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*, Stuttgart 1976, S. 363–393; *Ulla Terlinden*, *Räumliche Definitionsmacht und weibliche Überschreitungen. Öffentlichkeit, Privatheit und Geschlechterdifferenzierung im städtischen Raum*, in: *Löw*, *Differenzierungen des Städtischen*, S. 141–156; *Renate Borst*, *Die zweite Hälfte der Stadt: Suburbanisierung, Gentrifizierung und frauenspezifische Lebenswelten*, in: *Borst u. a.*, *Das neue Gesicht der Städte*, S. 235–268, hier: S. 235 f. Unter ›prescripts‹ wird der durch Strukturen, Konventionen und Normen gebildete Handlungsrahmen verstanden, hier die normative Festschreibung von Geschlecht.

196 Zum schillernden Begriff *Urbanität* siehe *Wüst*, passim; *Beate Binder*, *Urbanität als »Moving Metaphor«*. Aspekte der Stadtentwicklungsdebatte in den 1960er/1970er Jahren, in: *von Salder*, *Stadt und Kommunikation* (i.E.).

ren) Mittelschichten mit den Programmatiken von Vertretern des *New Urbanism* Hand in Hand gehen.<sup>197</sup> Dabei kommt dem *New Urbanism* zugute, dass die Bildung von relativ stadtunabhängigen *new communities*<sup>198</sup> in der Tradition suburbaner *neighborhoods* liegt, für welche die Kernstadt häufig nicht oder nur partiell zuständig war und in welchen sich die integrativen Impulse ihrer Bewohnerschaft primär darauf und nicht auf die Gesamtstadt bezogen.

## 2. Sozialintegrative Gegensteuerungen

Die diversen Ausprägungen von sozialräumlichen Segregationen in europäischen Städten bestimmen indessen bei weitem nicht ihre ganze Geschichte. Beachtlich waren nämlich die Versuche zur Gegensteuerung.<sup>199</sup> Beispielsweise wurde mancherorts die Grundstücks- und Wohnungsbaupolitik als ein Mittel zur sozialreformerischen Integrationspolitik eingesetzt. Ziel war, eine kleinräumige soziale Mischung der verschiedenen Bevölkerungsteile zu erreichen. Bekannt wurde das Bild des Pariser Mietshauses aus den 1850er Jahren, dem Beginn eines neuen Industrialisierungs- und Urbanisierungsschubes.<sup>200</sup> In diesem Hause lebten unten und oben die mittellosen Familien, im ersten Stock eine gut bürgerliche Familie und im zweiten Stock kleine Angestellten. Lage und Ausstattung der Wohnungen unterschieden sich sehr voneinander, und auch die Treppenhäuser waren teilweise separiert. Von außen schaute das mehrstöckige Haus durchaus »anständig« aus. Hinter einem solchen Modell stand die Idee, dass durch die räumliche Nähe auch das Kennenlernen der verschiedenen Schichten und damit das wechselseitige Verständnis wachsen werde. Dieses Urbild kleinteiliger sozialer Mischung, das auch vom Stadtbaumeister James Hobrecht in Berlin vertreten wurde, bestimmte zwar – wie eben gezeigt – bei weitem nicht die Realität europäischer Stadtentwicklungen<sup>201</sup>, doch blieb dieses deswegen nicht ohne Einfluss auf die reale Politik. Einige Beispiele seien genannt:

Als erstes ist darauf zu verweisen, dass in vielen europäischen Städten die Segregationstendenzen nicht zur Entstehung relativ geschlossener Arbeiterviertel führten, sondern lediglich zu einzelnen Straßenzügen, so dass das Quartier in seiner Gesamtheit einen gemischten Charakter erhielt.<sup>202</sup> Als zweites geraten die *Gartenstädte* in den Blick. Dabei handelt es sich, entsprechend der Konzeption Ebenezer Howards, um ökonomisch selbstständige Neugründungen mit einer Größe von rund 30.000 Menschen verschiedener Schichten und Berufsgruppen. Soweit solche Gartenstädte realisiert wurden, wie im Falle der englischen Gartenstädte Letchworth und Welwyn oder der kleineren deutschen Gar-

197 *New Urbanism* ist allerdings eine vielgestaltige Bewegung. Als Reaktion auf die Negativseiten der vorangegangenen Phase moderner Stadtplanung füllt sie ein Spektrum, das von den Neotraditionalisten bis hin zu jenen reicht, die innerstädtische Öffentlichkeiten wieder beleben wollen.

198 Die erste Modell »Stadt« war Seaside in Florida (1981). In Deutschland machte im Kontext von *New Urbanism* das Neubaugebiet Kirchsteigfeld in Potsdam (Rob Krier) von sich reden.

199 Vgl. von Saldern, *Suburbanization*; zu Schweden siehe Deland, *passim*. So auch in Ungarn in der Reformära ab 1906. Dazu Gerhard Melinz/Susanne Zimmermann, *Mit den Waffen der Sozialpolitik? Wohnungspolitische Interventionismus in Österreich und Ungarn von 1890 bis in die 1930er Jahre*, in: Zimmermann, *Europäische Wohnungspolitik*, S. 85–130, hier: S. 100.

200 Zur vertikalen sozialen Differenzierung siehe die bekannte Abbildung des Pariser Mietshauses, in: Elisabeth Lichtenberger, *Die Stadt. Von der Polis zur Metropolis*, Darmstadt 2002, S. 244.

201 Die Mietskasernen, wie sie dann in Berlin und in anderen Städten gebaut wurden, ließen zwar noch den Urgedanken des sozialräumlichen Zusammenlebens verschiedener Schichten erkennen, doch persiflierten sie die sozialreformerische Idee durch die lichtlosen Hinterhofgebäude mit überfüllten Wohnungen.

202 Ein gutes Beispiel dafür ist die Nordstadt in Hannover.

tenstadt Hellerau bei Dresden wurde eine solche Koexistenz diverser Schichten auch tatsächlich erreicht, wenngleich die Sozialgruppen voneinander durch Lage und Ausstattung der Häuser unterscheidbar blieben.

Gegensteuerungen lassen sich auch in einigen Ländern im Hinblick auf die Suburbanisierungspolitik erkennen. Nachdem sich um 1900 in vielen Städten Europas die sozialräumliche Verteilung der Bevölkerung durch den Wegzug von Oberschichten und später von Mittelschichten in die Vororte verändert hatte, zeigten sich Sozialreformer besorgt, dass in den Städten die *classes dangereuses* zurückblieben. In Schweden versuchte man deshalb, dem entgegenzusteuern und die Verdichtung der innerstädtischen *classes dangereuses* durch den Bau kleiner Einfamilienhäuser in Form von Garten(vor)städten zu verringern.<sup>203</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg brach eine Zeit an, in der bürgerliche und sozialdemokratische Reformer und Reformerrinnen neue, luftige und gesunde Wohnsiedlungen nicht nur für Kriegsveteranen (»homes for heroes« in England, Kriegerheimstätten in Deutschland), sondern auch für Arbeiterfamilien als Schritt zu deren besserer stadtgesellschaftlicher Integration forderten. Bei der Vergabe der Wohnungen in staatlich subventionierten Neubausiedlungen der 1920er Jahre<sup>204</sup>, etwa in den bekannten Frankfurter Siedlungen, wurden de facto jedoch fast nur gehobene Arbeiter zusammen mit kleinen (und mittleren) Angestellten und Beamten berücksichtigt.<sup>205</sup> Dadurch kamen die oberen Arbeiterschichten mit den unteren Mittelschichten auf sozialräumlicher und allmählich auch auf alltagskultureller Ebene zusammen. Dies trug zur Bildung jenes Grundstocks der Gesellschaft bei, der später in der Bundesrepublik als sogenannte »breite Schichten der Bevölkerung« bezeichnet wurde. Ungeachtet unterschiedlicher Schwerpunktbildungen mag die Zusammensetzung der Mieterschaft in anderen Großwohnprojekten der Zwischenkriegszeit Ähnlichkeiten aufgewiesen haben, etwa in der architektonisch konventionellen Kleinhaus-Siedlung im englischen Birmingham-Kingstanding, in der allerdings schon 1907 erbauten Garten(vor)stadt Birmingham-Burnage<sup>206</sup>, in den sozialistischen Modell-Wohnblöcken im französischen Villeurbanne oder im tschechoslowakischen Zlín mit seiner im modern-industriellen Stil erbauten Großsiedlung, die der Stadt ein völlig neues Profil gab.<sup>207</sup> Eine ähnliche Politik räumlich-kultureller Sozialintegration verfolgten die Kommunalpolitiker im »Roten Wien« der 1920er Jahre: Es waren die »kleinen Leute«, inklusive der für das Neue Wohnen dispositionell geeigneten Arbeiterfamilien, die in die innerstädtisch gelegenen Roten Burgen, die »Volkswohnungspaläste«, zogen, die als Hochburgen der SPÖ galten.

Am Beispiel der zur Mustersiedlung erklärten Neubaugebiete Mascherode und Lehn-dorf am Rande Braunschweigs kann gezeigt werden, dass die kleinteilige soziale Mischung auch unter den Nationalsozialisten erwünscht war und als »Volksgemeinschaft« gefeiert

203 *Deland*, passim, S. 37.

204 Zur Geburt des Superblocks in europäischen Städten siehe *Renate Banik-Schweitzer*, Städtebauliche Visionen. Pläne und Projekte 1890–1937, in: *Eve Blau/Monika Platzler*, Mythos Großstadt. Architektur und Stadtbaukunst in Zentraleuropa, München etc. 1999, S. 58–72, hier: S. 65–68.

205 Als Überblicksdarstellung siehe *Gerhard Schulz*, Wohnungspolitik in Deutschland und England 1900–1939. Generelle Linien und ausgewählte Beispiele, in: *Zimmermann*, Europäische Wohnungspolitik, S. 153–165; *von Saldern*, Häuserleben, S. 133 f. Gleichwohl galten die Neubauviertel fälschlicherweise als Arbeitersiedlungen, z. B. *Meller*, S. 124.

206 Dazu *Anthony Sutcliffe*, British town planning: the formative years, Leicester 1981, S. 130.

207 *Meller*, S. 235–239, S. 246–251, S. 117–148. Meller geht auf diesen Aspekt der Sozialintegration nicht weiter ein. Das Zlín-Projekt entstand im Zusammenhang mit dem Schuhfabrikanten Bata. Wenig geschah auf dem Gebiet des Arbeiterwohnungsbaues in spanischen Städten. *Dieter-J. Mehlhorn*, Städtebau im 20. Jahrhundert bis zum Beginn der Demokratisierung 1978, in: *ders.* (Hrsg.), Spaniens Städte, Dortmund 1996, S. 240–272, hier: S. 244.

wurde.<sup>208</sup> Neu war allerdings die offensiv rassistische Auslese der Mieter und Mieterinnen. Hier verband sich die Vorstellung eines harmonischen Zusammenlebens der Menschen untereinander mit der Auffassung, dass dies nur auf der Basis der Exklusion der (nach »rassistischen« Maßstäben) Nicht-Integrierbaren möglich sei. Unter einem solchen Aspekt lag die Errichtung eines Lagersystems für die »Exkludierten« in der sozialen Logik radikal-rassistischen Denkens. Eine »Alternative« zum Lagersystem wäre der Aufbau von Ghettos gewesen. Doch das sollte offenbar den Deutschen im »Altreich« nicht zugemutet werden, während die Nationalsozialisten in den eroberten Ostgebieten zügig daran gingen, Ghettos für Juden als vorübergehende Aufenthaltsareale vor ihrer Ermordung zu installieren.

Das Konzept des bundesrepublikanischen Sozialen Wohnungsbaus der 1950er Jahre verfolgte noch offensiver als sein Vorläuferprogramm aus den 1920er Jahren das Prinzip, die »breiten Schichten« der Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen.<sup>209</sup> Hier formte sich – früher als in vielen Betrieben – jene von Schelsky als »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« apostrophierte Bundesrepublik, wobei sich die Nivellierungstendenzen in Grenzen hielten, wie beispielsweise eine frühe sozioempirische Studie über Euskirchen zeigt.<sup>210</sup> Auch der Historiker Josef Mooser gibt zu bedenken, dass trotz allen sozialen Wandels nicht übersehen werden sollte, »wie lange und stark Altes neben dem Neuen lag.«<sup>211</sup>

Zu den neuen Konzepten, die sozialintegrativ wirken sollten, kam in den 1950er Jahren die Nachbarschaftsidee der *Chicago School* in den Blick der Stadtplaner. In der Größenordnung eines Schuleinzugsgebietes sollten neue Einheiten von 5.000 bis 10.000 Einwohnern entstehen, wobei in den subkutanen Texten manche Reminiszenz an den »volksgemeinschaftlichen« (rassistischen) Typ der NS-Zeit – »Ortsgruppe als Siedlungszelle« – mitgeschwungen haben mag.<sup>212</sup> Kennzeichen der in der offiziellen Nachkriegssprache selbstredend entnazifizierten Nachbarschaftsidee war der Blick auf die USA und damit auf die *community* und nicht auf die Stadt.

Als Wohnareale für die breite neue Mittelklasse – (arrivierte) Arbeiter und (untere) Angestellte und Beamte – die im Zuge der Vollbeschäftigung ein allseits umworbenes Klientel ausmachte, sollten auch die großen Neubausiedlungen der 1960er und frühen 1970er Jahre dienen, die allerdings unter stadträumlicher Perspektive desintegrierende Tendenzen aufwiesen.<sup>213</sup> Trotz aller Kritik an Größe, Monofunktionalität, Uniformität und defizitärer Infrastruktur dieser Großsiedlungen waren die Wohnungen in München-Neuperlach, im französischen Sarcelles-Lochères oder im Stockholmer Skärholmenzentrum zunächst

208 Zu Braunschweig-Mascherode und zur Großsiedlung Braunschweig-Lehndorf, die damals ebenfalls wegen der sozialen Mischung der Wohnbevölkerung auf sich aufmerksam machten, siehe von Saldern, *Häuserleben*, S. 212.

209 Die Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen, die vom Sozialen Wohnungsbau in starkem Maße profitierten, waren Gruppen, die selbst eine breite soziale Mischung aufwiesen.

210 Renate Mayntz, *Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen, Stuttgart 1958*, S. 142; vgl. auch Hans Braun, Helmut Schelskys Konzept einer »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«. Würdigung und Kritik, in: *AfS* 29 (1989), S. 199–224.

211 Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt/Main 1984, S. 363.

212 Dirk Schubert, »Die Renaissance der Nachbarschaftsidee – Eine deutsch-anglo-amerikanische Dreiecks-Planungsgeschichte«, in: Ursula von Petz (Hrsg.), »Going West?« *Stadtplanung in den USA – gestern und heute*, Dortmund 2004, S. 120–154.

213 Zu den Trabantenstädten siehe u. a. Thomas Sieverts, *Die »Neuen Städte« als Experimentierfeld der Moderne. Beispiele aus der Bundesrepublik, aus Finnland, Schweden und Polen*, in: *Die Alte Stadt* (1987), H. 1, S. 51–71; Ulfert Herlyn, *Lebensbedingungen und Lebenschancen in den Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre*, in: *ders./Adelheid von Saldern/Wulf Tessin* (Hrsg.), *Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich*, Frankfurt/Main 1987, S. 102–126, hier: S. 105 ff.; Binder, S. 54.

durchaus attraktiv<sup>214</sup>, denn überall war der Komfort viel größer als in den bis dahin bewohnten Altbauwohnungen.<sup>215</sup> Das galt erst recht für die Großwohnsiedlungen im Ostblock, etwa die Siedlungen Bemowo und Ursynów<sup>216</sup> in Warschau<sup>217</sup> oder die neuen Städte,<sup>218</sup> so zum Beispiel Nowa Huta in der Nähe von Krakau oder Eisenhüttenstadt in der DDR. Auf Grund der abgeschafften Marktgesetze und der mangelnden Alternativen kam es dort allerdings zu keinen großflächigen sozialräumlichen Segregationen, wenngleich die Zugangschancen zu den neuen, »guten« Wohnungen oft in der ersten Zeit auch von den »richtigen« Kommunikations- und Einflusskanälen abhing. Während der öffentliche Wohnungsbau in vielen europäischen Ländern durchaus auf Anerkennung in der Bevölkerung stieß, war die *public housing policy* in der New-Deal-Ära und nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA davon ausgenommen. Der Grund lag darin, dass das Mieterklientel der billig gebauten Wohnblocks meist aus »Schwarzen« bestand, so dass der Eindruck von Ghettos sich sogar noch verstärkte.

Als relative Verlierer dieser Wohnungspolitik können die breiten und un stetigen Arbeiterschichten gelten. Sie lebten noch in der Zwischenkriegszeit zum Teil in extrem schlechten Unterkünften – und der Qualitätsabstand zum Wohnen der Facharbeiterfamilien blieb in späteren Dezennien erhalten, wenn auch insgesamt auf einem höheren Niveau. Erst nachdem sich die bis dahin durch den sozialen Wohnungsbau primär angesprochenen Mittelschichten und oberen Arbeiterschichten selbst mit besserem Wohnraum – oft in Suburbia – im Laufe der 1970er und 1980er Jahre versorgt hatten, wurde jener Teil der Neubauwohnungen, dessen Belegung den Kommunalbehörden oblag, mit sozial schwachen Mietergruppen, zu denen dann auch Migrantenfamilien gehörten, »aufgefüllt«.<sup>219</sup> Dadurch wurden die Siedlungen bzw. Teile der Siedlungen jedoch zu Problemarealen. In Frankreich und Großbritannien erodierten die Großsiedlungen am Stadtrand noch schneller als in der Bundesrepublik zu sozialen Brennpunkten.<sup>220</sup> Allerdings wurden in Großbritannien 1998/2001 im Zuge sozialräumlicher Integrationspolitik diverse Erneuerungsprogramme lanciert, die sich gerade auf bisher vernachlässigte Gebiete richteten, wie *Claire Colomb* in ihrem Beitrag ausführt. Ein ähnliches Programm kam in Deutschland zum Zuge, als im Jahre 1999 mit Blick auf benachteiligte Wohngebiete die

214 *Antoine Prost*, Grenzen und Zonen des Privaten, in: *Antoine Prost/Gérard Vincent* (Hrsg.), *Geschichte des privaten Lebens. Vom Ersten Weltkrieg zur Gegenwart*, Bd. 5, Frankfurt/Main 1993, 15–153, hier: S. 76; *Wulf Tessin*, Die Entstehungsbedingungen der Großsiedlungen, in: *Herlyn/von Saldern/Tessin*, Neubauesiedlungen, S. 75–101, hier: S. 94 ff. Einige Siedlungen hatten allerdings von Anfang an Akzeptanzschwierigkeiten, etwa das Märkische Viertel in Berlin oder Steilshoop in Hamburg.

215 Das gilt besonders für die schwedischen Großsiedlungen. *Thord Strömberg*, Wohnungspolitik in Schweden 1914–1990, in: *Günther Schulz* (Hrsg.), *Wohnungspolitik im Sozialstaat. Deutsche und europäische Lösungen 1918–1960*, Düsseldorf 1993, S. 305–322, hier: S. 316.

216 Auch in der Sowjetunion wurde in den fünfziger Jahren der großformatige Wohnungsbau stärker als früher gefördert. Ursynów wies schließlich Wohnungen für 180.000 Einwohner auf.

217 Albrecht Martiny, S. 29.

218 Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts wurden in der UdSSR rund 800 neue Städte gebaut. *Meller*, S. 126.

219 Allerdings gab und gibt es beachtliche Unterschiede in der Mieterzusammensetzung. Im Speckgürtel Hamburgs sah es beispielsweise auch in Mehrfamilienwohnungen ganz anders aus. Siehe dazu das laufende DFG-Projekt von Meik Woyke, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg.

220 Siehe für Hannover-Vahrenheide z. B. *Heiko Geiling*, Die Stadt in der Region – Probleme sozialer Integration in Hannover, in: *Barbara Zibell* (Hrsg.), *Zur Zukunft des Raumes. Perspektiven für Stadt – Region – Kultur – Landschaft*, Frankfurt/Main 2003, S. 119–134, hier: S. 125–128; zur Wohnsituation siehe auch *Detlev Ipsen*, Wohnsituation und Wohninteresse ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Leviathan* 6 (1978) H. 4, S. 558–573, hier: S. 564.

»soziale Stadt« proklamiert wurde. Ziel war es, den sichtbar werdenden Exklusionsprozessen in den Städten Einhalt zu gebieten und vor allem der »Verfestigung von getrennten Räumen für Migranten und Deutsche politisch entgegen[zusteuern«. <sup>221</sup> In Frankreich haben Gegensteuerungen allerdings offensichtlich nicht ausgereicht, um schwere Unruhen im Herbst 2005 zu vermeiden. <sup>222</sup>

Eine andere Art von Gegensteuerung bezieht sich auf die Fragmentierung der suburbanen Stadtregion, die durch kleinteilige Siedlungen in Form von Einfamilienhäusern vor allem seit den 1970er Jahren verursacht worden ist <sup>223</sup> – gefolgt von Dienstleistungsunternehmen aller Art. In den diesbezüglichen aktuellen Diskursen sind zwei Richtungen erkennbar: zum einen das Bestreben, auf marktorientierte, weitgehend deregulierte Agglomerationen zu setzen, zum anderen die Forderung nach einer planerischen Gestaltung der Region zu erheben. Angepeilt wird von den auf planerische Gestaltung ausgerichteten Akteuren ein durch öffentlichen Personennahverkehr abgestütztes *Netzstadt*-System, bei dem die ganze Region als Neue Stadt konzipiert wird. Bei der Planung von Netz-Stadt-Regionen geht es in einem ersten Schritt darum, den bisherigen Suburbanisierungsprozess als Gegebenheit zu akzeptieren und – in einem zweiten Schritt – intensiv für eine partizipatorisch abgesicherte Raumgestaltungspolitik einzutreten. <sup>224</sup> Die Formung der Stadtregion, verstanden als Gegensteuerung zu allein marktgetriebenen Prozessen, wird als eine Aufgabe begriffen, die sich seit den 1980er Jahren verstärkt gestellt, bisher jedoch noch zu keinen befriedigenden Ergebnissen geführt habe. Als Ziel gelte – nach wie vor in Abgrenzung zur US-amerikanischen Entwicklung – die weitmögliche Konzentration der Suburbanisierung entlang der Achsen des Öffentlichen Personennahverkehrs und der »Zwischenstädte«. <sup>225</sup> Ziel der aktuellen Bestrebungen ist es, eine polyzentrische Netzstadtregion zu schaffen. <sup>226</sup>

### 3. Soziale Dispersion

Sicherlich ist die sozialräumliche Zusammenballung von sozialen Problemgruppen ein altes Phänomen, das den ganzen Urbanisierungsprozess des 19. und 20. Jahrhunderts begleitet hat. Doch typisch für viele europäische Städte ist auch, zu versuchen, den Prozess vorher zu stoppen. Das lässt sich unter anderem an der Stadterneuerungspolitik des 19. und 20. Jahrhunderts erkennen. Ein bekanntes Beispiel ist die Zerstörung von Arbeitervierteln in der Pariser Innenstadt unter dem Präfekten der Seine, Georges-Eugene Hausmann, in den 1850er Jahren, um Platz für die großen Straßenzüge zu gewinnen, die fortan das moderne Paris repräsentierten. Die Bildung neuer Arbeiterviertel versuchte man

221 Das Programm ist noch heute aktuell. Vgl. Eberhard Mühlich/Ulrich Pfeiffer, Auf dem Weg zur sozialen Stadt, in: FR v. 1.4.2003, S. 7.

222 Ohne einer Sozialromantik zu verfallen, ist anzunehmen, dass durch das Wohnen in niedrigstockigen Häusern eine gewisse Bodenhaftung der Bewohner erreicht wird, welche den aus ländlichen Kulturen stammenden, eher armen Einwanderern die Ausformung von Subkulturen erleichterte, im Unterschied zu den großen, hohen Wohnblöcken, die schnell Kommunikationsblockaden auslösten. Untersuchungen haben ergeben, dass selbst primitive flach geschos-sige Notsiedlungen ein größeres Selbsthilfepotenzial freisetzen, als dies in kompakten Hochhaussiedlungen der Fall sei.

223 Leo van den Berg/Rod Drewett/Leo H. Klaassen, Urban Europe. A Study of Growth and Decline, Bd. 1, Oxford 1982, S. XXII.

224 Zu denken ist in diesem Zusammenhang an das Projekt Rhein-Neckar-Raum, das Ruhrgebiet und die Stadtregion Hannover mit eigenem Regionsparlament.

225 Zum Begriff der Zwischenstadt siehe Thomas Sieverts, Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig etc. 1997.

226 Dazu siehe u. a. Axel Prieb, Suburbane Siedlungsflächen: Wucherung oder gestaltbare Stadt-region?, in: von Saldern, Stadt und Kommunikation (i. E.).

durch Dispersion zu vereiteln. Zur Verdrängung der *classes dangereuses* aus den innerstädtischen »Zonen der Transition« (*Chicago School*<sup>227</sup>) kam es eine Generation später in allen europäischen Städten, und zwar im Zuge der City-Bildung. Der Beginn fällt meist auf die 1880er Jahre und die weitere Entwicklung vollzog sich im 20. Jahrhundert teils schrittweise, teils schubweise, je nachdem wie stark der Druck aus Wirtschaft und Verwaltung war, geeignete Raumflächen in den Innenstädten zu erwerben, was oftmals zum Abriss älteren Wohnbestandes führte.<sup>228</sup> Die auf diese Art zum Umzug gezwungenen Menschen wurden häufig aus ihren Sozialbeziehungen herausgerissen.

Ähnliche Vorgänge der Dispersion spielten sich im Zuge der Slum-Sanierungen ab, die seit den späten Vorkriegsjahren sowie vor allem in der Zwischenkriegszeit in vielen europäischen Ländern in Angriff genommen wurde, etwa in England, in Italien oder im Nazi-Deutschland. Dabei wurden die Altbauten mit schlechter Bausubstanz, armer Wohnbevölkerung und niedriger Rendite abgerissen und stattdessen Geschäftshäuser oder rentable Wohnstätten für ein zahlungskräftiges Klientel gebaut.<sup>229</sup> Die verdrängten Bewohner und Bewohnerinnen verteilten sich dann meist auf verschiedene Viertel und gingen ihren bisherigen quartierlichen Netzwerken verlustig, wie nicht zuletzt aus England überliefert ist.<sup>230</sup> Doch es konnte auch anders kommen: So wanderten die Verdrängten, wie in Rom, an die Außenperipherie in billige Bauten ab<sup>231</sup>, im Nazi-Deutschland wurden Personen, denen »Asozialität«, womöglich noch verbunden mit kommunistischen Neigungen, nachgesagt wurde, u. U. sogar in Arbeitslager oder in Konzentrationslager eingewiesen.

Während die innerstädtischen Slum-Beseitigungen auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt wurde, vollzog sich seit den (späten) 1970er Jahren ein weiterer Austausch von Mietern durch die sogenannte *gentrification*. Dabei ging es um die Modernisierung alter, meist aus dem 19. Jahrhundert stammender Häuser im Stil des Neohistorismus, die eine Aufwertung der Wohnungen und Quartiere nach sich zog. Eine solche *urban renaissance* gab es auch in Großbritannien unter *New Labour*, wie *Claire Colomb* in ihrem Beitrag ausführt. Die Aufwertung innerstädtischer Wohnquartiere, die kulturelle Neueinschätzung historischer Gebäude, der Aufschwung des Denkmalschutzes, die Favourisierung des Erwerbs von Eigentumswohnungen, die steuerlich günstigen Abschreibungsmöglichkeiten in Deutschland: das alles führte früher oder später zu einem Austausch der Bewohnerschaft. Für die verdrängten Menschen bedeutete die Aufwertung der Häuser oftmals ein Einschnitt in ihre teils langjährigen Sozialraumbeziehungen, die manche als besondere Form der Enteignung angesehen haben mögen.<sup>232</sup> In vielen Fällen landeten bzw. strandeten sie mangels Alternativen in Wohnungen am Stadtrand. Die als Dispersion und Segregation wahrgenommenen sozialräumlichen Verdrängungen konnten bei den Betroffenen den Eindruck hervorrufen, dass sie Opfer einer Exklusionspolitik geworden wa-

227 Siehe die zonale Stadtaufteilung nach Burgess.

228 *Agnieszka Zablocka-Kos*, Wohnen in der City. Die Breslauer Altstadt im 19. Jahrhundert, in: *Janatkowá/Kozińska-Witt*, S. 77–89.

229 Die DDR schlug Maßnahmen der Dispersion dann ein, wenn es galt, sogenannte asoziale Milieus durch »Umsetzung« zu zerschlagen. *Sven Korzilius*, »Asoziale« und »Parasiten« im Recht der SBZ/DDR. Randgruppen im Sozialismus zwischen Repression und Ausgrenzung, Köln etc. 2005, S. 530 f.

230 *Waller*, S. 284.

231 *Harlander*, Notwohnen und Selbsthilfe, S. 76 ff.

232 Solche Verdrängungsprozesse zu Gunsten der neuen Eliten vollzogen sich auch in postsozialistischen Städten, etwa in Moskau. *Lichtenberger*, S. 89. Eine neue Form der Entwertung von Wohnarealen war seit der »Wende« von 1989/90 in ostdeutschen Städten durch die zunehmende Entvölkerung zu verzeichnen. Seit der Jahrtausendwende wurde die Entwertung der Areale durch leerstehende Wohnungen infolge des Wegzugs vieler arbeitslos gewordener Menschen hervorgerufen. Die »schrumpfenden Städte« geben einen aktuellen Diskussionsstoff ab.

ren. Auch *Claire Colomb* arbeitet in ihrem Beitrag über die *urban renaissance* in Großbritannien deren Ambivalenz heraus und betont die mit der Konstruktion einer urbanen Idylle verbundene Fragmentierung und Polarisierung.

Als Zwischenfazit ist festzuhalten, dass – in einem Zeitraffer gesehen – die Stadt einer ständigen Veränderung unterworfen war (und ist), dass Räume dauernd auf- und abgewertet wurden und als Ursache, Ausdruck oder Folge dieser Veränderungen die jeweiligen Bewohner und Bewohnerinnen ebenfalls auf- bzw. abgewertet wurden. Exkludierende räumliche Verdrängungen und Zusammendrängungen von sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen gehören zur europäischen Stadtgeschichte genauso wie Versuche der integrationsorientierten Gegensteuerung, was zu Unterschieden im Vergleich zur vorrangig marktorientierten US-amerikanischen Stadtgeschichte führt.<sup>233</sup>

#### VI. EXKLUSION UND KONTROLLE. ZUR STÄDTISCHEN SAUBERKEITS- UND SICHERHEITSPOLITIK GEGENÜBER ›UNLIEBSAMEN PERSONENGRUPPEN‹

Zur Stadtpolitik gehörte von jeher der Umgang mit ›unliebsamen Personengruppen‹, die angeblich ein schlechtes Licht auf die Stadt warfen, für »ehrsame« Bürger und Bürgerinnen einen »Stein des Anstoßes« darstellten und die Sicherheitsfrage virulent werden ließen. Wer zu den ›unliebsamen Personengruppen‹ gezählt wurde, war unterschiedlich. Vielfach wurden gesamtgesellschaftliche Probleme auf diese Art personifiziert und auf die ›unliebsamen Personengruppen‹ projiziert. Wie *Jan Philipp Altenburger* in seinem Beitrag schreibt, wurden in der populären Berichterstattung über Städte solche Personengruppen stereotypisiert. Die dabei vorgenommenen Zuschreibungen waren zwar vielgestaltig, doch kam dem Sicherheits- und Sauberkeitsdenken, das in einem breiten gesellschaftlichen Diskurszusammenhang eingebettet war<sup>234</sup>, eine besondere Rolle zu.<sup>235</sup> Solche Konstanten sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Umgang mit ›unliebsamen Personengruppen‹ historisch zu verorten ist, dass die jeweilige Landes- und Stadtpolitik in den verschiedenen Phasen in einem breiten Handlungsfeld angesiedelt war, welches von zwei Polen – dem toleranten Nebeneinanderleben einerseits und dem illiberalen Wegsperrern andererseits – begrenzt wurde. Die Zuschreibungen und Verfolgungen ›unliebsamer Personengruppen‹ erreichte bekanntlich seinen historischen Tiefpunkt im Rassismus gegenüber Juden und Jüdinnen während der NS-Zeit.

233 Üblicherweise wird auch die Erschließung von Wohnarealen und die Durchführung verschiedener Stadterneuerungsprojekte den *urban developers* überlassen – vergleichbar in etwa mit den deutschen Terraingesellschaften der frühen 1870er Jahre und mit bestimmten aktuellen Trends.

234 Dazu gehörte vor allem die Durchsetzung von erhöhten Sauberkeitsvorstellungen im häuslichen Alltag, vor allem in den Neubausiedlungen der 1920er Jahre. Für Birmingham-Kingstanding siehe *Meller*, S. 242; für den deutschen politisch polyvalenten Diskurszusammenhang siehe *Adelheid von Saldern*, »Wie säubere ich einen Linoleumboden?« Ein Beitrag zur Alltags- und Gesellschaftsgeschichte der Zwanziger Jahre, in: *Berliner Geschichtswerkstatt* (Hrsg.), Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte, Münster 1994, S. 235–253.

235 Zur Bedeutung der Sicherheit in Großstädten siehe den Sammelband von *Martin Dinges/Fritz Sack* (Hrsg.), Unsichere Großstädte? Vom Mittelalter bis zur Postmoderne, Konstanz 2000; zur Sauberkeits- und Sicherheitsidee im sozialistischen Kontext siehe *Stephen V. Bittner*, Green Cities and Orderly Streets. Space and Culture in Moscow 1928–1933, in: *Journal of Urban History* 25 (1998), S. 22–56, hier: S. 47 f., S. 51 f.

## I. Prostituierte, Bettler, Vagabunden und ›Asoziale‹

›Unliebsame Personengruppen‹ haben häufig ihren Ort innerhalb der Stadt, der deshalb ebenso oft als gefährlich galt. Zu erinnern ist an die Kämpfe um den Ort der *Prostitution*. In den Diskursen über die »käuferlichen Frauen«, die im ganzen 19. Jahrhundert schubweise sehr intensiv geführt wurden, ging es stets um die Frage, wie die Prostitution am besten geregelt werden sollte. Ziel der Ordnungshüter war es, durch strenge Kontrolle dafür zu sorgen, dass Prostituierte »sauber«, das heißt gesund und exkludiert blieben. Zumindest sollte der innerstädtische Raum frei von Dirnen gehalten werden.<sup>236</sup> Verlangt wurde ferner die amtsärztliche Einschreibung der Frauen, ihre damit verbundene, turnusmäßige, zwangsweise medizinische Untersuchung als Möglichkeit einer totalen Kontrolle.<sup>237</sup> Überall wurde dementsprechend Prostitution lokalisiert, wurden bestimmte »Dirnenstraßen« eingerichtet und Prostituierte teilweise, wie in Hamburg, auch in Form von Bordellen kaserniert.<sup>238</sup> In Berlin konzentrierte sich die Prostitution zwangsweise auf den bereits kriminalisierten Stadtraum, in Paris bemühte sich die Polizei, die Dirnenwohnungen in Arbeiter- und Armenvierteln zu konzentrieren.<sup>239</sup> Dadurch verbreiterte sich das Stigma der Unsittlichkeit auf die Unterschichten, und die Polizei erhielt die Möglichkeit, die Quartiere insgesamt häufiger zu kontrollieren.<sup>240</sup> Obwohl die Polizei versuchte, die Prostituierten von den »ehrbaren Frauen« sozialräumlich zu trennen, gerieten alleingehende Frauen ohne männliche Begleitung in einen Generalverdacht.<sup>241</sup> Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die besonders im 19. Jahrhundert wirksame geschlechterspezifische Kodierung städtischer Räume, die sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts abschwächte ohne ganz wegzufallen.<sup>242</sup>

236 Vgl. hierzu *Frank*, Stadtplanung; *Lindenberger*, S. 69; vgl. auch für Wien und Budapest *Susan Zimmermann*, ›Making a living from disgrace‹: the politics of prostitution, female poverty and urban gender codes in Budapest and Vienna, 1860–1920, in: *Malcolm Gee/Tim Kirk/Jill Steward* (Hrsg.), *The City in Central Europe. Culture and Society from 1800 to the Present*, Cambridge 1999, S. 175–197.

237 *Regina Schulte*, Sperrbezirke. Tugendhaftigkeit und Prostitution in der bürgerlichen Welt, Frankfurt/Main 1979, S. 176 f. England verließ seine liberale Politiklinie mit den während der 1860er Jahre erlassenen *Contagious Diseases Acts*. *Judith R. Walkowitz*, *Prostitution and Victorian Society: Women, Class, and the State*, Cambridge 1980, Teil 2, S. 67–148. Diese Gesetze sahen für die Prostituierten strenge Kontrollmaßnahmen und bei Zuwiderhandlungen temporäre Kasernierung vor. Die Ansteckung eines Mannes durch eine Prostituierte wurde nunmehr als Verbrechen der Prostituierten angesehen. Diese *Acts* konnten jedoch in den folgenden Dezennien durch christlich orientierte Frauenrechtlerinnen, die den Opfercharakter der Prostituierten öffentlich wirksam betonten, konterkariert werden. *Frank*, Stadtplanung, S. 169.

238 *Schulte*, S. 176. In Deutschland verbot das Strafgesetzbuch des Kaiserreichs durch den § 180 RStGB allerdings an sich jegliche Art von Kuppelei und organisierter Bordellwirtschaft.

239 *Schulte*, S. 181; *Frank*, Stadtplanung, S. 155. Es handelte sich vor allem um die *Ile de la cité*.

240 *Frank*, Stadtplanung, S. 159; *Sabine Kienitz*, Die Straße – ein Ort der Moral? Die Karlsruher Bordellgasse und der öffentliche Diskurs über Prostitution im Kaiserreich, in: *Hans-Jürgen Hohm* (Hrsg.), *Straße und Straßenkultur. Interdisziplinäre Beobachtungen eines öffentlichen Sozialraumes in der fortgeschrittenen Moderne*, Konstanz 1997, S. 175–194, hier: S. 175.

241 In Berlin wurden von März 1900 bis März 1901 immerhin 1.689 Frauen unter dem Verdacht der heimlichen Prostitution arretiert, darunter in zahlreichen Fällen wohl unbegründet, in: *Frank*, Stadtplanung, S. 178.

242 Siehe u. a., *Judith R. Walkowitz*, *City of dreadful delight: narratives of sexual danger in late-Victorian London*, Chicago 1992; *Kristine B. Miranne/Alma H. Young* (Hrsg.), *Gendering the City: women, boundaries, and visions of urban life*, Lanham, Maryland 2000; *Kerstin Dörhöfer/Ulla Terlinden* (Hrsg.), *Verbaute Räume. Auswirkungen von Architektur und Stadtplanung auf das Leben von Frauen*, Köln 1987; *dies.*, *Verortungen. Geschlechterverhältnisse und Raumstrukturen*, Basel etc. 1998; *Ulla Terlinden*, *City and Gender. International Discourse on Gender, Urbanism and Architecture*, Opladen 2003; allg.: *Löw*, *Raumsoziologie*, passim.

Die Freihaltung des zentral gelegenen Straßenraums von »unliebsamen Personen« betraf nicht nur Prostituierte, sondern auch jene Gruppen, die gerne als »Abschaum der Großstadt« gekennzeichnet wurden, wie dem Beitrag von *Jan Philipp Altenburg* zu entnehmen ist. Gemeint war damit der Pöbel, zu dem Radaulustige, Strolche, Zuhälter und Verbrecher zählten. Eine eigene Gruppe bildeten hingegen die Bettler und Vagabunden. Viele Kommunen versuchten, auch diese Personengruppen möglichst von den Innenstädten fern zu halten. Der hannoversche Polizeipräsident teilte dem Magistrat am 5. Februar 1900 beispielsweise mit, dass die Schutzmannschaften seit 1894 die Anweisung erhalten hätten, alle Personen, »die auf den Straßen zum Zwecke des Almosensammelns [...] aufgefunden werden [...] unnachsichtlich zur Anzeige zu bringen [...]«<sup>243</sup> Öffentliches Ordnungs- und Sicherheitsdenken mischten sich nicht selten mit rassistischen Vorbehalten, vor allem, wenn es sich um »Zigeuner« handelte. In Hannover liebäugelte der Polizeipräsident um 1900 sogar mit einer Internierung dieser Personengruppen.<sup>244</sup>

Solche Personengruppen verschwanden samt und sonders in der NS-Zeit und landeten meist in Arbeitslagern oder im KZ. »Zigeuner« wurden schließlich während des Krieges umgebracht. Die Säuberung des Straßenbilds von allen »zwielichtigen« Elementen machte auf viele nicht-verfolgte Deutsche einen durchaus positiven Eindruck, weil sie darin sinnlich erfahrbare Symbole von Sauberkeit und Ordnung sahen. Die Exklusion der Betroffenen und ihre Behandlung waren in der Regel nicht direkt wahrnehmbar. So kam es auch bei der Internierung von Bettlern in Wien seit der Neuregelung des Wiener Armenfürsorgerechts im Jahre 1935 zu keiner nennenswerten Opposition.<sup>245</sup>

Auch in einer nicht-rassistischen Gesellschaft wie der der DDR blieben alte Zuschreibungsmuster und Begrifflichkeiten aus dem Arsenal der Exklusion, wie »Asoziale«, »Arbeitsbummelanten« und »Verwahrloste«, erhalten – ebenso wie die verbreitete Auffassung, dass solche Leute als Herd allgemeiner Kriminalität zu gelten hätten. Besonders auffallend ist, dass in der DDR die Gruppe der »Asozialen« in den 1960er Jahren auf »Gammler« und Beatgruppen ausgeweitet wurde.<sup>246</sup> Diese wurden sogar in die Nähe von Staatsfeinden platziert, aus dem Straßenbild entfernt, mit Aufenthaltsbeschränkungen oder gar durch Freiheitsentzug und Einweisung in ein Arbeitslager bestraft.<sup>247</sup> Alte Mentalitätsmuster, die in der deutschen Gesellschaft eine lange Tradition hatten, wirkten offensichtlich auch in der DDR nach. Und wie in anderen modernen Gesellschaften diente die ebenfalls vorgenommene feingliedrige Kategorisierung dazu, die »Besserungsfähigen« von den »Unverbesserlichen« zu unterscheiden.<sup>248</sup> Doch auch in der Bundesrepublik konnten noch bis Mitte der 1950er Jahre »unliebsame Personen« auf Grund eines Gesetzes, das die Nationalsozialisten erlassen hatten (§§ 361, 42 StGB), unbefristet in einem Arbeitshaus untergebracht werden.<sup>249</sup> Erst Mitte der 1950er Jahre wurde die Einweisung

243 Zit. in: *Ines Katenhusen*, »Die Herzader der Stadt«. Die Geschichte der Georgsstraße, in: *Adelheid von Saldern/Sid Auffarth* (Hrsg.), *Wochenend und schöner Schein. Freizeit und modernes Leben in den 1920er Jahren. Das Beispiel Hannover*, Berlin 1991, S. 131–141, hier: S. 136.

244 Ebd.

245 Zumindest wird nichts von Opposition berichtet. Allerdings war Opposition im »Ständestaat« schon schwierig geworden. *Gerhard Melinz/Gerhard Unger*, *Wohlfahrt und Krise. Wiener Kommunalpolitik zwischen 1929 und 1938*, Wien 1996, S. 15 f. Es handelte sich um das sogenannte Bettlerbeschäftigungshaus.

246 *Korzilius*, S. 347.

247 Ebd.; vgl. auch: *Sonja Häder*, Selbstbehauptung wider Partei und Staat. Westlicher Einfluss und östliche Eigenständigkeit in den Jugendkulturen jenseits des Eisernen Vorhangs, in: *AfS* 45 (2005), S. 449–476.

248 *Korzilius*, S. 701.

249 Ebd. S. 710.

auf zwei Jahre begrenzt, bis das Bundesverfassungsgericht schließlich Ende der 1960er Jahre das Gesetz völlig aufhob.

## 2. Andersartige Subkulturen

Im Unterschied zur DDR fand in der Bundesrepublik jedoch keine Ausweitung der Gruppe der »Asozialen« statt. Im Gegenteil, die Aufhebung des Gesetzes zur Einweisung stark devianter Personen in geschlossene Anstalten durch das Bundesverfassungsgericht erfolgte zu einer Zeit, in der in den westdeutschen Städten eine kulturelle Toleranz gegenüber »Gammlern« und sonstigen »unliebsamen Personengruppen« eingeübt wurde.<sup>250</sup> Die ältere Generation zeigte sich schockiert über die neuartige Besetzung des öffentlichen Stadtraums durch »Gammler« und über andere sich ungewöhnlich gebärdende Jugendliche. Sie musste einen toleranten Umgang mit ihnen erst mühsam erlernen. Denn eine solche herausfordernde Raumnutzung war zumindest in West-Deutschland auch an die Überwindung »autoritärer Verhaltensmuster« gebunden.<sup>251</sup> Die Zuversicht, dass Selbststeuerungskräfte (Elias) und vernunftorientiertes Handeln der Individuen eine Lockerung des alltäglich zu erfahrenden Regelsystems erlaubten, wuchs damals, gestützt durch einen Generationenwechsel bei den Funktionseliten, in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß und schuf neue Freiheiten für jene, die in gewaltloser Form in aller Öffentlichkeit »aus der Rolle fallen« wollten, besonders sogenannte »Gammler« und Hippies, die nach eigener Definition unter anderem lustvoll Drogen konsumierten.<sup>252</sup> Die neue Haschisch-Drogenszene solcher Jugendlichen breitete sich auf öffentlichen Plätzen, in Straßen und Parks aus;<sup>253</sup> sie markierte kulturelle Absonderung, die symbolische Repräsentation von Andersartigkeit und eine oftmals spielerisch zur Schau gestellte Grenzüberschreitung und Skandalinszenierung.<sup>254</sup> Ihre kulturellen Produkt- und Praxisformen, die oftmals selbst-exkludierenden Gruppenzielen dienten und teilweise auf den Ausbau von Gegenwelten ausgerichtet waren, wurden allerdings immer wieder durch zirkuläre massenkonsumptive und massenmediale Vermarktungsprozesse in die Gesellschaft »zurückgeholt«.

Da jedoch die Trendwende schon seit den mittleren 1970er Jahren mit einem bis heute währenden tiefgreifenden sozioökonomischen und kulturellen Umbruch der Industriegesellschaft einherging, versagten die ordnungsbezogenen Selbststeuerungskräfte bei den vielen Verlierern der Modernisierungsschübe in allen europäischen Städten und darüber hinaus. Der zudem oftmals entwertete und enteignete oder für die Menschen beziehungslos und unwirtlich gemachte stadtpflichtige Raum sowie die zunehmende Arbeitslosigkeit und der Mangel an Ausbildungsplätzen gaben (und geben) den Drogenkonsumieren-

250 Das galt auch für die bis dahin weithin übliche Exklusion der Homosexuellen, die in der NS-Zeit unter der Verfolgung beträchtlich gelitten hatten.

251 *Helmut Bott*, Stadt-Schichten, in: *ders.* u. a., Stadt und Kommunikation, S. 101–114, hier: S. 104.

252 Zum Hintergrund siehe *Detlef Briesen*, Drogenkonsum und Drogenpolitik in Deutschland und den USA. Ein historischer Vergleich, Frankfurt/Main etc. 2005, S. 291 f. Zum Drogengebrauch Cannabis und LSD in Großbritannien siehe *Jonathon Green*, All Dressed Up. The Sixties and the Counterculture, London 1999, Kapitel 9.

253 *Klaus Weinbauer*, The End of Certainties. Drug Consumption and Youth Delinquency in West Germany, in: *Axel Schildt/Detlef Siegfried* (Hrsg.), Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980, New York etc. 2006, S. 376–398, hier: S. 382; *Robert P. Stephens*, Drugs, Consumption, and Internationalization in Hamburg 1960–1968, in: *David F. Crew* (Hrsg.), Consuming Germany in the Cold War, Oxford 2003, S. 179–206. Für die Staaten des Warschauer Pakts: *Häder*, passim.

254 Hinsichtlich des Drogenkonsums und des Drogendiskurses in der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg siehe *Jakob Tanner*, Rauschgiftgefahr und Revolutionstrauma: Drogenkonsum und Betäubungsmittelgesetzgebung in der Schweiz in den 1920er Jahren, in: *Brändli*, S. 397–418.

den das Profil der Perspektivlosigkeit. Dazu gehör(t)en Gewaltbereitschaft und Gewaltpraktiken aller Art.<sup>255</sup> Aus Sicht von Ordnungshütern und Teilen der Öffentlichkeit schien der Übergang zu Kriminalität und staatsfeindlicher Gewalt fließend zu sein.<sup>256</sup> Eine Intensivierung der sozialen Kontrolle und die stärkere Überwachung des öffentlichen Stadtraums durch Videokameras, vor allem in englischen Städten, waren die Folge; dadurch wurden Freiheitsrechte zu Gunsten von Sauberkeit und Sicherheit eingeschränkt. Hier zeigt sich die Ambivalenz aller auf den öffentlichen städtischen Raum gerichteten Sicherheits- und Ordnungspolitik, die sich wegen der Gefährdung durch den Terrorismus von innen (in Deutschland durch die RAF) und später auch von außen stark vergrößert hatte. Vielen mag eine (ummauerte) neotraditionalistische Stadt bereits als wünschenswertes Zukunftsmodell einer sauberen und sicheren Örtlichkeit erscheinen.<sup>257</sup>

Zu solchen Orten im Stadtraum bzw. am Stadtrand avancierten bisher in europäischen und US-amerikanischen Stadtgebieten vor allem die zahlreichen neuen Passagen und Einkaufsmalls. Hierbei wurde öffentlicher Raum in halböffentlichen Raum umgewandelt und mit privaten Sicherheitskräften vor verdächtig erscheinenden Personen, die prophylaktisch ausgeschlossen werden, geschützt. Eine solche Schutz- und Sauberkeitspolitik vollzog sich auch auf deutschen Bahnhöfen vor allem mit den Mitteln der Raumgestaltung: So wurden sämtliche Sitze in Wartebereichen abgerundet, um unerwünschtes Liegen von Obdachlosen oder »Gammlern« zu verhindern, und die offenen Gastronomiebetriebe, die die alten Gaststätten ablösten, wurden ganz und gar auf den modernen, eiligen und disziplinierten Gast eingestellt.<sup>258</sup> Die damit einhergehende sozialräumliche Verdrängung unangepasster Randgruppen aus dem Gesichtskreis im Alltag der Städte verstärkt die ohnehin vorhandenen Tendenzen zur mentalen Ausgrenzung solcher Gruppen und die Einbildung, dass es eine saubere und sichere Stadt geben könne – und solle.

### 3. »Kriminelle Gegenwelt«

Wie *Jan Philipp Altenburg* in seinem Beitrag ausführt, wurde die »kriminelle Gegenwelt« in den populären Berichten über die Städte des 19. Jahrhunderts oft thematisiert und als deren dunkle Seite etikettiert. Die davon ausgehende negative Faszination auf die LeserInnen wurde immer wieder mit Hinweisen konterkariert, dass die Ordnungshüter ihrer Kontrollpflicht schließlich meist erfolgreich nachkämen. Dass dies jedoch primär einem Schablonendenken über großstädtische Realitäten entsprang, lässt sich am besten mit Blick auf das Gangstertum zeigen, das im Zuge des Prohibitionsgesetzes in den amerikanischen Städten aufblühte und im Beitrag von *Thomas Welskopp* untersucht wird.

Das Zustandekommen der Prohibitionsgesetze hatte einen die Unsicherheiten der amerikanischen Gesellschaft kennzeichnenden Vorlauf, indem alle sittlich-urbanen Probleme, die die Modernisierung und Urbanisierung mit sich brachte, dem Alkohol zugeschrieben wurden und dabei tiefsitzende Ängste der »weißen« Mittelschichten gegenüber den »Schwarzen« und den Immigranten erfolgreich mobilisiert werden konnten.<sup>259</sup> Nach Einführung der Prohibitionsgesetze wurde für viele Menschen deren Nichtbefolgung aller-

255 *Manuel Eisner*, Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen von Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz, Frankfurt/Main etc. 1997, S. 278.

256 *Weinhauer*, S. 382.

257 *Harald Bodenschatz*, Alte Stadt – neu gebaut, in: *Die Alte Stadt* 25 (1998), H. 4, S. 299–317, insb. S. 314 f.

258 Zu dieser Politik der Verdrängung gehört auch die Errichtung schmaler Treppen, wo immer dies möglich ist. So wurde im Jahre 2006 die breite Treppe, die vom Hannoverschen Bahnhofsvorplatz in die tiefer liegende Pasarelle führte, durch eine ganz schmale Treppe ersetzt. Der erwünschte Erfolg trat ein: Die biertrinkenden »Gammler« verschwanden.

259 Dazu siehe schon *Andrew Sinclair*, Prohibition. The Era of Excess, Boston etc. 1962.

dings zur Regel. Das war die Basis, um – wie *Welskopp* ausführt – eine lebendige illegale Subkultur in den Städten entstehen zu lassen, in der die neue Einwandererbevolkerung vor allem als *bootleggers* und Betreiber von *speakeasies* eine namhafte Rolle spielte und für die (klein)kriminellen Aktivitäten der jugendlichen *street corner gangs* das *juste milieu* schufen. Je länger die Prohibitionsgesetze währten, desto mehr professionalisierte sich die Kriminalität und industrialisierte sich die Schattenwirtschaft. Medial durch zahlreiche spannende Krimis in einem wahrhaft transnationalen Rahmen einprägsam vermittelt, konnte sich dieses stark hierarchisierte, männlich besetzte Gangster-Submilieu im kulturellen Gedächtnis der Menschen des 20. Jahrhunderts bestens verankern, wobei sich Realität und Phantasie stark vermischt haben. Für die Ordnungshüter, die selbst in so manchen Schmuggelfall verwickelt waren, ging es um die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung in der Stadt, die zeitweise aus ihren Händen zu gleiten drohte, da zu viele Menschen in der einen oder anderen Weise an der Übertretung dieses Gesetzes interessiert waren – ein Paradebeispiel für Wirkungsgrenzen von Gesetzen, die dann sichtbar werden, wenn sie zu stark in die Alltagsgewohnheiten eingreifen und dabei nicht von einer gesellschaftlichen Mehrheit mitgetragen oder zumindest toleriert werden.

#### 4. Rassistisch motivierte Exklusion

Auch die Verdrängung der Juden und Jüdinnen aus dem Stadtraum griff stark in die Alltagsgewohnheiten der Menschen ein, doch hierbei konnte die Aufrechterhaltung der Ordnung gewahrt bleiben, weil zu viele Menschen diesen Selektionsprozess mehr oder weniger akzeptierten oder sogar mitbetrieben. Schubweise und in den einzelnen Städten ungleichzeitig erfolgte der Ausschluss der zur »unliebsamen Personengruppe« erklärten Juden und Jüdinnen aus Restaurants, Schwimmbädern, Kinos, Theaterräumen und Parks.<sup>260</sup> Dass Schilder wie »Bettler unerwünscht« schon längst im mentalen Haushalt der meisten Menschen positiv verankert waren, mag die Akzeptanz der vielen Schilder, auf denen stand, dass nun auch Juden unerwünscht seien, bei zahlreichen »arischen« Deutschen gefördert haben.<sup>261</sup> Jedenfalls konnte der Sozialraum für Juden und Jüdinnen in den Städten relativ problemlos schrittweise verringert werden, und zwar schon lange bevor 1941 das Tragen des Judensterns zur Pflicht wurde. An Hand dieses sich über rund sieben Jahre hinziehenden Prozesses der Exklusion kann exemplarisch aufgezeigt werden, dass die sozialräumliche Segregation mit einem Ausschluss der Juden und Jüdinnen aus allen anderen Teilsystemen parallel laufen und ineinander greifen »musste«, um den gewünschten Effekt der totalen Exklusion zu erzielen. Die alltägliche Exklusion war zudem beim näheren Hinsehen ein äußerst komplexer Vorgang, an dem sich zahlreiche Menschen beteiligten. Juden und vor allem Jüdinnen, die nicht dem Stereotyp des »jüdischen Menschen« ähnelten, versuchten allerdings die Einschränkungen auch immer mal wieder zu unterlaufen, um sich nicht ganz aus den zentralen Stadträumen vertrieben zu sehen. Vielfach bedurfte es offenbar auf »beiden Seiten« einer nicht immer leichten »Einübung« in die Pra-

260 Dazu siehe *Robert Willingham*, *Jews in Leipzig: Nationality and Community in the 20th century*, Dissertation, University of Texas/Austin 2005 (noch unveröffentlicht); *Joachim Schlör*, *Das Ich der Stadt. Debatten über Judentum und Urbanität 1822–1938*, Göttingen 2005, S. 437–465. Zur Situation der Juden und Jüdinnen in Städten der Weimarer Zeit siehe am Beispiel Köln *Nicola Wenge*, *Integration und Ausgrenzung in der städtischen Gesellschaft. Eine jüdisch-nichtjüdische Beziehungsgeschichte Kölns 1918–1933*, Mainz 2005; *Till von Rahden*, *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925*, Göttingen 2000.

261 *Andrew Stuart Bergerson*, *Ordinary Germans in Extraordinary Times. The Nazi Revolution in Hildesheim, Bloomington etc.* 2004.

xis der Exklusion und des Exkludiertwerdens.<sup>262</sup> Vertraute und weithin akzeptierte Diskursfragmente, etwa über die Sauberkeit der Städte und damit der Gesellschaft, erleichterte es vielen »Ariern«, der ebenfalls als »Reinigung« stilisierten Exklusion der Juden und Jüdinnen aus der Stadtgesellschaft zuzustimmen oder sie selbst voranzutreiben. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Juden und Jüdinnen in der letzten Zeit vor ihrer Deportation aus deutschen Städten in »normal« aussehenden Häusern, den sogenannten Judenhäusern, untergebracht wurden. Zwar konnten die nicht-verfolgten Deutschen die unmenschlichen Lebensverhältnisse ihrer Mitbürger und Mitbürgerinnen von außen nicht ohne weiteres wahrnehmen, aber sie konnten wissen, was sich hinter den Mauern der Häuser abspielte.<sup>263</sup>

Die schrittweise Exklusion der Juden und Jüdinnen aus den Stadträumen führte bekanntlich zum Aufbau einer jüdischen Parallelgesellschaft par excellence, wie sie die neuere Geschichte bis dahin nicht kannte. Unter dem Zwang der Verhältnisse übernahmen jüdische Organisationen, soweit es ihnen möglich war, die gesamte Daseinsvorsorge »von der Wiege bis zur Bahre«. An sich wurde der Ausdruck »von der Wiege bis zur Bahre« für die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Infrastruktur der späten Kaiserzeit verwendet, doch zeigt ein Vergleich die großen Unterschiede: Die Parallelgesellschaft der Sozialdemokraten war »lediglich« in Teilbereichen, vor allem auf kulturellem Gebiet und im Freizeitbereich, ausgeprägt, während ansonsten (sozialdemokratische) Arbeiter zur Stadtgesellschaft, genauer: zur klassengesellschaftlich organisierten Stadt, gehörten (negative Integration). Im Unterschied dazu umfasste die Parallelgesellschaft der Juden und Jüdinnen sämtliche Lebensbereiche und dort, wo es noch institutionelle Bezugspunkte zur Mehrheitsgesellschaft gab, etwa bei der Fabrikarbeit nach Kriegsbeginn, basierten diese ebenfalls auf Grundsätzen der totalen Absonderung und Ausgrenzung.

Als Zwischenfazit dieses Kapitels bleibt festzuhalten, dass der Umgang der (Stadt-)Gesellschaft mit »unliebsamen Personengruppen« mehr über die Gesellschaft als über die jeweilige Personengruppe aussagt. Nicht zuletzt deshalb kommt der Erforschung dieses Themenfeldes und ihrer historischen Verortung so viel Gewicht zu. Dabei geht es zum einen um gesellschaftliche Deutungsmuster, Zuschreibungen und Projektionen, zum anderen um den konkreten Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit solchen Personen. Im Ergebnis wird zwar die große Bandbreite der als »unliebsam« eingestuften Gruppen erkennbar, vor allem wenn man Teile der ethnischen Minderheiten hinzurechnet, doch lassen sich zwei gemeinsame Grundzüge erkennen: Armut, verbunden mit einer schwachen sozialen Position, und eine als minderwertig angesehene Andersartigkeit. Da jedoch viele deutsche Juden und Jüdinnen »nur« als »minderwertig« und »andersartig« galten, jedoch nicht arm waren, »mussten« sie – entsprechend dieser sozialen Logik – erst arm gemacht werden, um sie aus der deutschen (Stadt-)Gesellschaft leichter exkludieren zu können, was wiederum der Vorbereitung ihrer Deportation und später ihrer Ermordung »im Osten« dienlich war.<sup>264</sup>

## VII. INTEGRATION DURCH KOMMUNALE KULTUR-, EREIGNIS- UND SYMBOLPOLITIK?

Der Begriff der Integration bezog sich in der »klassischen« Stadtforschung primär auf wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte. Meist sind es also andere Forschungsfragen, bei denen die Kulturpolitik eine Rolle spielte, etwa ihre nationale Einbindung oder ihre

262 Ebd.

263 Es ließen sich noch andere Beispiele des Verbergens von Exkludierten hinter »anständig« aussehenden Gebäuden nennen, etwa die Landeskrankenhäuser, die Obdachlosenunterkünfte, bis hin zu den Vordergebäuden der Mietskasernenanlagen.

264 Die Verelendung der europäischen Juden vor ihrer Ermordung wurde dann in den östlichen Ghettos weiter vorangetrieben.

Spezifika während der verschiedenen politischen Systeme<sup>265</sup> oder ihre Veränderungen bzw. Konstanten in der Auseinandersetzung mit der Moderne<sup>266</sup> und Postmoderne. Doch kann kein Zweifel darüber bestehen, dass städtische Kulturpolitik im Spannungsfeld von Exklusion und Integration angesiedelt ist. Noch vager als bei der Kulturpolitik ist allerdings das Verhältnis zwischen Symbolpolitik und Integration beschaffen. Vergeblich ist alle Suche nach direkten Belegen für integrative Effekte städtischer Symbolpolitik, allenfalls sind Annäherungen durch Deduktionen möglich. Gründe für die Schwierigkeiten des Beweisens liegen vor allem darin, dass etwaige integrative Kräfte in der Regel lediglich im Unterbewusstsein wirksam werden, präfigurierter Dispositionen bedürfen und zudem vom Ausmaß anderer Integrationskräfte abhängen.

### 1. Städtische Kulturpolitik

Städtische Kulturpolitik hat in der Forschung lange Zeit nicht die Aufmerksamkeit erfahren, die sie eigentlich verdient. Das scheint sich jedoch gerade in letzter Zeit geändert zu haben.<sup>267</sup> Gefragt wird in unserem Zusammenhang nach der Vergesellschaftungsfunktion städtischer Kulturpolitik, insbesondere unter dem Aspekt der Integration weiter Teile der Bevölkerung.<sup>268</sup>

Der Prozess der Kommunalisierung ursprünglich privat organisierter Kultureinrichtungen begann im späten Kaiserreich und setzte sich in großen Schüben in der Weimarer Republik fort.<sup>269</sup> In England wurden Kultureinrichtungen in der Zwischenkriegszeit nicht nur vom nationalen *art council*, sondern auch von den *local authorities* unterstützt, obwohl der größte Anstieg der Subventionen erst in die Dekaden der zweiten Nachkriegszeit fällt.<sup>270</sup> Die deutschen Kommunen übernahmen in den zwanziger Jahren unter dem Einfluss der SPD nach 1918/19 häufig die Theater in ihren Städten und bauten sie zu hoch subventionierten Kulturinstitutionen aus.<sup>271</sup> Der Grund für den Wechsel der Trägerschaft lag zum einen im verringerten zivilgesellschaftlichen Engagement des Bürgertums nach erfolgter Demokratisierung der Stadtpolitik 1918/19 und in den Vermögensverlusten wohlhabender Teile des Bürgertums durch Kriegsanleihen und Hyperinflation. Zum anderen war die Übernahme die Folge sozialdemokratischen Machtgewinns: Die Kommunalisierung der Kultureinrichtungen ist nicht zuletzt im Kontext einer Integrationspolitik durch die Demokratisierung des Kulturzugangs zu sehen: So sollte eine demokratische Kulturpolitik dazu dienen, die hochkulturellen Angebote für die Arbeiterschaft als neues Publikum zu öffnen und auch die Programmgestaltung zu beeinflussen, wie beispiels-

265 Siehe z. B. *Klaus von Beyme*, Kulturpolitik und nationale Identität. Studien zur Kulturpolitik zwischen staatlicher Steuerung und gesellschaftlicher Autonomie, Opladen 1998.

266 Exemplarisch: *Steffen Raßloff*, Flucht in die nationale Volksgemeinschaft. Das Erfurter Bürgertum zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur, Köln etc. 2003, Kapitel VIII.

267 Siehe zum Beispiel das Kapitel über Kulturpolitik in russischen Wolgastädten zur Zarenzeit. *Häfner*, passim.

268 Das ist die zentrale Fragestellung von *Thomas Höpel*, Von der Kunst- zur Kulturpolitik.

269 So wurden beispielsweise in Frankfurt/Main die Rothschildbibliothek 1927, das Theater 1928 und das Opernhaus 1928 kommunalisiert. In Hannover gab es schon seit 1921 die städtischen Bühnen. Zur Kulturpolitik Hannovers siehe *Ines Katenhusen*, Kunst und Politik. Hannovers Auseinandersetzungen mit der Moderne in der Weimarer Republik, Hannover 1998.

270 *Oliver Bennett*, Cultural Policy in the United Kingdom: Collapsing Rationales and the End of a Tradition, in: *European Journal of Cultural Policy* (1995), H. 2, S. 199–216, hier: S. 202.

271 *Konrad Dussel*, Theaterkrise und städtisches Kulturbewusstsein. Das Beispiel des Mannheimer Nationaltheaters in der Weimarer Republik, in: *Schraut, Sylvia*, »... im Bewusstsein hoher Tradition.« Stadtjubiläen im Ruhrgebiet, in: *dies./Bernhard Stier* (Hrsg.), Stadt und Land. Bilder, Inszenierungen und Visionen in Geschichte und Gegenwart. Wolfgang von Hippel zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 275–288.

weise Ines Katenhusen für die hannoversche Kulturpolitik und Thomas Höpel für die Leipziger Kulturpolitik herausgearbeitet haben.<sup>272</sup> Städtische Kulturpolitik avancierte zu einem bedeutsamen Handlungsfeld, vor allem weil der Kulturbegriff nicht mehr allein auf »Hochkultur« und Kunst beschränkt wurde, sondern eine konzeptionelle Erweiterung erfuhr. In den Blick gerieten dabei nicht nur Opern- und Theaterensembles, sondern auch Bibliotheken, Museen, Volkshochschulen, Lehr- und Schulkinos, Kulturhäuser sowie Einrichtungen zur Förderung der Kunst- und Musikausbildung. Diskussions- und Streitpunkte waren damals das Ausmaß des allgemeinen Zugangs zu den Kultureinrichtungen, die Ausweitung kommunalen Engagements in Form von Subventionierung oder kompletter Übernahme der jeweiligen Einrichtungen, die Beziehungen zu den diversen städtgesellschaftlichen, meist männlichen Akteuren, die Pluralisierung des Kulturangebots (inklusive avantgardistischer Richtungen) sowie der Umgang mit den neuen Massenmedien und den Kommerzialisierungstrends.

Thomas Höpel vergleicht in seiner neuen Studie die damalige Kulturpolitik der beiden deutschen Städte Leipzig und Chemnitz mit jener der französischen Städte Lyon und Saint Étienne. In französischen wie deutschen Städten sei es ab 1918/19 zu einer aktiven, auf Integration der Stadtbevölkerung ausgerichteten Kulturpolitik gekommen, für Frankreich stehen allerdings erst die 1930er Jahre, besonders die Volksfront-Phase seit 1936, im Zenit der Entwicklung insbesondere in sogenannten Arbeiterstädten.<sup>273</sup> Die Unterschiede bei der Schwerpunktsetzung städtischer Kulturpolitik seien, so das Ergebnis, beträchtlich gewesen. Das lag nicht zuletzt an der französischen Städteverfassung, die zwar eine stadt-spezifische Politik vorsah, doch mussten alle Entscheidungen vom Präfekten als dem Vertreter der Zentralregierung gebilligt werden. In Lyon sei es in den zwanziger Jahren unter der Herrschaft der Radikalsozialisten zu einer liberalen Kulturpolitik gekommen, die im Zeichen allgemein republikanisch-laizistischer Unternehmungen und Inszenierungen gestanden habe. Deshalb seien auch keine speziell auf die Arbeiterschichten entwickelten Kultureinrichtungen geschaffen worden. Ein Zentralmotiv habe in der Aufwertung des Stadtbildes durch attraktive Angebote der Hochkultur gestanden. Höpel bringt die Lyoner Kulturpolitik deshalb in einen engen Zusammenhang mit der städtischen Standortpolitik. Im kleineren Saint Étienne, einer Stadt, die nur über ein beschränktes Kulturangebot verfügte, wurde hingegen auf Druck der dortigen Arbeiterorganisationen 1919 und 1935 versucht, »eine kohärente, auf Demokratisierung des Kulturzugangs zielende Kulturpolitik durchzusetzen«<sup>274</sup> und damit die Integration der bisher benachteiligten Schichten in die Stadtgesellschaft zu befördern. Chemnitz und Leipzig wollten mit ihrer progressiven Kulturpolitik Standort- und Integrationsziele gleichermaßen verfolgen.<sup>275</sup> Das rief mit Beginn

272 Thomas Höpel, Demokratisierung von Kultur und Kulturpolitik in Leipzig und Lyon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert, in: *ders./Steffen Sammler* (Hrsg.), Kulturpolitik und Stadtkultur in Leipzig und Lyon, Leipzig 2004, S. 139–170, hier: S. 163; Katenhusen, Kunst.

273 Siehe auch die Untersuchung über die Pariser Vororte von *Sylvie Rab*, Culture et banlieue. Les politiques culturelles dans les municipalités de la Seine (1935–1939), Paris (Thèse d'histoire) 1994.

274 Höpel, Von der Kunst- zur Kulturpolitik.

275 Ebd., S. 501. Doch können solche Ergebnisse offenbar nicht ohne weiteres verallgemeinert werden. Im Ruhrgebiet bevorzugte zum Beispiel die städtische Kulturpolitik in den 1920er Jahren das Altbewährte und ließ sich auf innovative Angebote wenig ein. Dahinter stand der Wunsch, zwar die Urbanisierung nachzuholen, aber ohne den damit assoziierten Sitten- und Kulturverfall zu erleiden. Vgl. *Matthias Uecker*, Zwischen Industrieprovinz und Großstadthoffnung. Kulturpolitik im Ruhrgebiet der zwanziger Jahre, Wiesbaden 1994, hier: S. 332 ff. *Karl Christian Führer*, »Kulturkrise« und Nationalbewusstsein. Der Niedergang des Theaters in der späten Weimarer Republik als bürgerliche Identitätskrise, in: *ders./Karen Hagemann/Birthe Kundrus* (Hrsg.), Eliten im Wandel. Gesellschaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 155–178, hier: S. 170.

der Wirtschaftskrise die antirepublikanische Koalition auf den Plan, die sich als Retter der deutschen Kultur definierte. So kam es in Leipzig schon vor 1930 im Kulturbereich zu einer Annäherung zwischen den Nationalkonservativen unter dem neuen Oberbürgermeister Carl Goerdeler und den Nationalsozialisten.<sup>276</sup>

In der NS-Zeit blieben die Städte ungeachtet aller Verreichlichungs- und Zentralisierungstendenzen bedeutsame Träger kultureller Angebote – in vielen Städten zeitweise mit Bürgerlich-Konservativen an der Spitze.<sup>277</sup> Neben den dem neuen nationalsozialistischen Geist verpflichteten Offerten und den stärker volkskulturell-volkstümlichen sowie unterhaltend-seichten Angeboten konnte sich die »klassische Hochkultur«, soweit sie nicht »jüdischer Herkunft« war und als »entartet« deklariert wurde, durchaus halten und so das Bildungsbürgertum weiterhin ansprechen – allerdings nicht mehr als exklusives Publikum. Hatten in der Zeit der Weimarer Republik Besucherorganisationen wie die Volksbühne bereits den Zugang der Arbeiterschichten zu den (Theater)Veranstaltungen erleichtert, so übernahmen nach 1933 die NS-Organisation *Kraft durch Freude* sowie die Medien die Aufgabe, die Museen, Ausstellungen, Konzerte und Theatervorführungen zu popularisieren, und zwar auch im Hinblick auf sogenannte hochkulturelle Werke.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, genauer nach 1949, war kommunale Kulturpolitik in vielen bundesrepublikanischen Städten eher konservativ geprägt und stand nicht selten unter dem Diktum, das »Wahre, Schöne und Gute« in Anlehnung an die »Klassiker« Goethe und Schiller und in der Erinnerung an das idealisierte alte christliche Abendland suchen zu wollen – ohne dabei die Vereinnahmung der »Klassiker« durch die Nationalsozialisten zu thematisieren.<sup>278</sup> Die beträchtlichen Subventionierungen der Einrichtungen der hohen Kultur standen allerdings unter dem integrativ wirkenden Motto »Kultur für jedermann«. In Hannover wurde zum Beispiel der Wiederaufbau des Opernhauses nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Angelegenheit aller Einwohner stilisiert.<sup>279</sup> Kulturpolitik wurde also als Integrationspolitik ausgewiesen und legitimiert, obwohl sie weitgehend bürgerliche Schichten ansprach. Sicherlich hat es schon seit den späten fünfziger Jahren Ansätze zugunsten einer Ausweitung und Liberalisierung städtischer Kulturpolitik gegeben.<sup>280</sup> Doch wurde für eine Großstadt wie Bochum und für diverse Kleinstädte herausgearbeitet, dass dort eine breite Öffnung der städtischen Kulturpolitik, bei der sich auch kritische Stimmen

276 Höpel, Von der Kunst- zur Kulturpolitik, S. 503; allgemein: Adelheid von Saldern, Inszenierter Stolz; dies. »Kunst für's Volk«. Vom Kulturkonservatismus zur nationalsozialistischen Kulturpolitik, in: Harald Welzer (Hrsg.), Das Gedächtnis der Bilder. Ästhetik und Nationalsozialismus, Tübingen 1995, S. 45–104.

277 Volker Dahm, Nationale Einheit und partikulare Vielheit. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich, in: VfZ 43 (1995), S. 221–265, hier: S. 232, 259; vgl. für Bochum auch Ursula Fries, Kulturpolitik in Bochum 1945–1960, Bonn etc. 1992, S. 26 f.; allg.: Sabine Mecking/Andreas Wirsching (Hrsg.), Stadtverwaltung als Systemstabilisierung? Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume kommunaler Herrschaft im Nationalsozialismus, in: dies. (Hrsg.), Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn etc. 2005, S. 1–22; über die Zusammenarbeit mit dem Verwaltungspersonal S. 10 ff.

278 Es gab freilich Ausnahmen, so Thomas Mann. Literaturangaben zur kommunalen Kulturpolitik in Uecker, S. 333; vgl. auch: Historisches Archiv der Stadt Köln (Hrsg.), Kunst und Kultur in Köln nach 1945, Köln 1996, hier: S. 21 ff.; Rose Vetter, Kulturpolitik in Duisburg nach dem Zweiten Weltkrieg, Darmstadt 1984. Vetter stellt allerdings keine größeren Spannungen zwischen CDU und SPD hinsichtlich der Kulturpolitik fest. In Duisburg subventionierte die Stadt eine breite Palette von Kultureinrichtungen, darunter Theater und Museen, ebd., S. 225.

279 Waldemar R. Röhrbein, Hannover nach 1945: Landeshauptstadt und Messestadt, in: Dieter Brosius/Klaus Mlynek/Waldemar R. Röhrbein (Hrsg.), Geschichte der Stadt Hannover. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Bd. 2, Hannover 1994, S. 579–800, hier: S. 755 ff.

280 Auch sind die seit 1965 jährlich aufgeführten Ruhrfestspiele zu nennen.

und alternative Kulturangebote durchsetzen, erst um 1970 stattgefunden hat. Seit Ende der 1960er Anfang der 1970er Jahre verbanden Stadtpolitiker in bundesdeutschen Städten mit der Kulturpolitik pointiert einen sozialen Gleichheitsanspruch – unter dem Motto: »Kultur für alle«. Ohne auf entsprechende Ansätze in der diesbezüglich offenbar vergessenen Weimarer Republik zu rekurrieren<sup>281</sup>, wurde nun als große Neuerung eine Gleichversorgung und eine Gleichheit der Aneignungschancen, wie sie die alte und neue Sozialdemokratische Partei stets gefordert hatte, proklamiert. Angestoßen durch die Neuen Sozialen Bewegungen und die Diskurse über Multikulturalismus, veränderte sich das Konzept über städtische Kulturpolitik – hin zur »neuen Kulturpolitik« oder »Soziokultur«. Diese sollte sich auf die einzelnen Milieus und Lebensstile beziehen, um deren Eigenwünschen besser gerecht zu werden. »Nicht viel für alle, sondern das Richtige für jeden«, so wurde das Programm auf den Begriff gebracht.<sup>282</sup> Dahinter steckte ein Konzept von Pluralität, von dem auch die Migranten profitierten konnten.

## 2. Events und Wahrzeichen. Zur städtischen Symbol- und Imagepolitik

Längst rennt offene Türen ein, wer dafür eintritt, der symbolischen Politik analytische Aufmerksamkeit zu widmen. Zwar hat die Ethnologie die Bedeutung solcher Praxen für die Integration von Gruppen und Stämmen stets »nachgewiesen«, doch in Gesellschaften der aufgeklärten Moderne wurde symbolische Politik lange Zeit lediglich als Überbleibsel der traditionellen Gesellschaften gewertet. Diese Auffassung hat sich indessen als nicht stichhaltig erwiesen. Stattdessen setzte sich die Position durch, dass auch in den sogenannten aufgeklärten Gesellschaften symbolische Politik wichtige gesellschaftliche Funktionen ausübt(e). Gerade in Gesellschaften, in denen der soziale Zusammenhalt wegen äußerst ungleicher Lebensverhältnisse zu zerfallen droht, wird der symbolischen Politik beträchtliche Wirkkraft nach innen und nach außen zugesprochen, wobei diese nicht selten auch als Surrogat für mangelhafte sozialökonomische Integration herhalten muss.<sup>283</sup>

Ein neues Reservoir lokaler Imagepolitik entstand in Form von städtischer Öffentlichkeitsarbeit, mit deren Hilfe das Profil einer Stadt geschärft werden sollte. Bei der Imagebildung von Städten wirkten, wie *Jan Philipp Altenburg* in seinem Beitrag über die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts ausführt, auch stets die populären Medien mit. So wurden schon damals die sich herausbildenden europäischen Weltstädte durch variationsreiche Füllung von Beschreibungsschablonen charakterisiert und ihre (konstruierten) Besonderheiten betont.<sup>284</sup>

281 Darauf verweist auch *Höpel*, *Von der Kunst- zur Kulturpolitik*, S. 503.

282 *Albrecht Göschel*, *Stadtkultur und städtische Kulturpolitik. Die Gefahr ihrer Auflösung*, in: *Ingeborg Flagge/Franz Pesch* (Hrsg.), *Stadt und Kultur*, Wuppertal 2001, S. 42–51, hier: S. 44; *Thorben Winter*, *Kommunale Kulturpolitik in NRW. Genese, Veränderung und modernes Selbstverständnis eines verfassungsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Auftrages*, Münster 2003, hier: S. 131–153.

283 Städtische Symbolpolitik stand auch häufig im Zeichen nationaler und staatlicher Zielsetzungen. Dazu siehe die beiden Bände: *Adelheid von Saldern* u. a. (Hrsg.) unter Mitarbeit von *Elfie Rembold/Alice von Plato/Lu Seegers*, *Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten*, Stuttgart 2003; *dies.*, *Inszenierter Stolz. Dort auch weiterführende Literaturhinweise. Zu Österreich siehe u. a. Heidemarie Uhl*, »Bollwerk deutscher Kultur«. Kulturelle Repräsentationen nationaler Politik in Graz um 1900, in: *dies.* (Hrsg.), *Kultur – Urbanität – Moderne*, Wien 1999, S. 39–82.

284 Neuerdings wird der Habitusbegriff auf die Stadt und ihre Charakteristika bezogen. Siehe *Rolf Lindner*, *Der Habitus der Stadt – ein kulturgeographischer Versuch*, in: *Petermanns Geographische Mitteilungen* 147 (2003), H. 2, S. 46–53; *Jochen Guckes*, *Der »Habitus« der Stadt in historischer Perspektive: Dresden, Freiburg i. Br. und Dortmund 1900–1960*, in: *Volkskunde in Sachsen* 17 (2005), S. 9–29. Dabei sollte dessen Konstruktionscharakter jedoch nicht übersehen werden.

Dabei ging es stets auch um eine Konkurrenz der Städte untereinander – nicht nur um eine Konkurrenz zwischen den Weltstädten, sondern auch zwischen den Städten zweiter und dritter Ordnung, erhofften sich doch die Stadtakteure von einem guten Abschneiden Prestige und oftmals schon damals handfeste ökonomische und finanzielle Vorteile für ›ihr‹ Gemeinwesen.<sup>285</sup> Etikettierungen, die von Stadtverwaltungen propagiert wurden – wie: »Hannover: die Stadt im Grünen« – signalisierten bereits frühe Ansätze eines modernen Stadtmarketing.

Doch erst in den 1960er und 1970er Jahren wurden in den Städten reguläre Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit auf- oder ausgebaut, die sich in den 1980er und 1990er Jahren infolge der Verschärfung der Städtekonkurrenz auf Grund der Globalisierung zu professionell betriebenen Stadtmarketing-Abteilungen erweitert haben. Dabei wurde und wird die Stadt bzw. die Stadtregion als guter Investitionsstandort angepriesen – nicht ohne dabei eigens auf die Größe und Vielseitigkeit der Kulturangebote hinzuweisen. Die Instrumentalisierung der Kulturpolitik zu Gunsten ökonomischer Stadtinteressen beförderte unter anderem eine Politik der Festivalisierung (Häußermann/Siebel), wobei stark kommerzialisierte und professionell organisierte Großereignisse immer mehr in den Mittelpunkt der Kulturpolitik gerieten. Solche Events sollten den ausrichtenden Städten dazu dienen, mehr Aufmerksamkeit in der medialen Öffentlichkeit zu erreichen, ein großes Publikum anzusprechen und dabei gleichzeitig die soziale Ausgrenzung von Personengruppen und deren Ursachen zu überdecken.<sup>286</sup>

Events hat es allerdings in den Städten schon immer gegeben, wenn auch nicht in jener hochkommerzialisierten Form. Zu den besonderen Ereignissen gehörten die Feiern der jeweiligen Stadtjubiläen. Im Großen und Ganzen zeichnen sich die Stadtjubiläen durch ein gleiches Grundmuster aus: Sie waren Teil einer selbstreferentiellen Kulturpolitik, bei der die Stadt als eine Art Persönlichkeit gefeiert und ins richtige Licht gerückt wurde.<sup>287</sup> Sie basierten ferner auf einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit, die darauf ausgerichtet war, sich einerseits in der Städtekonkurrenz durch gezielte Imagepolitik zu behaupten, andererseits integrativ auf die Stadtgesellschaft durch die ›Produktion‹ einer *communitas* (Victor Turner) zu wirken.

Allerdings unterschieden sich Inhalte, Riten und Symbole von Land zu Land und von System zu System, weil diese in ihren Kernaussagen – ungeachtet der Herausstellung lokaler Eigenarten – den großen nationalen Meistererzählungen folgten. So sollte in der NS-Zeit die »Volksgemeinschaft« auf städtischer Ebene mittels markanter *performances* zum Ausdruck gebracht bzw. diese erst hergestellt und eingeübt werden. Zudem wurde unter Einsatz der Medien dafür gesorgt, dass die Erlebnisse im kommunikativen Gedächtnis der Teilnehmer, mit positiven Konnotationen versehen, erhalten blieben.<sup>288</sup> In der Bundesrepublik der 1960er Jahre wurde die Stadtgesellschaft bei solchen Gelegenheiten auf die großen Leistungen des Wiederaufbaus und der repräsentativen Demokratie eingeschworen.

In der DDR erwiesen sich die Stadtjubiläen als eine Chance, die sozialistische Gesellschaftsordnung auf Stadtebene zu inszenieren, die Stadt als Erinnerungsort und als Ort

285 Zu denken ist nicht nur an Industrie- und Gewerbeansiedlungen, sondern auch an das Anlocken von Touristen und im Kaiserreich – auf Grund der lokalen Einkommensteuerezuschläge – von wohlhabenden Pensionären.

286 Vgl. Göschel, Stadtkultur, S. 45 f.

287 Siehe zum Beispiel für die Stadt Essen seit den 1980er Jahren: Thomas Dupke, Vom Wiederaufbau zum Strukturwandel – Essen 1945 bis 2000, in: Ulrich Borsdorf (Hrsg.), Essen. Geschichte einer Stadt, Essen 2002, S. 468–554, hier: S. 543.

288 Jean-Christoph Caron, Stolze Erinnerungen an das »Dritte Reich«. Ein theatrales NS-Gedenkfest im Gau Westfalen-Nord und seine Wirkungsgeschichte bis in die 1990er Jahre, in: Westfälische Forschungen 51 (2001), S. 283–308.

des historischen Fortschritts in Szene zu setzen, um auf dieser Basis eine sozialistische Stadt-*communitas* herzustellen. Aus solchen Anlässen repräsentierten die Städte den Staat, ohne den eigenwilligen Blick auf die lokalen Besonderheiten ganz zu verlieren bzw. gegen Ende der DDR sogar immer mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Wie *Lu Seegers* in ihrem Beitrag unter anderem hervorhebt<sup>289</sup>, bestanden die Stadtfeste aus einem Konglomerat von diversen Veranstaltungstypen, ließen formelle, aber auch informelle Öffentlichkeiten entstehen, trugen teilweise partizipativen Charakter und waren stark mit Symbolhandlungen, etwa in Form von Gabenaustausch, durchsetzt. Während die städtisch-sozialistischen Integrationsleistungen laut verkündet wurden und die Bemühungen um Konsensstiftung die Ereigniswoche durchzogen, erfolgte die Exklusion ›unliebsamer Personen‹ möglichst im Stillen und im Vorfeld.

Sicherlich, in den verschiedenen politischen Herrschaftssystemen waren die Stadtjubiläen wie alle Events zwar auf den ersten Blick »Eintagsfliegen«, aber ihre Erinnerungskraft währte oftmals erstaunlich lange, weil dadurch Alltagsroutinen durchbrochen wurden. Durch den Bezug von Alltag und Festtag konnten allerdings auch Widersprüche erfahren werden, so, wenn Menschen im gewöhnlichen Leben einer Exklusionspolitik ausgesetzt wurden oder wenn – wie in der DDR – die Versorgungslage im Alltag so viel schlechter war als in der großen Ereigniswoche. Als problematisch galt auch, wenn solche oftmals teuren Veranstaltungen finanzielle Mittel verschlangen, die dann für eine nachhaltige soziale Integrationspolitik fehlten.<sup>290</sup> Zudem dienten solche Feiern oftmals dazu, durch die Beschwörung von Nation und Heimat von den ökonomischen Fragmentierungen durch Narrative mit essentialistischen Deutungen abzulenken. Doch mögen die Feste trotz aller Kritik auch als Vision und Symbol für ein zivilgesellschaftliches Neben- und Miteinander sowie eine auf Partizipation ausgerichtete städtische Festpolitik angesehen werden, bei der unter günstigen Umständen tatsächlich stadtintegrativ wirkende Kräfte evoziert werden können.

Lässt sich schon die Wirkungsweise von Stadtfeiern allenfalls nur recht vage bestimmen, so häufen sich noch die Einschätzungsschwierigkeiten, wenn es sich um Effekte handelt, die von der Wahrzeichenpolitik der Städte ausgehen. Feststeht lediglich, dass solchen Wahrzeichen in den verschiedenen Phasen und Ländern eine unterschiedliche Bedeutung beigemessen wurde. Während in Westdeutschland in den Wiederaufbauzeiten der 1950er und 1960er Jahre lediglich ein Teil der kriegszerstörten Gebäude rekonstruiert wurde, während ein anderer Teil dem Straßenverkehr oder den Neubauten weichen musste oder gar eine Ruine blieb, setzte beispielsweise der polnische Staat im Zeichen nationaler Selbstfindung gewaltige Mittel ein, um seine von den Deutschen zerstörten Innenstädte, wie Warschau, Posen oder Danzig, zwecks Reaktualisierung nationaler und lokaler Traditionsbestände wieder aufzubauen.

Eine Zäsur in der Geschichte der Städte bedeutete das Europäische Denkmalschutzjahr 1975, das der bis dahin oftmals dominanten Abrisspolitik der 1960er Jahre eine Absage erteilte und einer behutsamen Stadterneuerung das Wort redete.<sup>291</sup> Manch ein historisches Gebäude wurde im Zuge der neuen Wertschätzung restauriert. Doch das reichte städtischen Elitefraktionen nicht immer aus. Seit den 1980er und 1990er Jahren entstanden in der alten und seit der Wiedervereinigung in der neuen Bundesrepublik neotraditio-

289 Vgl. von Saldern, *Inszenierte Einigkeit; dies.*, *Inszenierter Stolz*.

290 Hartmut Häußermann/Walter Siebel, *Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik*, in: *ders.* (Hrsg.), *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte*, Opladen 1993, S. 7–31.

291 Auch in der DDR wurde manch ein Stadtplaner nachdenklich. Allerdings konnte in den noch verbleibenden 14 Jahren trotz der vorgenommenen punktuellen Restaurationen und Rekonstruktionen (Berlin-Nicolaiviertel) der Eindruck eines weitergehenden Städteverfalls nicht aufgehalten werden.

nalistisch motivierte Wiederaufbauprojekte abgerissener oder kriegszerstörter Gebäude.<sup>292</sup> Dabei handelt es sich in der Regel um die Rekonstruktion anspruchsvoller ehemaliger Repräsentationsbauten, die in Form von fotogestützten Bildern noch immer im Gedächtnis insbesondere der älteren Stadtbevölkerung verankert waren.

Ihre Wiedererrichtung wurde jedoch nicht nur als pure Reminiszenz-Politik deklariert, sondern implizit mit moderner Stadtpolitik verbunden: so sollte das neu-alte Gebäude der Stadt dazu dienen, sich als Standort im hart gewordenen Städtekrennenkampf national und international zu behaupten und zugleich sollte es nach innen als Integrationsangebot wahrgenommen werden.<sup>293</sup> Im Beitrag von *Georg Wagner-Kyora* wird dargelegt, wie eng Architektur und Städtebau mit einer rigiden Image- und Symbolpolitik verbunden waren und sind. Dass städtische Wahrzeichenpolitik im Spannungsfeld von lokaler Akteurskonstellation, generationeller Vergangenheitspolitik und gesellschaftlichem »Zeitgeist« zu sehen ist, zeigt der Autor in seinem Beitrag über Abriss und Wiederaufbau des kriegszerstörten Braunschweiger Schlosses. Sein Aufsatz legt dar, dass solche Entscheidungen heiß umkämpft waren und sind und schließlich mehr und mehr zu regelrechten Lagerbildungen zwischen den Elitefraktionen und ihrem jeweiligen Anhang in der Bevölkerung geführt haben. Diese Lagerbildungen waren zwar primär nur auf eine begrenzte, wenn auch kostspielige Image- und Symbolpolitik ausgerichtet, doch ist anzunehmen, dass auch andere Politikfelder von solchen Fragmentierungsprozessen zumindest zeitweise betroffen wurden. Während Nachbauten historischer Gebäude unter Marketing-Gesichtspunkten sicherlich mancher Wert zuzumessen ist, ist schwer abzuschätzen, ob und ggf. wie solche Bemühungen stadtintegrierend wirk(t)en. Anzunehmen ist lediglich, dass jener Teil der breiten Bevölkerung, dessen private Lebensformen auch sonst von Ungleichzeitigkeiten geprägt sind, gegenüber einer solchen neohistoristischen Wahrzeichenpolitik dispositionell offener und positiver eingestellt ist als jene Teile, die mental in der Gegenwart »angekommen« sind.<sup>294</sup> Wahrscheinlich ist allerdings, dass die Ergebnisse der Wahrzeichenpolitik sich in die *mental maps* der Menschen »einschreiben« und dadurch deren Orientierungsmuster und die Raumbeziehungen verändern.

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass städtische Symbol- und Kulturpolitik durchaus zur Integration der einzelnen Stadtbevölkerungsteile beitragen konnte und kann, dass diese Einsicht sich jedoch meist erst seit den 1970er Jahren durchsetzte, als sich auch der Kulturbegriff (erneut) wesentlich erweiterte. Schillernder war und ist die städtische Symbolpolitik sowie die damit verbundene Event- und Wahrzeichenpolitik, die mehr und mehr in den Kontext der (globalen) Produktion von Lokalität geraten ist.<sup>295</sup> Dazu gehört der Hang zu einer auffällenden Profilierung der Stadt und ein offensives Auftreten »der Stadt« als vorgeblicher Gesamttakteur.<sup>296</sup>

292 Besonders spektakulär war der Wiederaufbau der Dresdener Frauenkirche und ist das noch nicht vollzogene Wiederaufbauprojekt des Berliner Schlosses.

293 Insbesondere seit der Globalisierung. *Johann Jessen*, Stadtmodelle im europäischen Städtebau – Kompakte Stadt und Netz-Stadt, in: *Heidede Becker/Johann Jessen/Robert Sander* (Hrsg.), *Ohne Leitbild? – Städtebau in Deutschland und Europa*, Stuttgart etc. 1998, S. 489–505, hier: S. 494.

294 Grundsätzliche Überlegungen hierzu siehe in *Peter Gorsen*, Zur Dialektik des Funktionalismus heute. Das Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus im Wien der zwanziger Jahre, in: *Jürgen Habermas* (Hrsg.), *Stichworte zur »geistigen Situation der Zeit«*, 2. Bd., Politik und Kultur, Frankfurt/Main 1979, S. 688–706, hier: S. 692 f.

295 Siehe auch *Berking*, S. 14. Auf die Verbindungslinien, die zwischen *global* und *lokal* bestehen, kann hier nicht mehr näher eingegangen werden.

296 Dazu siehe die Dekodierung von *Peter Marcuse*, Die »Stadt« – Begriff und Bedeutung, in: ebd., S. 201–215.

VIII. DIE EUROPÄISCHE STADT ALS *KOMPAKTSTADT* – EINE ZUSAMMENFASSUNG

Häufig wird in der Literatur die Europäische Stadt als *Kompaktstadt* bezeichnet. Damit ist hauptsächlich eine Funktionsmischung gemeint, die einen bestimmten Dichtegrad aufweist. Der Begriff erhielt seine Aktualität als Konträrbezeichnung einerseits zu den *Global Cities*, andererseits zum postsuburbanen *Netzstadt*-System. Während die Diskussionen über die *Global Cities* vor allem auf marktgesteuerte Welt-Metropolen ausgerichtet sind, wird unter StadtplanerInnen im europäischen Kontext vorrangig darüber diskutiert, ob bei zukünftigen Stadtplanungen dem *Netzstadt*-System oder der *Kompaktstadt* Priorität eingeräumt werden sollte oder ob eine duale Politik möglich sei.<sup>297</sup> Dabei werden Fragen angesprochen, die zu den Schlagworten *räumliche Konzentration* oder *dezentrale Konzentration* geführt haben.

In unserem Zusammenhang ist die Auffassung wichtig, wonach es die *Kompaktstadt* sei, die – hier als Stadttypus im obigen Sinn gesehen – die soziale Integration am besten zu fördern vermag. Städtischer Raum in der *Kompaktstadt*, so heißt es, könne gelebte lokale Öffentlichkeit evozieren, urbanes Milieu schaffen und auf Grund der dichten sozialen Netze sowie der kommunalen ›Selbstbestimmung‹ sozialintegrative Effekte erzeugen. Die Stadt habe auf Grund ihres verdichteten Lebenszusammenhangs von jeher über ein großes Kommunikationspotential verfügt, das ein beträchtliches Integrationsreservoir darstelle. Aus den vorstehenden Ausführungen geht hervor, so kann abschließend resümiert werden, dass solche Ansichten nicht aus der Luft gegriffen sind, denn die vielen Stadtgeschichten weisen in der Tat zahlreiche sozialintegrative Potenziale, Praktiken und »scripts« auf. Ungeachtet aller Problemkonstellationen zielte die Lokalpolitik und deren Träger in der sogenannten fordistischen Phase vielfach auf integrativ wirkende (Gegen)Steuerungen ab.<sup>298</sup> Trotz aller Vielfalt und der ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Stadtentwicklungen sind diese Merkmale keineswegs auf die Städte eines Landes beschränkt. Gezeigt wurden die häufig zeitlich parallel laufenden lokalen Politikmuster in Europa, zumindest in Westeuropa.<sup>299</sup> Dies ist nicht zuletzt auf eine im 20. Jahrhundert immer stärker gewordene transnationale Vernetzung der Stadtpolitiker und der am Stadtgeschehen beteiligten Professionen, wie Städteplaner und Architekten, zurückzuführen. Doch sind stets auch nationale Besonderheiten erkennbar, vor allem hinsichtlich des Grades der Einbindung bzw. Exklusion von Frauen, Arbeitern und Migranten in die jeweiligen Stadtgesellschaften sowie bezüglich des Ausmaßes der (zeitweisen) parallelgesellschaftlichen Entwicklungstendenzen.<sup>300</sup> Das Ineinandergreifen von sowohl analogen als auch recht unterschiedlich verlaufenen Prozessen im stadtbezogenen Ländervergleich verästelte sich zudem dadurch, dass sich die Kommunen auch innerhalb ein und desselben Staates in ihren jeweiligen Integrationspotenzialen und -praktiken unterschieden haben.

Ähnliches lässt sich auch von den Segregationserscheinungen, den Praktiken exkludierender Kommunalpolitik und den Ansätzen zum Aufbau von Parallelgesellschaften in den verschiedenen Städten sagen: denn hierbei handelt es sich ebenfalls um ein fluides Koordinatenkreuz von Gemeinsamkeiten und Unterschieden europäischer Stadtentwicklungen, die sich nur schwerlich zusammenfassen lassen. Deshalb sollen allein für den deut-

297 Zur Diskussion siehe *Hartmut Kaelble*, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980*, München 1987, S. 60–73.

298 Dazu gehörten auch die genossenschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Ideen.

299 Stichworte u. a.: *Munizipalsozialismus*, *soziale Mischung*, *sozialräumliche Dispersion*, »wilde Siedlungen«, *Segregationen*, *Sozialer Wohnungsbau*, »soziale Stadt« (um 2000).

300 Unterschiede zwischen den Städten ergeben sich auch in Bezug auf die Akteure in den diversen kommunalen Tätigkeitsfeldern: Zu erinnern ist zum Beispiel an die ganz verschiedenen Trägerschaften des Sozialen Wohnungsbaus oder an die Unterschiedlichkeit der Infrastrukturausstattung, der Kulturpolitik und der Armenpolitik.

schen Kontext, der sich in den vorstehenden Ausführungen ja doch immer wieder in den Vordergrund drängte, zwei Besonderheiten noch einmal zum Abschluss in chronologischer Folge genannt werden: erstens die starke Exklusion der Sozialdemokratie in der Kaiserzeit samt den Ansätzen zum Aufbau einer sozialdemokratischen Parallelgesellschaft und zweitens die Vorgeschichte des Holocaust: die totale Exklusion der Juden und Jüdinnen aus den deutschen Stadtgesellschaften samt der erzwungenen Errichtung einer dementsprechend tendenziell allumfassenden Parallelgesellschaft – und das alles *inmitten* der deutschen *Kompaktstadt*. In der NS-Diktatur, die in der »arischen« Bevölkerung auf breite Zustimmung stieß, versagten offensichtlich alle auf Integration ausgerichteten, zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte, welche die europäischen Städte im demokratischen Ordnungskontext auszeichneten.

Doch genau an diesem Punkt, an dem Potenzial und dem Willen zur Gegensteuerung erwachsen neuerdings verstärkt Zweifel – auch im Hinblick auf demokratisch verfasste Kommunen.<sup>301</sup> Die »Integrationsmaschine Stadt« (Häußermann; Heitmeyer) funktioniert nicht mehr, heißt es.<sup>302</sup> »Die in den Phasen prosperierender Wirtschaft realisierte Vergesellschaftung des Städtischen über den Markt ist mit der strukturellen Arbeitslosigkeit seit der Mitte der 1970er Jahre in die Krise geraten.«<sup>303</sup> Konstatiert werden – wie eingangs schon erwähnt – zunehmende Segregationen, Zerfallserscheinungen in Form von Subkulturen und (partielle) Parallelgesellschaften. Die Ansätze zu einer integrationsfördernden kooperativen Demokratie seit den 1970er Jahren werden, so die berechtigte Sorge, durch die Ökonomisierung der Lokalpolitik mit ihren eher desintegrierenden Wirkungen unterlaufen.<sup>304</sup> Zwar ist es auf diese Weise durchaus zu einer Pluralisierung der Steuerungsmodi und der Verbreiterung der Netzwerke im Sinne des *Local Governance*-Konzepts gekommen, doch sind deren integrative Wirkungen wegen der Ökonomisierung der Politik, den wachsenden Abhängigkeiten der Kommunen von staatlichen Vorgaben und der eingeschränkten Teilhabe sozial benachteiligter Gruppen selbst im Rahmen der kooperativen bzw. assoziativen Demokratie recht begrenzt.<sup>305</sup>

Stehen wir also doch an einem historischen Wendepunkt, der sich seit den späten 1970er Jahren bemerkbar machte, aber seine ganze Wucht erst in den letzten zwanzig Jahren offenbar werden ließ? Häufiger als früher werden in diesem Diskurszusammenhang Vergleiche mit den US-amerikanischen Städten angestellt, und die Frage wird mit negativem Unterton immer lauter gestellt, ob es nun denn »endgültig« zu einer Amerikanisierung der

301 Zur aktuellen Bestandsaufnahme siehe *Walter Siebel* (Hrsg.), *Die europäische Stadt*, Frankfurt/Main 2004.

302 Zit. aus *Wilhelm Heitmeyer*, *Gesellschaftliche Integration, Anomie und ethnisch-kulturelle Konflikte*, in: *ders.* (Hrsg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft*, Frankfurt/Main 1997, S. 629–653, hier: S. 644. Allerdings werden leicht die Möglichkeiten der Kommunen überschätzt. *Joachim Jens Hesse*, *Bürger und Parteien auf lokaler Ebene: Die Kommune als Ort der gesellschaftlichen und politischen Integration?*, in: *Joachim Raschke* (Hrsg.), *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Opladen 1982, S. 235–248, hier: S. 248.

303 *Heiko Geiling*, *Die Stadt in der Region – Probleme sozialer Integration in Hannover*, in: *Barbara Zibell* (Hrsg.), S. 119–134, hier: S. 120.

304 Dazu siehe *Bogumil/Holtkamp*, S. 161–164.

305 Ebd., S. 162–164. Dort wird auf strukturelle Dilemmata des *Local Governance*-Konzepts näher eingegangen. Ein Strukturproblem der partizipativen Demokratie thematisiert Hartmut Häußermann. Sein Beispiel, das sich auf eine in die Privatrechtssphäre verlagerte Sanierungsaushandlungsprozedur im heutigen Berlin bezieht, zeigt, dass sich bei den partizipativ gestalteten Verhandlungsrunden die »sozial und kulturell weniger kompetenten Bewohner« strukturell schlechtere Durchsetzungschancen ihrer Interessen haben als die gewandteren Personengruppen. *Hartmut Häußermann*, *Segregation durch Partizipation. Postfordistische Stadterneuerung und ihre Folgen*, in: *Die Alte Stadt* (2004), H. 1, S. 1–21, hier: S. 20 f.

Europäischen Stadt kommen werde? Dahinter verbergen sich oftmals eindimensionale Vorstellungen über das Funktionieren transatlantischen Transfers von Modellen, Entwicklungen, Gütern und Werten. In der Praxis fanden und finden meist recht komplexe Aneignungsprozesse statt, in deren Verlauf zum einen selektiert wird, zum anderen das ›transferierte Gut‹ oder die ›transferierte Idee‹ in veränderte Kontexte gestellt werden, wodurch sie eine andere Bedeutung und Wirkkraft als im Ursprungsland gewinnen.<sup>306</sup> Oft wurde und wird ferner in den Diskursen der Begriff der Amerikanisierung zur Chiffre für Entwicklungen, die sich auch ohne die USA in den europäischen Ländern und Städten vollzogen hätten.<sup>307</sup> Und schließlich wird im Hinblick auf die Amerikanisierung die Diskussion auf die Frage zugespitzt, ob es denn überhaupt die Europäische Stadt als einheitlicher Phänotypus jemals gegeben habe oder ob sie nicht vielmehr lediglich ein Mythos und eine Chimäre sei?<sup>308</sup>

Sicherlich ist die Europäische Stadt zwar weder Mythos noch Chimäre, statt dessen eine soziale Konstruktion mit einer stark ausgeprägten kulturellen Kodierung. Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 hatte die kulturelle Konstruktion der Europäischen Stadt sicherlich gefestigt. In vielerlei Hinsicht erinnert die *imagined European city* an die *imagined nation*.<sup>309</sup> In beiden Fällen handelt es sich um das »Mögliche« und »Denkbare«, angesiedelt zwischen Fiktion und Realität. So wird die Europäische Stadt seit Max Weber nach wie vor idealtypisch mit den Attributen Markt, Freiheit und Teilhabe in engste Verbindung gebracht und von anderen Stadttypen abgegrenzt. Solche idealtypischen Vorstellungen und Deutungen von Wirklichkeiten können durchaus handlungsanleitend wirken, denn sie entstehen ja nicht allein durch die Rezeption einer bestimmten Sicht auf die historische Stadtgenese, vielmehr werden sie auch durch Symbolpraxen sowie durch Massenmedien, Literatur, Bräuche und Architektur zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig stets von Neuem geformt – bis schließlich entsprechende Bilder von der Europäischen Stadt (früher: von der »deutschen Stadt«) mental so verankert werden, dass ihr nicht selten sogar eine essentialistische Zuschreibung widerfährt.<sup>310</sup>

Besondere Bedeutung kommt dabei den visuellen Bildern über Städte zu, die – wie *Bernd Hüppauf* in seinem Beitrag schreibt – die Vorstellung von Kohärenz im Kontext des Urbanen schufen. In der Zeit der klassischen Moderne setzte die Fotografie die fortschrittsorientierte *Idee* einer Stadt, die von Technik und Funktionalismus bestimmt wurde, in Form eines klar konturierten (mensenleeren) Bildes um. Die dadurch entstandenen Konstrukte lösten reale Wirkkraft aus, und sie schrieben Geschichte. Die Europäische Stadt könnte folglich nicht trotz, sondern gerade wegen ihres Konstruktionscharakters materielle Wirkkraft entfalten. Dabei muss beachtet werden, dass zur sozialen Konstruktion der Europäischen Stadt von jeher auch Vorstellungen über die zivilgesellschaftliche Koexistenz diverser Schichten und Minderheiten gehörten. Ob und in welchem Ausmaße sich dadurch Integrationsprozesse auch in ökonomisch schwierigen Zeiten stimulieren lassen, bleibt offen. Dieser Unsicherheit in der Prognose entspricht die neue Unschärfe der Stadtfotografien, die – wie *Bernd Hüppauf* betont – Oberflächenhaftes, Unbestimmtheit, Vieldeutigkeit und Virtuelles symbolisiert: Doch gerade in der Unschärfe sei der »Versuch zur Rettung der Wirklichkeit« zu sehen.

306 Über die Komplexität der Aneignungsvorgänge siehe schon *Alf Lüdtke/Inge Marßolek/Adelheid von Saldern* (Hrsg.), *Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 1996.

307 Als Beispiel kann auf die Individualmotorisierung verwiesen werden.

308 Vgl. *Dirk Schubert*, *Mythos »europäische Stadt«*. Zur erforderlichen Kontextualisierung eines umstrittenen Begriffs, in: *Die Alte Stadt* 28 (2001), H. 4, S. 270–290.

309 Zur *imagined nation* siehe *Benedict Anderson*, *Die Erfindung der Nation: Zur Karriere eines erfolgreichen Begriffs*, Frankfurt/Main etc. 1988.

310 Siehe *Marcuse*, passim.